

# Bildung, Jugend, Familie, Soziales, Frauenfragen und Sport

## Amt für Jugend und Familie

Anläßlich einer großen Enquete am 14. Mai 1996 im Wiener Rathaus erfolgte unter dem Vorsitz von Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska die Präsentation der Jugendwohlfahrtsreform „Heim 2000“.

Diese Heimreform soll durch die geographische Aufteilung Wiens in 6 Regionen für den Kinderbereich und 2 überregionale Bereiche für Jugendliche dazu beitragen, Probleme dort zu lösen, wo sie entstanden sind. Den betroffenen Kindern und Jugendlichen soll möglichst eine Veränderung ihres sozialen Umfeldes erspart werden. Regionale Krisenzentren dienen als Clearing-Stellen und sollen helfen, die Erziehungskompetenz der Familie wieder zu aktivieren. Nur wenn dies nicht möglich ist, wird das Kind, der Jugendliche in einer Folgeeinrichtung stationär untergebracht. Gleichzeitig soll die stationäre Versorgung von Jugendwohlfahrtsgroßeinrichtungen hin zu lebensnahen Wohn- und Lebensformen wie z. B. Wohngemeinschaften und „Betreutes Wohnen“ verlagert werden.

Dabei kommen folgende Leitideen zur Anwendung: früher, kürzer, differenzierter, d. h. früher erkennen, kürzer betreuen und differenzierter helfen. Ausgangspunkt für alle Überlegungen müssen die Interessens- und Bedürfnislagen der Kinder und Jugendlichen sein. Das System der Angebote außerfamiliärer Betreuungsformen wird in ein regionales Netzwerk mit neuer Organisationsstruktur eingebettet. Problemlösungen sollen vor Ort erfolgen, im Sinne der Stufen Beratung, Betreuung, Unterbringung, Nachbetreuung.

Regionale Krisenzentren dienen als erste Clearing-Stelle. Während des Aufenthaltes des Kindes in der Kriseneinrichtung wird versucht, bestehende Probleme zu lösen und entsprechende Unterstützungen zu aktivieren, um der Familie zu helfen, selbst die Erziehung des Kindes wahrzunehmen. Nur wenn dies nicht möglich ist, wird das Kind in einer Folgeeinrichtung stationär untergebracht. Pro Krisenzentrum stehen 8 bis 10 Krisenplätze für Kinder von 2 bis 15 Jahren zur Verfügung. Für Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr gibt es die überregionalen Zentren Nußdorf und Augarten.

In Wien bestehen nunmehr 6 Sozialpädagogische Regionen, die Region I für die Bezirke 1/8/9, 4/5, 6/7, 20, die Sozialpädagogische Region II für die Bezirke 21, 22, die Sozialpädagogische Region III für die Bezirke 2, 3, 11, die Sozialpädagogische Region IV für die Bezirke 10, 23, die Sozialpädagogische Region V für die Bezirke 12, 13/14 und die Sozialpädagogische Region VI für die Bezirke 15, 16, 17/18, 19. Für jede Region wird ein eigener Verwaltungsstützpunkt eingerichtet.

Aufgabe und Ziel einer eigens eingesetzten Projektgruppe ist es, in den nächsten fünf Jahren den äußeren Rahmen für die Regionalisierung und Dezentralisierung von Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu schaffen. In einem 5-Jahres-Stufenplan ist die Realisierung folgender Projekte geplant: Ausbau der Krisenzentren, Auslagerung von Heimgruppen in rund 50 sozialpädagogische Wohngemeinschaften. In den Wohngemeinschaften werden jeweils acht Jugendliche oder Kinder von vier SozialpädagogInnen betreut. In einer familienähnlichen Atmosphäre in lebensnahen Wohnungen werden sie zur Selbständigkeit erzogen. Zum Jahresende bestanden bereits 12 Sozialpädagogische Wohngemeinschaften.

Ein weiteres zukunftsweisendes Projekt startete mit 1. Februar 1996, das Projekt „Professionelle Pflegeeltern“.

Grundlage des Projektes ist ein zwischen der Stadt Wien und dem Verein „Initiative Pflegefamilien“ (VIP) als privater Jugendwohlfahrtsträger geschlossener Vertrag. Die Stadt Wien stellt die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung, der VIP stellt die Pflegepersonen an. 1996 konnten 10 Pflegepersonen angestellt werden.

Die Anstellung der Pflegeeltern erfolgt nach dem Angestelltengesetz auf der Basis von Teilzeitdienstverhältnissen für den sozialpädagogischen Mehraufwand, den die Betreuung der Pflegekinder erfordert. Voraussetzungen für die Anstellung sind die Pflegestellenbewilligung und der Abschluß des „Vorbereitungsprogrammes für Pflegeeltern“ (2 Semester).

Gefordert wird von den Pflegeeltern die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Herkunftsfamilie des Pflegekindes, d. h. Pflegeeltern müssen offen gegenüber Besuchskontakten sein, bereit, sich mit den Angehörigen auseinanderzusetzen. Außerdem wird auf die Bereitschaft und Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit Behörden und Gerichten und die Bereitschaft zur Aufnahme eventuell erforderlicher Beratungs- und Therapieangebote Wert gelegt. Verpflichtend ist die Teilnahme an monatlichen Fortbildungen und an einer Gruppensupervision. Einmal im Monat gibt es Besprechungen über die aktuelle Situation der Betreuung.

Diesem Wiener Pionierprojekt sind lange Diskussionen einerseits über die soziale Absicherung der Tätigkeit von Pflegeeltern und andererseits die sozialpädagogischen Erfordernisse für die Tätigkeit von Pflegeeltern in der Jugendwohlfahrt vorangegangen. Bisherige Meilensteine in der sozialen Absicherung von Pflegeeltern waren eine Ruhegeldregelung der Stadt Wien, die Durchsetzung der Anrechnung von Ersatzzeiten in der Pensionsversicherung für Pflege-

eltern, die Möglichkeit einer begünstigten Selbstversicherung für Pflegepersonen bei der Pflege eines behinderten Kindes und schließlich das erstmals anlässlich der Familienreferentenkonferenz 1995 von Wien vorgestellte Pilotprojekt „Professionelle Pflegeeltern“.

In der Abteilungsleitung gab es eine Veränderung; ab Februar übernahm Frau OMR Mag. Renate Balic-Benzing die Leitung der Magistratsabteilung 11.

## I.

Im Zuge der Umstellung der Aktenbearbeitung der Rechtsfürsorge auf elektronische Datenverarbeitung konnte die größte Zahl der Ämter für Jugend und Familie mit der entsprechenden Hardware ausgestattet werden. Die Mitarbeiter erhielten entsprechende EDV-Schulungen.

Die Vertretung minderjähriger Fremder gemäß § 71 Abs. 3 Fremdenrechtsgesetz betraf neun Jugendliche (1995: 12).

Weiters vertraten Mitarbeiter 61 jugendliche Asylwerber. Die Erhöhung der Zahl der Asylwerber von 28 auf 61 ist darauf zurückzuführen, daß eine Reihe von Vertretungsfällen auf Grund eines Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes von der Bezirkshauptmannschaft Baden an die Wiener Ämter für Jugend und Familie abgetreten werden mußte.

Für Kinder und Jugendliche, die sich in Pflege und Erziehung der Stadt Wien befinden und deren Antragstellung auf Aufenthaltsbewilligung nicht durch ihren gesetzlichen Vertreter erfolgen konnte, stellte die Rechtsfürsorge die entsprechenden Anträge.

Ein weiterer Aufgabenbereich liegt in der Antragstellung auf Zuerkennung von Pflegegeld für behinderte Kinder und Jugendliche, die sich im Rahmen der Jugendwohlfahrt in Heimerziehung befinden. Hier konnten erhebliche Zahlungseingänge verzeichnet werden.

Zum Jahresende erhielten 2.780 Familien einen Wiener Familienzuschuß (1995: 2.739). Im Laufe des Jahres wurden 3.328 Anträge auf Familienzuschuß gestellt (1995: 3.675). Im Laufe des Jahres kamen rund 61,935.000 S zur Auszahlung (1995: 56,080.000 S).

Die Gesamtzahl aller Betreuungsfälle der Rechtsfürsorge betrug zum Jahresende 28.067 (1995: 27.508). Diese Zahl setzt sich zusammen aus 241 Übertragungen der Obsorge (§ 176a ABGB), 229 gesetzliche und 350 bestellte Vormundschaften, 23.832 Sachwalterschaften, 112 Amtshilfen für Jugendwohlfahrtsträger außerhalb Wiens, 3.303 Fälle der Einbringung von Kostenersatz für die Unterbringung von Kindern in „Voller Erziehung“ (in Pflegefamilie oder Heimen) der Stadt Wien. Bei 41 Prozent der Obsorge-, Vormundschafts- und Sachwalterschaftsfälle war es notwendig, Unterhaltsvorschüsse zu beantragen.

Insgesamt konnte durch die Tätigkeit der Rechtsfürsorge im Laufe des Jahres ein Betrag von 544,417.689,30 S an Unterhaltsleistungen von den jeweils Unterhaltspflichtigen hereingebracht werden, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 1,73 Prozent (1995: 3,85%).

Die Fortbildungsveranstaltungen für die Sachbearbeiter der Rechtsfürsorge behandelten folgende Themen: „Asylverfahren – Schutz für Flüchtlinge“, „Einführung in die mediative Methodik für Rechtsfürsorger/innen“, „Rechtsmittel im Außerstreitverfahren“, „Sozialmanagement“ (Führungskräftelehrgang). Für Berufsanfänger fand ein Einschulungsseminar für den 1. Ausbildungszeitraum („Unterschriftsberechtigung“) und für den 2. Ausbildungszeitraum („Prozeßermächtigung“) statt.

Die Fortbildungsveranstaltung für Leiterinnen und Leiter der Ämter für Jugend und Familie stand unter dem Thema „Führen durch Zielvereinbarung“.

## II.

Im Bereich der Sozialarbeit für Kinder, Jugendliche und Familien wurde die Broschüre „Rund um das Baby – Nützliche Informationen für junge Eltern“ neu aufgelegt, wobei besonders die neuen Informationen über Veränderungen und Restriktionen von Sozialmaßnahmen im Rahmen der im „Strukturanpassungsgesetz“ durchgeführten Sparmaßnahmen des Bundes auf besonderes Interesse stoßen. Weiters werden die in der Broschüre dargestellten notwendigen Behördenwege und der Adressenanhang von den Benützern besonders geschätzt. Diese Broschüre erhalten werdende Eltern vor der Geburt, und zwar bei der Anmeldung für die Säuglingsausstattung der Stadt Wien im jeweiligen regionalen Amt für Jugend und Familie. Wenn das Kind 1 Jahr alt geworden ist, bekommen sie die Broschüre „Will schon! Kann schon? – Ihr Kind nach dem 1. Lebensjahr“ zugesandt.

Schwangerschaft bedeutet Veränderung und leitet einen Prozeß der Neustrukturierung, Neuorganisation und Neuidentifikation ein. Unter diesem Motto bietet das Amt für Jugend und Familie Beratung, Begleitung, Information und Unterstützung in Form der Elternschule an. An 16 Kursorten können sich werdende Eltern in der Elternschule auf die Geburt eines Kindes vorbereiten. Die fortlaufend angebotenen Kurse bestehen unterschiedlich nach Standort aus 4 bis 7 Kursabenden.

Familienhebammen des Gesundheitsamtes der Stadt Wien, frei praktizierende Hebammen und Gynäkologen informieren die werdenden Eltern ausführlich über die Schwangerschaft, den Geburtsverlauf und das Wochenbett; sie zeigen Wege der Unterstützung auf und ermutigen, Ängste und Unsicherheiten auszusprechen.

Kinderpflegerinnen informieren über notwendige Anschaffungen und geben Hinweise über zeitgemäße und gesunde Pflege und Ernährung des Säuglings. Sie demonstrieren und üben mit den Eltern praktische Handgriffe. Der Themenkomplex „Geld und Kosten“ will auf Risiken bei der Finanzplanung anlässlich der Geburt eines Kindes aufmerksam machen. Psychologen sprechen die Veränderungen in der Paarbeziehung und die Entwicklungsstationen des Kindes im 1. Lebensjahr an. Erste Fragen der Erziehung werden unter den Stichworten „Lob, Anerkennung, Ermutigung und verwöhnen“ diskutiert. Umweltberater der Volkshochschulen behandeln schließlich praktische ökologische Fragestellungen.

Während des Jahres fanden 525 Kursabende statt, an denen 5.282 Eltern teilnahmen, woraus sich ein Durchschnittsbesuch von 10 Besuchern pro Abend ergibt (1995: 10). Die Zahl der teilnehmenden Väter betrug gleichbleibend rund ein Drittel. 1.139 Mütter und Väter mit 1.165 Kindern nahmen an Elternrunden an 5 Standorten teil, um nach der Geburt eines Kindes aktuelle Erziehungssituationen mit Kinderpflegerinnen und Psychologen zu besprechen (1995: 851 Mütter und Väter mit 855 Kindern).

Den 56 Elternberatungsstellen ist im Sinne der Prophylaxe nach wie vor ein hoher Stellenwert beizumessen. Die Zahl der Konsultationen betrug 77.146 (1995: 79.650), und zwar an 3.607 Beratungstagen. Der Durchschnittsbesuch blieb mit 21 Säuglingen und Kleinkindern gleich. Angestiegen ist die Zahl der Väter, die mit ihren Kindern die Elternberatungen aufsuchten, und zwar auf 6.430 (1995: 6.039).

Die Mitarbeit von Dolmetschern für Türkisch und Serbisch bzw. Kroatisch stellt ein wesentliches Element des Angebotes der Elternberatung dar. Dadurch ist es möglich, auch vielen ausländischen Familien die prophylaktische Hilfe der Elternberatung zu ermöglichen.

Mitte November nahm ein neues Eltern-Kind-Zentrum in Wien 22, Langobardenstraße 128/10, seinen Betrieb auf. Neben den Standardangeboten eines Eltern-Kind-Zentrums fungiert das Zentrum auch als Außenstelle des Amtes für Jugend und Familie 22. Bezirk.

Die Gesamtbesucherzahl der zum Jahresende 7 Eltern-Kind-Zentren stieg auf 59.440 (1995: 58.395). Zugewonnen haben insbesondere die Vormittagsaktivitäten, 23.658 nahmen Aktivitäten der Kinderpflegerinnen in Anspruch, 18.417 Aktivitäten anderer Berufsgruppen.

Mütter- und Eltern-Cafés verzeichneten 7.103 Besucher, Stillgruppen 6.719, persönliche Informationen über Babypflege und Ernährung 2.595, telefonische Informationen 7.895, kreative Vormittage 1.625 (770 Mütter und 855 Kinder), Spielgruppen 474, Beratungsangebote der Familienhebammen 1.663 u. a.

Im Eltern-Kind-Zentrum in 10, Quellenplatz 4, stellte der Deutschkurs für türkische Frauen weiterhin einen Fixpunkt dar; 298 nahmen daran teil. Auch muttersprachliche Beratung für türkische Familien wird in diesem Zentrum angeboten.

Zwei Eltern-Kind-Zentren veranstalteten Treffen für Mütter von Zwillingen; daran nahmen 93 Mütter und 152 Kinder teil.

In zwei Eltern-Kind-Zentren sind auch Familienberatungsstellen integriert. Die Konfliktberatung im Eltern-Kind-Zentrum in 10, Quellenplatz 4, nahmen 296 Ratsuchende in Anspruch, die Sexualberatung im Eltern-Kind-Zentrum in 21, Freytaggasse 32, 446, die Familienberatung mit Psychosomatik im Eltern-Kind-Zentrum in 16, Ottakringer Straße 194–196, 652.

Die Sozialarbeiterinnen im Verbindungsdienst zu den Geburtenspitälern beraten Wöchnerinnen über die Serviceangebote des Amtes für Jugend und Familie und andere Fragen. Weiters haben sie Kontakt mit schwangeren Frauen, die bei sozialen Problemen Rat suchen oder von den Ambulanzen zu den Sozialarbeiterinnen vermittelt werden.

Die Veränderungen in den Sozialleistungen durch das Strukturanpassungsgesetz führten dazu, daß besonders für diesen Bereich großer Bedarf für Beratung und Information bestand. Besonders alleinstehende Frauen, die von den Veränderungen besonders betroffen waren, erkundigten sich ausführlich nach Ressourcen und Unterstützungsmöglichkeiten. Schwerpunkte liegen weiters in der Beratung ausländischer Frauen, minderjähriger Frauen, drogenabhängiger Frauen in einem Substitutionsprogramm, psychisch auffälliger Frauen sowie von Frauen mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung.

Insgesamt führten die Sozialarbeiterinnen 19.223 Gespräche in den Geburtsspitälern; außerdem erhielten sie Zuweisungen von 1.278 Frauen aus den Ambulanzen. Die Anzahl unehelicher Geburten betrug 3.942; bei diesen besteht ein besonders hoher Informations- und Beratungsbedarf.

Die Sozialarbeiterinnen im Verbindungsdienst zu den Kinderspitälern unterstützen und begleiten Angehörige bei der Bewältigung besonders belastender Krankheits- und Krisensituationen von Kindern und versuchen, durch Information und Beratung der Eltern über finanzielle Ansprüche und Ressourcen die Familienselbsthilfekräfte zu stärken.

Insgesamt waren die Sozialarbeiterinnen 7.411mal eingeschaltet. Die Zahl der neuen Fälle betrug 1.335. Die Sozialarbeiterinnen führten 13.775 Gespräche mit Institutionen und dem medizinischen, pflegerischen und psychologischen Personal. Die Zahl der Gespräche mit Angehörigen betrug 2.963.

Der häufigste Anlaß für die Einschaltung der Sozialarbeiterinnen sind soziale Auffälligkeiten, gefolgt von Behinderungen und Fragen der Frühförderung, wirtschaftlichen Problemen, Mißhandlung und Mißbrauch bzw. der Verdacht auf Mißhandlungen.

Spezielle Aufgaben erfüllen die Sozialarbeiterinnen im Verbindungsdienst zur Universitätsklinik für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters und zur Heilpädagogischen Station der Universitäts-Kinderklinik. Die Sozialarbeiterinnen werden mit jedem Kind befaßt, das stationär aufgenommen wird. Als Mitglieder der interdisziplinären Teams nehmen sie Aufgaben der psychosozialen Familiendiagnostik wahr, mit dem Ziel, Zusammenhänge zwischen den Problemen des Kindes und der Familiendynamik bzw. Milieukomponenten als Grundlage für die therapeutische Hilfe festzustellen.

25 Sozialpädagoginnen (Kinderpflegerinnen), 3 davon teilzeitbeschäftigt, waren in den Ämtern für Jugend und Familie, insbesondere in Elternschulen, Elternberatungsstellen und Eltern-Kind-Zentren, tätig. Sie führten auch 3.148 Hausbesuche zur Beratung über Ernährung und Pflege von Kindern durch.

Die Zahl der in Wiener Spitälern geborenen Kinder betrug 17.148; davon waren 8.475 Erstgeburten. Sozialarbeiterinnen in den Geburtenspitälern gaben 8.622 Säuglingsausstattungen und 5.289 Kleinkinderausstattungen aus. In den Ämtern für Jugend und Familie holten sich Eltern 909 Säuglingswäschepakete und 1.016 Kleinkinderausstattungen ab.

Die Zahl der Dolmetscher für muttersprachliche Beratungsdienste konnte von 6 auf 8 erhöht werden, wovon 4 für Türkisch und 4 für Serbisch, Bosnisch und Kroatisch zur Verfügung stehen.

Die SozialarbeiterInnen der Ämter für Jugend und Familie unterstützen zahlreiche Familien bei der Bewältigung von Erziehungsproblemen in Form der vom Jugendwohlfahrtsgesetz vorgesehenen „Hilfen zur Erziehung“ mit Einwilligung der Erziehungsberechtigten. Zum Jahresende bestanden 10.912 aktuelle Fälle von „Hilfen zur Erziehung“ (1995: 12.089), wobei ein Vergleich mit den Vorjahren schwer möglich ist, da in Modellversuchen in einigen Ämtern für Jugend und Familie eine neue Form der Dokumentation erprobt wird, wobei die statistische Erfassung noch nicht endgültig geregelt ist. Wenn die Erziehungsberechtigten mit einer notwendigen Erziehungshilfe nicht einverstanden sind, besteht die Möglichkeit, auf der Basis gerichtlicher Verfügungen die entsprechenden Maßnahmen durchzuführen; ihre Zahl blieb mit 1.084 im wesentlichen gleich gegenüber dem Vorjahr (1995: 1.094).

Sozialarbeit im Sinne des Jugendwohlfahrtsgesetzes hat in erster Linie die Selbsthilfekräfte der Familien zu fördern. Beratung, Betreuung, Soziale Hilfen dienen diesem Ziel. Weiters sind multiprofessionelle Zusammenarbeit, Helferkonferenzen, Vernetzung und Teamarbeit notwendige zeitgemäße Instrumente sozialer Arbeit. Das Erarbeiten von einvernehmlichen Lösungen mit den Betroffenen, etwa auch bei strittigen Besuchs- und Obsorgefragen, ist die primäre Zielsetzung.

Das jeweilige regionale Amt für Jugend und Familie hat aber auch die Verpflichtung einzuschreiten, wenn das Wohl von Kindern oder Jugendlichen gefährdet erscheint. Oft ist eine schwierige Gratwanderung zwischen Hilfe und Kontrolle gegeben; dabei braucht das Amt für Jugend und Familie die Mithilfe der Bevölkerung. Denn entsprechendes Einschreiten und Schutz von Kindern oder Jugendlichen ist nur möglich, wenn zielführende Informationen, Meldungen und Hinweise von Institutionen, Familienangehörigen oder Nachbarn dem Amt für Jugend und Familie zukommen.

Zunehmend werden einzelne Fälle von Mißhandlungen von Kindern in sensationeller Aufmachung in den Medien dargestellt, wobei auch Kritik am Amt für Jugend und Familie laut wird, auf Grund der unrealistischen Vermutung, das Amt hätte die Leiden der Kinder verhindern können bzw. müssen. Im Sommer behandelten Medien in vielen Schlagzeilen über Wochen hinweg das Schicksal des mittlerweile 23jährigen Adoptivkindes Maria, das, wie Polizeierhebungen ergaben, von den Adoptiveltern in einen Geräteschuppen eingesperrt worden sein soll und später die Nächte in einem „Gesundheitsbett“ verbringen mußte, einer Holzkiste mit Luftlöchern, die von außen verriegelt worden war. Einem kinderpsychologischen Gutachten zufolge soll die Persönlichkeit Marias durch die Abschirmung von der Außenwelt folgenswer „deformiert“ worden sein. Dem Amt für Jugend und Familie wurde wiederholt vorgeworfen, nicht eingegriffen zu haben. Es hätte jedoch nur einschreiten können, wenn es Hinweise auf das Schicksal von Maria bekommen hätte, was nicht der Fall war. Zum Zeitpunkt der Adoptionszustimmung konnten die späteren Ereignisse nicht vorhergesehen werden.

Durch einen Fernsehreport führte das Schicksal der Familie F. zu heftigen Diskussionen in der Öffentlichkeit, einer Familie mit 19 Kindern. Die erwachsenen Kinder, die sich von ihren Eltern abgewandt hatten und ihre Eltern wegen deren harter Erziehungsmethoden und wegen Gewaltanwendung öffentlich kritisierten, hatten das Sorgerecht für minderjährige Geschwister erhalten und beantragten mit dem Vorwurf der Mißhandlung auch noch das Sorgerecht für die drei jüngsten der Geschwister, was vom Pflegschaftsgericht in erster Instanz abgelehnt wurde. Obwohl hier die Entscheidung vom Pflegschaftsgericht zu treffen war, gab es Angriffe auf die Jugendwohlfahrt, daß hier nicht entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Kinder erfolgt wären. Für das Amt für Jugend und Familie entstand auch dadurch eine schwierige Situation, daß öffentliche Stellungnahmen erwartet wurden, die jedoch auf Grund der Amtsverschwiegenheit und der Notwendigkeit, zur Unterstützung der Kinder mit der Familie zusammenzuarbeiten, nicht in einer detaillierten Weise gegeben werden konnten. Die unzutreffenden Vorwürfe, daß Versäumnisse vorlägen, sind dadurch schwierig in der Öffentlichkeit zu entkräften.

SozialarbeiterInnen führten im Laufe des Jahres 25.163 Hausbesuche durch und hielten 8.499 externe Fachbesprechungen ab bzw. nahmen daran teil. 165.748 Klienten suchten die SozialarbeiterInnen in den Ämtern für Jugend und Familie auf (1995: 171.514).

Die SozialarbeiterInnen gaben 3.831 Stellungnahmen in pflegschaftsbehördlichen und strafgerichtlichen Verfahren ab (1995: 3.861).

Gemäß § 212 Abs. 1 ABGB hat der Jugendwohlfahrtsträger den gesetzlichen Vertreter eines Kindes über die elterlichen Rechte und Pflichten (insbesondere Unterhalt, Feststellung der Vaterschaft) zu informieren und seine Hilfe anzubieten. Im Laufe des Jahres führten die SozialarbeiterInnen insgesamt 13.335 solche Informationsgespräche (1995: 12.173).

Nach Daten der MD-ADV stieg die Zahl der Minderjährigen um 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 303.987, so daß theoretisch pro Sozialarbeitersprengel (1 Sozialarbeiter) 1.310 Minderjährige zu betreuen waren (1995: 1.291).

Für SozialarbeiterInnen bestanden zum Jahresende 331 ganztägige Posten (einschließlich 1 Posten im Rahmen der Personalausgleichsstelle und 1 Personalvertreterposten) und 20,5 systemisierte Teilzeitposten (einschließlich 1/2 Posten im Rahmen der Personalausgleichsstelle). Von den ganztägigen systemisierten Posten waren 23 Posten geteilt. Insgesamt waren 370 SozialarbeiterInnen ganztägig oder teilbeschäftigt und außerdem 2 SozialarbeiterInnen im Rahmen der Personalausgleichsstelle tätig.

Die Zahl der über die Ämter für Jugend und Familie an die Sozialreferate gestellten Anträge auf Aushilfen für Familien nach dem Wiener Sozialhilfegesetz ging wieder etwas zurück, nämlich auf 18.867 (1995: 19.276).

Für die Wirtschaftliche Krisenhilfe für Familien, Schwangere und Alleinerzieher in Krisensituationen standen 14,5 Millionen Schilling zur Verfügung, die ausgeschöpft wurden. Die Zahl der Ansuchen betrug 1.068, wovon bis zum Jahresende 795 positiv erledigt werden konnten. 41 Prozent der Unterstützungen dienten der Sicherung bzw. Schaffung einer Wohnmöglichkeit (Mietzinsrückstände und Baukostenzuschüsse für Gemeindewohnungen 34%, private Mietrückstände 3%, Wohnraumbeschaffung privater Markt 4%), 13 Prozent zur Sicherung der Strom-, Gas- und Heizversorgung, 41 Prozent zur Anschaffung notwendiger Möbel bzw. für Installationen und 4 Prozent zur Hilfe bei sonstigen Notständen.

Aus Mitteln der Odescalchi-Stiftung konnten 107 Unterstützungen in der Gesamthöhe von 376.550 S und aus der Stadtrat-Leopold-Thaller-Hilfe 5 Unterstützungen in der Gesamthöhe von 53.570 S vergeben werden.

Die Zahl der Meldungen über Gewaltanwendung in Familien (Mißhandlung, Vernachlässigung, Mißbrauch) betrug 144 (1995: 137). 110 Meldungen über Mißhandlungen (einschließlich schwerer Vernachlässigungen) bezogen sich auf 8 Säuglinge, 38 Kleinkinder, 60 Schulkinder und 6 Jugendliche. Die 34 Meldungen über sexuellen Mißbrauch betrafen 8 Kleinkinder, 20 Schulkinder und 4 Jugendliche.

Als Täter wurden vermutet 37 Väter (Mißhandlung 24, Mißbrauch 13), 42 Mütter (Mißhandlung 41, Mißbrauch 1), 18 Eltern (nur Mißhandlung), 9 Stiefeltern (Mißhandlung 8, Mißbrauch 1), 11 Lebensgefährten (Mißhandlung 7, Mißbrauch 4), 1 Pflegeeltern (Mißhandlung), 16 Verwandte/Bekannte (Mißhandlung 4, Mißbrauch 12) und 10 unbekannte Täter (Mißhandlung 5, Mißbrauch 5).

29 Mißhandlungen erwiesen sich als leicht, 19 als mittelschwer, 18 als schwer; bei 13 Meldungen blieb die Frage, ob eine Mißhandlung vorlag, ungeklärt bzw. waren keine sichtbaren Spuren festzustellen. Die Zahl der festgestellten schweren Vernachlässigungen betrug 31. In 20 Fällen wurde Mißbrauch festgestellt, in 14 Fällen konnte keine entsprechende Klärung erfolgen.

7 Kinder mußten auf Grund der Mißhandlung bzw. des Mißbrauchs in ein Spital aufgenommen werden, 5 wurden in einer Ambulanz bzw. von einem Arzt untersucht. 43 Kinder mußten außerhalb ihrer Familie im Rahmen der Maßnahme „Volle Erziehung“ untergebracht werden, bei 15 erfolgte ein Pflegewechsel, 99 erhielten Betreuung im Rahmen ambulanter Sozialarbeit u. a.

Im Bereich Sozialer Gruppenarbeit fanden insgesamt 37 Aktivitäten für verschiedene Bevölkerungsgruppen statt. Es handelt sich dabei um Hilfestellungen mit folgenden Kennzeichen: regional, stadtteilbezogen, prophylaktisch und niederschwellig. 13 Angebote richteten sich an Kinder bzw. Jugendliche, 6 an Eltern bzw. Familien und Kinder, 9 an Pflegeeltern bzw. Tages-, Adoptiv- und Stiefeltern, 5 an (alleinerziehende) Mütter, Väter, 4 an Eltern zwecks Besuchsanbahnung („Besuchscafés“).

Die Gruppenaktivitäten wurden insgesamt von 4.790 Kindern bzw. Jugendlichen und 2.960 Erwachsenen (2.201 Frauen, 759 Männer) in Anspruch genommen.

„Besuchscafé“ nennt sich ein neues Angebot in einzelnen Ämtern für Jugend und Familie, durch das Hilfe bei der Besuchsanbahnung gegeben wird. Das erste Besuchscafé wurde bereits 1992 im Eltern-Kind-Zentrum Meidling eingerichtet. 1996 folgten weitere Angebote dieser Art im 3., 10., 12. und 22. Bezirk. Wenn Besuchskontakte nicht funktionieren, können sich Familien an ein Besuchscafé wenden. In der Regel sind es geschiedene, getrennte oder außereheliche Väter, deren Besuchskontakt zu einem Kind oder zu Kindern aufgebaut werden soll. Die Mütter bringen ihre Kinder in die Räumlichkeiten des Besuchscafés, wo die Sozialarbeiter versuchen, eine ungezwungene Atmosphäre herzustellen. Sie halten sich in der Regel in der Nähe auf und springen helfend oder vermittelnd ein, wenn es Schwierigkeiten gibt, den Kontakt herzustellen. Das Ziel liegt darin, daß die Eltern nach einer gewissen Zeit des betreuten Besuchskontaktes selbst einvernehmlich die Besuchskontakte abwickeln können.

Die Besuchscafés wurden von insgesamt 570 Personen (339 Erwachsene, 231 Kinder) aufgesucht. Die SozialarbeiterInnen der Jugendintensivbetreuung betreuten im Laufe des Jahres 64 Jugendliche (39 männlich, 25 weiblich) und 4 Familien. Ergänzend zur Betreuungsarbeit boten sie auch Freizeitaktivitäten, Gruppenarbeit und Sozialtraining an.

Die Betreuer haben sich mit einer Reihe von Problemen zu befassen, wie z. B. Erziehungsproblemen, Schulproblemen, aggressivem Verhalten, Schwierigkeiten bei der Verselbständigung und der Arbeitssuche, Mißhandlung und sexuellem Mißbrauch, suicidalen Tendenzen, Abgängigkeit u. a.

15 BetreuerInnen der nebenberuflichen Intensivbetreuung unterstützten insgesamt 20 Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 19 Jahren.

Die Zahl der Unterkünfte der Mutter-Kind-Krisenhilfe blieb mit 71 gleich; 26 befinden sich in Einrichtungen mit sozialtherapeutischer Zielsetzung, 32 sind Krisenzimmer und 13 Krisenwohnungen.

Insgesamt 63 Frauen (Väter) mit 69 Kindern konnten neu aufgenommen werden. 69 Frauen (Väter) mit 72 Kindern verließen die Unterkünfte, 43 in eine Altbaugemeindewohnung, 20 in ihre Herkunftsfamilie oder zu ihren Partnern zurück. Die 12 Kinder kamen zu Pflegefamilien, Adoptiveltern oder in ein Heim, die Mütter kehrten in ihre bisherige Lebenssituation zurück.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Unterkünften mit Ausnahme der Einrichtungen mit sozialtherapeutischer Zielsetzung blieb mit 10,7 Monaten relativ konstant (1995: 11,2). Wegen der Schwierigkeiten ausländischer Frauen, sich eine Dauerwohnmöglichkeit zu schaffen, ist die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ausländischer Frauen in den Mutter-Kind-Unterkünften doppelt so lange wie die der österreichischen Frauen.

Die Zahl der vom Dezernat II – Jugendwohlfahrt in Zusammenarbeit mit den Ämtern für Jugend und Familie bearbeiteten schriftlichen Eingaben und persönlichen Interventionen betrug 914 (1995: 967), und zwar 387 schriftliche Eingaben und 527 telefonische bzw. persönliche Interventionen. An der Spitze stehen dabei finanzielle Problemsituationen.

Gemäß § 8 des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes stellte die Wiener Landesregierung die Eignung von zwei weiteren Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt fest, und zwar des Vereins „Nanaja – Beratungsstelle für natürliche Geburt und Leben mit Kindern“ und das „Institut für Familien-Coaching und Beratung“. Damit erhöhte sich die Zahl der freien Träger, deren Eignung festgestellt wurde, auf 9.

Im Wohnungsreferat langten insgesamt 486 Ansuchen um Unterstützung bei der Erlangung einer Gemeindewohnung aus sozialen Gründen aus verschiedenen Bereichen der MA 11 ein. Die Zahl der für Klienten erreichten Zuweisungen von Gemeindewohnungen betrug 316 (1995: 317). 28 Prozent dieser Wohnungen entfielen auf Jugendliche, die aus Heimen oder Pflegefamilien entlassen wurden (1995: 34%), 22 Prozent auf Familien nach Aufenthalt in Familienherbergen oder in Krisenunterkünften (1995: 23%) und 50 Prozent auf Familien, die von Obdachlosigkeit oder von Gefährdungen der Kinder durch Gesundheitsschäden bedroht waren.

Der im Vorjahr eingerichtete Expertenkreis, der soziale Aspekte bei Anträgen auf Gemeindewohnungen zu beurteilen hat, behandelte 1.793 Anträge auf Gemeindewohnungen, wobei in vielen Fällen Erhebungen in Zusammenarbeit mit den Ämtern für Jugend und Familie notwendig wurden. 481 der bearbeiteten Wohnungsansuchen konnten positiv erledigt werden, die zugewiesenen Gemeindewohnungen wurden nicht vom jeweiligen Sozialkontingent der vertretenen Institutionen abgezogen.

Im Rahmen des Frühwarnsystems zur Delogierungsverhinderung leitete das Wohnungsreferat 2.097 Räumungsklagen, 866 Anträge auf zwangsweise Räumung und 578 Informationen über Delogierungstermine an die Ämter für Jugend und Familie weiter. Bei Delogierungsbesprechungen wurden 1.446 Delogierungsfälle von Familien mit Minderjährigen besprochen. Nur nach angebotener und versuchter Hilfestellung und beim Fehlen jeglicher Sanierungsperspektive wurde von den Vertretern der MA 11 kein Einwand gegen die Delogierung erhoben.

Seit Februar 1996 trägt eine spezielle Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS) im 20. Bezirk unter Mitarbeit eines Sozialarbeiters der MA 11 zur regionalen Delogierungsprävention bei.

Die 4 SozialarbeiterInnen der Jugendberufshilfe hatten Kontakt zu 4.120 Jugendlichen, zumeist Lehrlingen. 89 davon wurden intensiver betreut. Der überwiegende Teil der Kontakte erfolgte im Rahmen des Verbindungsdienstes zu den Wiener Berufsschulen, weiters im Referat der MA 11 und auf Arbeitsplätzen der Jugendlichen. In 397 Fällen kam es auch zu Elternkontakten, 385mal wurde mit Lehrfirmen verhandelt, 1.790mal wurde mit den Ämtern für Jugend und Familie, dem Arbeitsmarktservice, Arbeiterkammern, Gewerkschaften, der Bewährungshilfe und verschiedenen Beratungsstellen und Projekten gesprochen.

Mit persönlichen Problemen wandten sich 2.180 Jugendliche an die SozialarbeiterInnen, 528 mit Problemen in den Lehrfirmen. Für 310 Jugendliche konnten finanzielle Hilfen vermittelt werden, 52 Jugendliche wurden dabei unterstützt, einen Platz in einem Privatheim zu bekommen.

Auf Grund der Verknappung des Lehrstellenangebotes wandten sich Jugendliche an die Jugendberufshilfe, die Hilfe bei der Berufsfindung suchten (532), bzw. Jugendliche, die eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz benötigten (518).

Schwerpunkte lagen in der Beratung von ausländischen Jugendlichen und in der Betreuung von sozial benachteiligten und schwach begabten Jugendlichen mit schlechtem Schulabschluß aus Einrichtungen der Abteilung.

Die Gesprächsgruppe für kontaktschwierige Jugendliche betreuten 2 SozialarbeiterInnen an 38 Abenden, wobei durchschnittlich 8 Berufsschüler pro Abend daran teilnahmen.

Einen weiteren wichtigen Arbeitsbereich im Referat stellt die Bearbeitung und Administration von Lehrlingsbeihilfen durch eine Sachbearbeiterin dar. Für diese Beihilfen wurden 659.000 S aufgewendet, und zwar für Lehrlinge, die sich in besonderer finanzieller Notlage befanden.

Weiters waren 81 Ansuchen für Auftrittsgenehmigungen nach dem Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz zu bearbeiten.

An bedürftige, vorwiegend arbeitssuchende Jugendliche wurden 1.290 Einzelfahrscheine und 20 Umweltstreifenkarten ausgegeben.

Die Sozialarbeiterin im Verbindungsdienst zum Jugendgerichtshof Wien leitete 266 Verständigungen über Strafverfahren gegen Jugendliche an die Ämter für Jugend und Familie weiter. Die Ämter für Jugend und Familie erstatteten daraufhin 6 Berichte über betreute Jugendliche zur Vorlage bei der Hauptverhandlung.

Der Verbindungsdienst war weiters mit 540 Straf- und Pflegschaftsakten befaßt, wovon 177 Akte nach Rücksprache mit den zuständigen Ämtern für Jugend und Familie direkt bearbeitet werden konnten.

Die Zahl der Anträge von Ämtern für Jugend und Familie an den Jugendgerichtshof Wien auf Verfügung von Hilfen zur Erziehung stieg auf 231 (1995: 177).

In Absprache und Zusammenarbeit mit Richtern des Jugendgerichtshofes Wien konnte zum Schutz neugeborener Kinder, bei denen auf Grund ihrer familiären Bedingungen Gefährdungen zu erwarten sind, eine neue Vorgangsweise erarbeitet werden, nämlich die Erlassung eines „vorläufigen Ausfolgebotes“. Diese Maßnahme kam im Laufe des Jahres dreimal zur Anwendung.

Die Zahl der an die Ämter für Jugend und Familie weitergeleiteten Beschlüsse in Pflegschaftsangelegenheiten und Unterhaltssachen betrug 615 (1995: 935).

Das FIDUZ – Regionales Krisenzentrum und Kinderwohngruppe wies im wesentlichen denselben Tätigkeitsumfang wie im Vorjahr auf. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug 105 (1995: 115). 83 Prozent der Kinder konnten wieder nach Hause entlassen werden. Gründe für die stationäre Aufnahme waren insbesondere Erziehungsprobleme, gefolgt von Pubertätsproblemen, Mißhandlung/Gefährdung u. a.

Weiters betreute das FIDUZ im Laufe des Jahres insgesamt 154 „Tageskinder“, exklusive zahlreicher Mitbesucher (Geschwister, Freunde usw.).

Das Team stellte auf Einladung des „Forums für Innovation und Qualität“ in Berlin das FIDUZ-Konzept einem Publikum von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen vor.

Nach einem beträchtlichen Rückgang im Vorjahr stiegen die Neuaufnahmen in Heime oder Pflegefamilien wieder an, und zwar auf 686 (1995: 544, 1994: 662).

Bei den Unterbringungsgründen standen weiterhin die Erziehungsprobleme mit 26 Prozent an der Spitze, gefolgt von Gefährdung, Wunsch des Minderjährigen, Unvermögen der Pflegeperson, Ausfall der Pflegeperson u. a.

Die Altersverteilung der aufgenommenen Kinder bzw. Jugendlichen blieb ziemlich konstant. Unter 6 Jahren waren 28 Prozent (gleich), im Pflichtschulalter 47 Prozent (1995: 46%), über 15 Jahre 25 Prozent (1995: 26%).

Die Zahl der Entlassungen sank auf 638 (1995: 704). Bei den Entlassungsgründen stand weiterhin die Verselbständigung von Jugendlichen mit 35 Prozent wie im Vorjahr an der Spitze, gefolgt von Entlassungen auf Verlangen des Minderjährigen bzw. der Angehörigen, dem Wegfall der ursprünglichen Unterbringungsgründe u. a.

Die Gesamtzahl der Kinder bzw. Jugendlichen in Gemeindepflege zum Jahresende stieg leicht an auf 2.634 (1995: 2.586), wovon 244 nicht die österreichische Staatsbürgerschaft hatten (ein Vergleich mit früheren Jahren ist nicht möglich, da ein statistischer Fehler entdeckt wurde, der dazu geführt hatte, daß in den vergangenen Jahren der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft zu hoch angegeben wurde). Der Anteil der Kinder und Jugendlichen in Pflegefamilien sank auf 47 Prozent (1.227), in Heimerziehung waren 53 Prozent (1.407). In Wiener Pflegefamilien befanden sich 617 (1995: 635), in Pflegefamilien anderer Bundesländer 610 (1995: 633).

Die Ämter für Jugend und Familie erteilten 56 Bewilligungen zur Übernahme in fremde Pflege für Pflegekinder (1995: 51) und 79 für Kinder in Pflegeverhältnissen mit Adoptionsabsicht (1995: 73). Weitere Bewilligungen zur Übernahme in fremde Pflege bezogen sich auf die Betreuung von Tageskindern und Kindern in Kindergruppen.

Das Pflegefamilienreferat war bei der Vermittlung von 178 Kindern in Pflegefamilien beteiligt (1995: 159). Die Direktvermittlungen von der Herkunftsfamilie in eine Pflegefamilie stiegen von 83 im Vorjahr auf 122; 38 Kinder kamen aus einem Heim in die Pflegefamilie und 18 von einer Pflegefamilie in eine andere. Die meisten vermittelten Kinder befanden sich in einem Alter unter 3 Jahren (62%), 32 Prozent im Alter von 1 bis 15 Jahren, 6 Prozent über 15 Jahren.

Passagere Pflegeeltern verstehen ihre Tätigkeit als Hilfe für Familien in Krisensituationen. Sie sind zu intensiven Elternkontakten und einer engen Zusammenarbeit mit der Jugendwohlfahrt bereit. Diese Tätigkeit bringt auch eine hohe Belastung mit sich, insbesondere durch die wiederholten Trennungen von den Kindern, zu denen eine Beziehung aufgebaut wurde. Durch die Angebote des Pflegefamilienreferates, insbesondere die fachliche Beratung und Betreuung erhalten die Pflegeeltern Unterstützung. Im Laufe des Jahres kamen 53 Kinder in passagere Pflegefamilien. 11 Kinder wechselten in eine Langzeitpflegefamilie, 9 Kinder blieben schließlich in den passagere Pflegefamilien als Langzeitpflegekinder.

Die Aufnahme von Pflegekinder in einem Heim (Pflegerückstellung) war für 44 Kinder bzw. Jugendliche notwendig, vor allem auf Grund von Erziehungsproblemen, Erfordernissen der Schul- und Lehrausbildung, des Wunsches der Pflegeeltern oder der Minderjährigen u. a.

In Zusammenarbeit mit dem Verein „Initiative Pflegefamilien“ hat die Abteilung das Projekt „Professionelle Pflegeeltern“ gestartet, in dessen Rahmen es erstmals möglich ist, die Tätigkeit als Pflegeeltern mit einem Anstellungsverhältnis zu verbinden. Das Projekt begann mit 1. Februar 1996 und wird von der Stadt Wien finanziert. Unter bestimmten Voraussetzungen können im Rahmen des Projektes Pflegeeltern vom Verein „Initiative Pflegefamilien“ vom Zeitpunkt der Übernahme eines Pflegekindes an angestellt werden. Wenn schwierigere Kinder oder Kinder mit besonders zeitaufwendiger Betreuung übernommen werden, erfolgt eine höhere Gehaltseinstufung. Es sind drei Gehaltsstufen vorgesehen. Das Projekt setzt aber generell nicht die Aufnahme von Kindern mit besonderen Bedürfnissen voraus.

Die Grundlage des Projektes ist ein zwischen der Stadt Wien und dem Verein „Initiative Pflegefamilien“ (VIP) als privater Jugendwohlfahrtsträger geschlossener Vertrag. Die Anstellung der Pflegeeltern erfolgt nach dem Angestelltengesetz auf der Basis von Teilzeitdienstverhältnissen für den sozialpädagogischen Mehraufwand, den die Betreuung der Pflegekinder erfordert. Voraussetzungen für die Anstellung sind die Pflegestellenbewilligung und der Abschluß des „Vorbereitungsprogrammes für Pflegeeltern“ (2 Semester).

Die Pflegeeltern müssen offen gegenüber Besuchskontakten sein, bereit, sich mit den Angehörigen auseinanderzusetzen. Außerdem wird auf die Bereitschaft und Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit Behörden und Gerichten und auf die Bereitschaft zur Aufnahme eventuell erforderlicher Beratungs- und Therapieangebote Wert gelegt.

Die Pflegeeltern werden von Sozialarbeiterinnen des Vereins „Initiative Pflegefamilien“ betreut, die Pflegeaufsicht nehmen SozialarbeiterInnen des Pflegefamilienreferates wahr.

Die ersten Erfahrungen zeigen, daß die angestellten Pflegeeltern ihre Aufgabe verantwortungsbewußt wahrnehmen und die Zielsetzung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Pflegeeltern und Jugendwohlfahrt verwirklicht werden kann.

Mit Ende des Jahres waren 9 Pflegemütter und ein Pflegevater angestellt. In diesen „Professionellen Pflegefamilien“ lebten 14 Pflegekinder, wofür für 12 ein Gehalt bezogen wurde. Die Gehaltseinstufung bewegte sich für 10 Kinder auf Stufe 1 und für 2 Kinder auf Stufe 2.

Weiterhin standen dem Pflegefamilienreferat zwei Sozialpädagoginnen zur Unterstützung von Pflegefamilien zur Verfügung. Der Aufgabenbereich der Sozialpädagoginnen erstreckt sich von der Begleitung des Pflegekindes zur Therapie, gezielter Lernförderung bis zu stundenweisen Entlastungen der Pflegemütter. 19 Pflegefamilien konnten unterstützt werden.

In der Beratungsstelle für Pflegefamilien besteht ein wöchentliches Beratungsangebot für Pflegeeltern, Pflegekinder, leibliche Eltern und Sozialarbeiter. Interessenten für die Tätigkeit als Pflegeeltern werden Informationsgespräche angeboten.

Weitere Aktionen umfassen Angebote eines Familienurlaubes für Großpflegefamilien und sozialpädagogische Pflegefamilien, Gutscheine für Veranstaltungen und Spielwaren, Vorbereitungskurse für Pflegefamilien an drei Wiener Volkshochschulen (Favoriten, Ottakring und Floridsdorf), Wochenendseminar für Pflegefamilien, Pflegeelterngruppen zum Erfahrungsaustausch für Pflegeeltern in den Bezirken 9, 11, 12, 22 und 23, Pflegeelternahrung für Pflegefamilien, die 10 Jahre hindurch Pflegekinder der Stadt Wien betreut haben, und einen Informationsstand auf dem Wiener Feuerwehrfest und bei der „Kinderideenmesse“.

Zum Jahresende betreuten freiberufliche Tagesmütter insgesamt 462 Tagespflegekinder. Die von den Organisationen Verein „Initiative Pflegefamilien“, Soziales Hilfswerk und Wiener Kinderfreunde angestellten 106 Tagesmütter betreuten 312 Tagespflegekinder. Für die Anstellung von 72 Tagesmüttern waren finanzielle Förderungen durch die Stadt Wien budgetiert.

Zum Jahresende bestanden 85 Kindergruppen, in denen Kinderbetreuung auf der Basis von Elterninitiativen durchgeführt wird. Die KindergruppenbetreuerInnen erhalten von den Ämtern für Jugend und Familie Tagespflegestellenbewilligungen, die zur Gruppenbetreuung von bis zu 12 Kindern berechtigen. Die Förderung von Kindergruppen erfolgt durch monatliche Zuschüsse; 52 solcher Förderungen waren budgetiert.

Die Adoptionsstelle vermittelte 46 Kinder an Adoptiveltern (1995: 41). Es handelte sich dabei ausschließlich um Säuglinge, von denen 42 direkt aus Geburts- bzw. Kinderkliniken vermittelt werden konnten. Bei 2 Säuglingen war eine kurzfristige Unterbringung im Säuglingsheim Lainzer Straße und bei 2 Kindern eine vorübergehende Unterbringung in einer passageren Pflegefamilie erforderlich.

Insgesamt 60 Mütter bzw. Eltern waren mit der Adoptionsstelle in Kontakt mit der Absicht, ihr Kind zur Adoption freizugeben. Bei 14 Kindern kam es zu keiner Vermittlung. Ein Kind war so schwer behindert, daß keine Adoptiveltern gefunden werden konnten. 2 Kleinkinder (Zwillinge), die Vollwaisen wurden und nicht von Verwandten aufgenommen werden konnten, kamen zu einem Ehepaar, das die Kinder vorerst als Pflegekinder übernahm. Bei 9 Kindern entschlossen sich die Mütter bzw. Eltern vor bzw. unmittelbar nach der Geburt, die Kinder selbst zu behalten. Bei 2 weiteren Kindern widerriefen die Mütter bzw. Eltern die Freigaben.

Auf Wunsch einer freigebenden Mutter wurde eine halboffene Adoption durchgeführt, bei der die leibliche Mutter die Adoptiveltern kennenlernt, ohne jedoch Name und Adresse zu erfahren. Bei einer Vermittlung kam es zu einer offenen Adoption, weil die Adoptiveltern selbst aktiv dafür eintraten. Bei der offenen Adoption kennt die leibliche Mutter die Adoptiveltern und deren Wohnadresse. In der Regel wird nach wie vor die Inkognitoadoption favorisiert,

bei der die Identität der Adoptiveltern nicht bekanntgegeben wird. Mehrere freigebende Eltern hatten den Wunsch, über die Adoptionsstelle Fotos und Informationen über die weitere Entwicklung des Kindes zu bekommen.

Viele jugendliche oder erwachsene Adoptierte wandten sich an die Sozialarbeiterinnen der Adoptionsstelle um Hilfe bei der Suche nach leiblichen Angehörigen, wobei sich die Zahl der Suchenden innerhalb der letzten 5 Jahre verdoppelt hat.

Die Adoptionsstelle nahm auch die Fachaufsicht über die Adoption des Vereines „Initiative Pflegefamilien“ wahr. Der Verein vermittelte die Adoption von 17 Kindern aus Rumänien.

Die SozialarbeiterInnen des Heimreferates hielten zu den 13 städtischen Heimen, zu 11 Vertragsheimen, 13 städtischen Wohngemeinschaften und 2 Vertragswohngemeinschaften Kontakt.

Im Zuge der Umstrukturierungen im Sinne des Projektes „Heim 2000“ kam es zur Beendigung des Heimverbindungsdienstes zu den städtischen Heimen, da diese Vernetzung jetzt von den Regionen wahrgenommen wird. Der Verbindungsdienst zu den Privatheimen und der Bereich der Einzeleinweisungen verbleibt dem Julius-Tandler-Zentrum/Heimreferat.

Die Schuldnerberatung entwickelte eine sinnvolle Kooperation mit der Schuldnerberatung der Kredit- und Wiedergutmachungshilfe, so daß Doppelgleisigkeiten und unterschiedliche Beratungsansätze nunmehr vermieden werden können.

Insgesamt war die Schuldnerberatung mit 2.636 Haushalten befaßt (1995: 3.018). Die Möglichkeit des Privatkonkurses scheint sich zu bewähren. Alle von der Schuldnerberatung vorbereiteten Privatkonkurse verliefen erfolgreich.

Die Ehe- und Familienberatungsstellen und die Konfliktberatungsstelle besuchten 2.329 Personen (1995: 2.513). Es handelte sich um 1.020 Frauen, 455 Paare und 257 Männer sowie um 142 Kinder bzw. sonstige Begleitpersonen. Die Zahl der Beratungsgespräche durch Juristen betrug 817, Sozialarbeiter 765, Psychiater 223, Psychologen 160. Die Zahl der Telefonanrufe betrug 3.093, 1.605 davon waren Telefonberatungen.

Die Beratungsstelle für Familienplanung im Kaiserin-Elisabeth-Spital mußte wegen Auflassung der Gynäkologischen Abteilung des Spitals mit Ende Mai geschlossen werden. Da die Österreichische Gesellschaft für Familienplanung eine zusätzliche Beratungsstelle für Jugendliche einrichtete, wurde das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie ersucht, die Förderung für die eingestellte Beratungsstelle an die Jugendberatungsstelle der Österreichischen Gesellschaft für Familienplanung zu übertragen; das Bundesministerium stimmte zu.

Die Beratungsstellen für Familienplanung wurden von insgesamt 1.601 Personen in Anspruch genommen, von 1.231 Frauen, 124 Paaren bzw. Familien und 122 Männern. Gynäkologen führten 1.132 Beratungen durch, SozialarbeiterInnen 661.

Das Institut für Ehe- und Familientherapie zählte 1.281 Therapiesitzungen, davon 126 in Form von Kotherapie, und weiters 342 Einzel-, Gruppen- bzw. Teamsupervisionen. Die Zuweisungen kamen in erster Linie von Sozial- und Informationseinrichtungen (46%), weiters von psychotherapeutischen bzw. medizinischen Einrichtungen (32%) und von ehemaligen Klienten und Bekannten (22%). Der langjährige Leiter des Institutes, Ass. Prof. Univ.-Doz. Dr. Ludwig Reiter, beendete seine Tätigkeit, Dr. Joachim Hinsch, der schon bisher im Institut mitarbeitete, wurde zum neuen Leiter bestellt. Die Fortbildungsangebote für Mitarbeiter der Ehe- und Familienberatung der Stadt Wien wurden umstrukturiert; das Institut veranstaltet nunmehr eine Fortbildungsreihe mit Kurzseminaren für Mitarbeiter der Ehe- und Familienberatung, eingeladene Gäste und die Mitarbeiter des Institutes.

Das Institut für Ehe- und Familientherapie ist eine Einrichtung des Vereines „Wiener Sozialdienste“ und wird von der Stadt Wien finanziell gefördert. Die Wiener Sozialdienste hielten aus Anlaß ihres 50jährigen Bestehens eine große Tagung ab, an der das Institut für Ehe- und Familientherapie ebenfalls mitwirkte.

Die 5 Institute für Erziehungshilfe intensivierten die Zusammenarbeit mit den Ämtern für Jugend und Familie. Zu diesem Zweck fanden mehrere Kooperationsgespräche zwischen Mitarbeitern der Ämter für Jugend und Familie und den Teams der Institute statt. Im Vergleich zu 1995 verdoppelten sich die Zuweisungen durch Ämter für Jugend und Familie (13%). 19 Prozent der Klienten kamen von selbst, 16 Prozent über Schule/Kindergarten, 13 Prozent von anderen Beratungseinrichtungen, 13 Prozent von medizinischen Einrichtungen, 12 Prozent von Bekannten, 14 Prozent anderes oder nicht ausgewiesen.

Die Sozialstatistik zeigt, daß 43 Prozent der untersuchten Kinder mit beiden Eltern zusammenleben, bei 41 Prozent leben die Eltern getrennt, 8 Prozent der Eltern haben nie zusammengelebt.

Insgesamt kam es im Laufe des Jahres zu 511 Neuvorstellungen von Kindern, deren Alter von 0 bis 18 Jahren lag, wobei unter 4 Jahren und über 15 Jahren nur wenige Kinder vorgestellt wurden. Am stärksten vertreten sind die Altersgruppen im unmittelbaren Vorschulalter und im Volksschulalter.

An der Spitze der Vorstellungsgründe liegen Lern- bzw. Leistungsschwierigkeiten, gefolgt von Verhaltensschwierigkeiten in der Schule, aggressivem Verhalten gegen andere, krisenhaften Situationen in der Familie, Angst, Einnässen, Erziehungsproblemen, dissozialem Verhalten, Verhaltensschwierigkeiten zu Hause, körperlichen Symptomen u. a.

Hauptbereiche der Arbeit sind die therapeutische Arbeit mit Kindern bzw. Jugendlichen und die Elternarbeit. 63 Prozent der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen besteht in Therapiestunden einmal wöchentlich, 26 Prozent in Therapiestunden mehr als einmal wöchentlich, 8 Prozent in Diagnostik u. a.

Die Elternarbeit teilt sich auf in 57 Prozent therapiebegleitende Elternarbeit, 26 Prozent Elternarbeit ohne Kindertherapie, 10 Prozent Anamnese- bzw. Testbesprechungen und 7 Prozent fokale Interventionen.

Die 6. Arbeitstagung der Institute für Erziehungshilfe behandelte unter Teilnahme von internationalen Referenten das Thema „Aggression“.

Im Projekt Streetwork kam es zu einer organisatorischen Eingliederung der acht im Drogenbereich tätigen Streetworker in die Straßensozialarbeit des Vereins „Wiener Sozialprojekte“. In diesem Rahmen sind nunmehr 14 MitarbeiterInnen für den Bereich „Drogenstreetwork“ tätig. Angebote sind ein sozialer Stützpunkt am Karlsplatz – Kärntnertorpassage und eine mobile Anlaufstelle – Spritzentauschbus. Arbeitsschwerpunkte liegen in der HIV-Prävention, der „Harmreduction“, Krisenintervention bei psychischen und physischen Krisen, Aufbau und Weiterführung von professionellen Beziehungen, Hilfe bei Ämtern u. a. Ein besonderer Schwerpunkt liegt weiterhin in der Arbeit mit Jugendlichen, insbesondere mit jugendlichen „ExperimentiererInnen“, das sind jene Jugendliche, die von Substanzen noch nicht abhängig sind, aber stark gefährdet sind. Das Ziel ist hier, die Sozialisation in die „Drogenstraßenszene“ zu verhindern.

Der Bereich Streetwork mit auffälligen und gewaltbereiten Jugendlichen bzw. Jugendgruppen wird weiterhin vom Landesverband Wien der Österreichischen Gesellschaft „Rettet das Kind“ organisiert. In diesem Bereich sind 3 Sozialarbeiterinnen und 3 Sozialarbeiter tätig. Nach Verlust des alten Lokals konnten neue Räume in 9, Dreihackengasse 7, als Übergangslösung bezogen werden. Geplant ist die Übersiedlung in zwei Stadtbahnbögen im Rahmen des Projektes „Gürtel plus“.

In der Fußballfanarbeit waren die Streetworker bei Heimspielen von Rapid und Austria anwesend. Sie begleiteten die Fans aber auch bei Auswärtsspielen und zu einem internationalen Fanclub, wo 25 Mannschaften aus Deutschland, Holland und England spielten. Internationaler Erfahrungsaustausch war durch Teilnahme der Jahrestagung der Koordinationsstelle Deutscher Fanprojekte in Hamburg möglich.

Weitere Aktivitäten waren Fan-Feste in den Räumen von Streetwork und Vermittlungstätigkeit zwischen Fans und dem SK Austria Wien.

Für den Street-Soccer-Cup unterstützten die Streetworker eine Gruppe von 5 Burschen aus Ex-Jugoslawien und der Türkei, die schließlich Gruppensieger in der Vorrunde wurden.

In der Betreuungsarbeit für Jugendliche der zweiten und dritten Migrantengeneration unterstützten die Streetworker in Zusammenarbeit mit dem Wiener Integrationsfonds Jugendliche vom Verein „Echo“ bei der Veranstaltung von Partys.

Nach Recherchen in der Stricher-Szene übernahmen die Streetworker die Betreuung einer Studentengruppe der Akademie für Sozialarbeit, die sich im Rahmen des Projektunterrichts mit der Stricher-Problematik auseinandersetzt und ein Konzept für eine niedrigschwellige Anlaufstelle entwickelt. Dabei konnte auch Kontakt mit dem Verein „AMOC“ in Amsterdam hergestellt werden, der mit Strichern aus dem ehemaligen Ostblock arbeitet und die Unterstützung dieser Arbeit in anderen Ländern mit Hilfe von EU-Mitteln plant.

Die Streetworker nahmen an dem von Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska initiierten Arbeitskreis „Mobile Jugendsozialprojekte“ teil. Ergebnis war die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft mit einer hauptamtlichen Koordinatorin.

Die österreichweite Tagung aller Streetwork-Projekte behandelte das Thema „Streetwork und Exekutive“. Ein Ergebnis war, daß Jugendarbeiter verstärkt in die Aus- und Fortbildung von Exekutivbeamten eingebunden werden sollen.

Das von der Stadt Wien geförderte Unabhängige Kinderschutzzentrum in 7, Kandlgasse 37, war insbesondere mit sexuellen Mißhandlungen befaßt (47%), weiters mit körperlichen Mißhandlungen, psychischen Mißhandlungen, multiplen Mißhandlungen und Vernachlässigungen, insgesamt mit 340 Fällen. Insgesamt gab es 2.045 Klienten- bzw. Helferkontakte, wobei Beratungen inklusive Außenkontakten und telefonischen Beratungen mit 51 Prozent überwiegen, gefolgt von Helferberatung mit 17 Prozent, Kindertherapie mit 16 Prozent, Einzeltherapie mit 15 Prozent und Familien- und Paartherapie mit 1 Prozent.

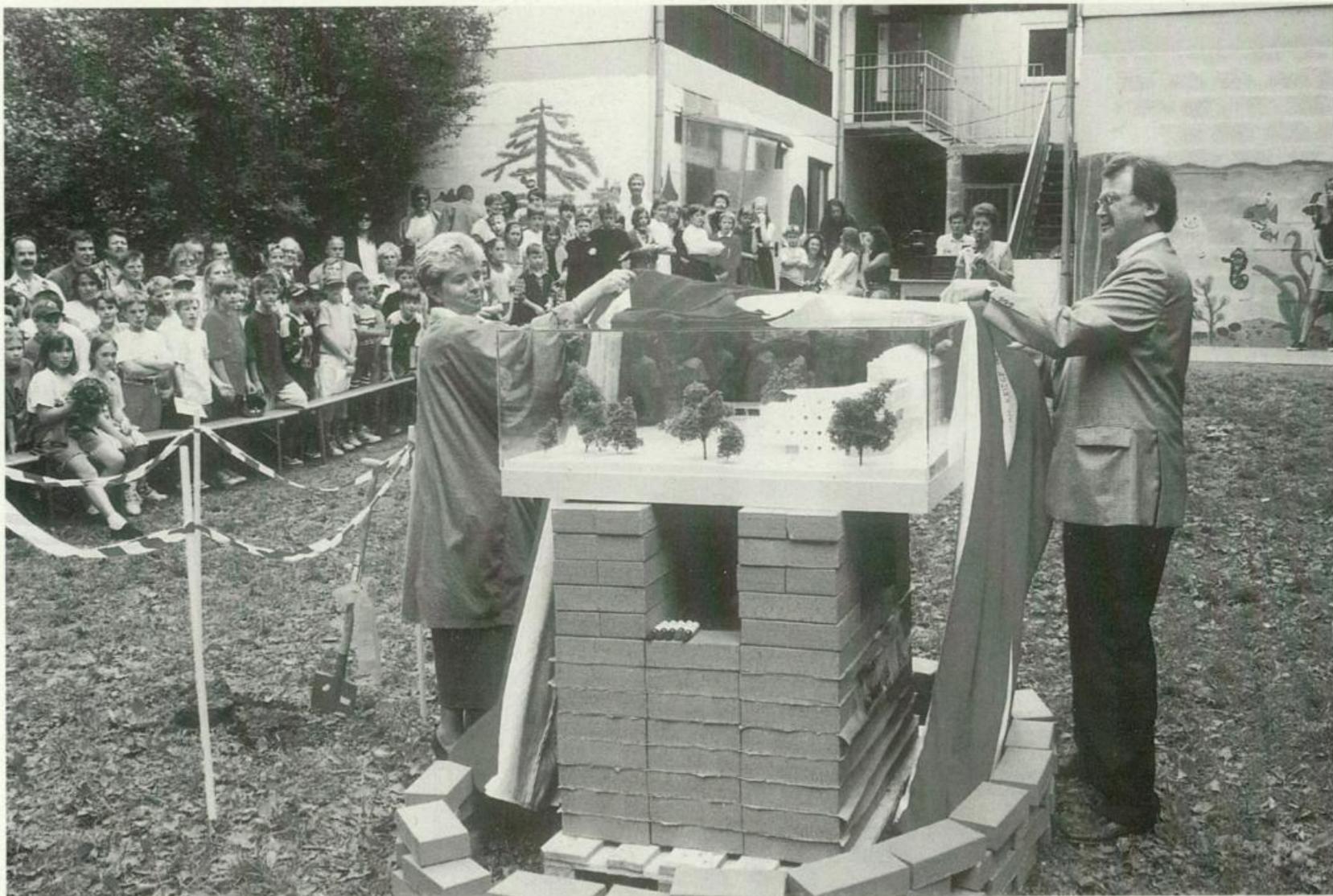
In der Statistik der letzten 5 Jahre zeigt sich eine Zunahme der Arbeit mit Betroffenen, d. h. daß das Kinderschutzzentrum seinem Ziel, eine niederschwellige Beratungsstelle vor allem für jene zu sein, die für sich vertrauensvoll und eigenständig Auswege aus der familiären Gewaltspirale suchen, nähergerückt ist.

Im familienpolitischen Bereich nahm Wien an der Landesfamilienreferentenkonferenz am 10. und 11. Oktober in Dornbirn teil und schlug als einen Tagesordnungspunkt die Thematik „Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf Familien, insbesondere auf Alleinerzieher/innen“ vor. Die Landesfamilienreferentenkonferenz forderte daraufhin in einem Beschluß, daß „alle Auswirkungen der die Familien betreffenden Sparmaßnahmen, die durch die Strukturanpassungsgesetze 1995 und 1996 eingeführt wurden, hinsichtlich sozialer Härten bis spätestens 30. Juni 1997 geprüft werden“.

### III.

Die wachsende Zahl der Aufgabenbereiche und Angebote des Psychologischen Dienstes machte eine innere Strukturierung notwendig. Seit September 1996 gliedert sich der Psychologische Dienst in drei Fachbereiche: Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstellen, Kindertagesheime und Fremdunterbringung.

Ziele der Umstrukturierung sind die bessere Anpassung der psychologischen Arbeit an die Bedürfnisse der Klienten in den jeweiligen Fachbereichen und intensive interdisziplinäre Vernetzung. Die FachbereichsleiterInnen nehmen



Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Bildung, Jugend, Familie, Soziales, Frauenfragen und Sport Grete Laska präsentiert das Modell des Zubaues der Schule in der Aspernallee.

Foto: Landesbildstelle/PID

Überreichung des Siegespokals an die jungen Staatsmeister des Eishockeyklubs EAC Pinguin durch Vizebürgermeisterin Laska.

Foto: Votava/PID





Vizebürgermeisterin Grete Laska präsentiert Veranstaltungen der Stadt Wien zum Internationalen Frauentag am 8. März.

Foto: Votava/PID

nicht nur Koordinations- und Vernetzungsaufgaben wahr, sondern haben auch die Aufgabe, neue Konzepte und Qualitätsstandards für die psychologische Behandlung in den jeweiligen Arbeitsfeldern zu entwickeln.

Die 35 MitarbeiterInnen des Psychologischen Dienstes waren mit insgesamt 7.491 Kindern und Jugendlichen sowie deren Familienangehörigen bzw. Betreuungspersonen befaßt (1995: 8.426). Sie führten 46.362 psychologische Beratungen, Behandlungen, diagnostische Abklärungen und Psychotherapien durch (1995: 47.224). Dabei erstellten die MitarbeiterInnen auch 2.138 schriftliche Gutachten und Stellungnahmen.

Im Fachbereich Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstellen nahmen drei neue Beratungsstellen ihren Betrieb auf. Der hohen Nachfrage nach psychologischer Hilfe im Falle einer Trennung oder Scheidung entsprechend wurden die zwei schon bestehenden Beratungsstellen für Scheidungsfragen durch eine Beratungsstelle für Mediation und Konfliktregelung ergänzt. Zwei weitere neue Beratungsstellen bestehen in Eltern-Kind-Zentren.

Die 33 Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen begutachteten bzw. betreuten 3.907 Kinder und Jugendliche (53% männlich, 47% weiblich). Die Zahl der psychologischen Befassungen betrug insgesamt 22.111 (1995: 20.381). 739 Kinder, Jugendliche und deren Familien erhielten Psychotherapie oder psychologische Behandlung, was eine deutliche Zunahme gegenüber dem Vorjahr bedeutet (1995: 367). Die therapeutischen Aktivitäten erfolgten zu 60 Prozent im Rahmen der Sozialen Dienste, d. h. als prophylaktisches Angebot an die Bevölkerung, und zu 40 Prozent im Rahmen der „Hilfe zur Erziehung“ zur Problembewältigung für bestimmte Kinder und Jugendliche im Sinne des Jugendwohlfahrtsgesetzes.

Wie schon im Vorjahr nimmt die der Kinderpsychologischen Station angeschlossene ambulante Beratungsstelle mit 113 Psychotherapien einen besonderen Stellenwert ein. 49 Kinder erhielten dort Psychotherapie nach einem stationären Aufenthalt an der Kinderpsychologischen Station.

Die PsychologInnen der Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen nahmen an 159 Teamsitzungen teil und führten 527 Konsultationen sowie 146 Supervisionen durch.

An die beiden Psychologischen Beratungsstellen für Scheidungsfragen und die seit Mai 1996 bestehende Beratungsstelle für Mediation und Konfliktregelung wandten sich Familien mit insgesamt 262 Kindern und Jugendlichen, um Unterstützung bei Problemen im Zusammenhang mit Trennung und Scheidung zu erhalten. Insgesamt wurden 602 Beratungen bzw. psychologische Behandlungen durchgeführt. Wie die Erfahrung zeigt, besteht zunehmendes Interesse nach einvernehmlichen Lösungen in Konfliktsituationen, wobei die Methodik der Mediation zunehmend an Bedeutung gewinnt.

An den Trainingsprogrammen des Instituts für Konzentrations- und Bewegungstraining nahmen 29 Kinder teil (9 Mädchen, 20 Knaben).

An die Telefonische Erziehungsauskunft wandten sich 449 Anrufer (1995: 341). Am häufigsten werden Auskünfte bei Erziehungsproblemen in der Familie gesucht, gefolgt von Schwierigkeiten auf Grund problematischer Familiensituationen sowie Verhaltensauffälligkeiten. Auffallend ist die Altersverteilung der Kinder, deren Probleme angesprochen werden. Bei 45 Prozent handelt es sich um Säuglinge bzw. Kleinkinder, bei 30 Prozent um Schulkinder und bei 25 Prozent um Jugendliche. Zu zwei Drittel rufen Mütter an. Mehr als der Hälfte der Ratsuchenden werden passende Einrichtungen zur weiteren Unterstützung empfohlen.

Die Kinderpsychologische Station führte bei 105 Kindern aus Multiproblemfamilien diagnostische Abklärungen und psychologische Behandlungen durch. Bei 40 Prozent handelte es sich um Selbst- bzw. Fremdgefährdung (Verwahrlosung, Devianz, Aggressionsdurchbrüche, Vagabundieren, Mißhandlung), bei 31 Prozent um Verhaltensauffälligkeiten und soziale Anpassungsschwierigkeiten und bei 20 Prozent um erwiesenen sexuellen Mißbrauch oder um einen diesbezüglichen Verdacht, bei 9 Prozent um eine Pflegerückstellung. Der Konsiliarfacharzt begutachtete 8 Prozent der an der Station betreuten Kinder zur kinderpsychiatrischen bzw. heilpädagogischen Abklärung.

In multiprofessionellen Teambesprechungen werden Vorschläge zur weiteren Unterbringung der Kinder erarbeitet. 41 Prozent der Kinder konnten zu ihren Angehörigen entlassen werden, 50 Prozent mußten in einem Heim untergebracht werden, 8 Prozent kamen in eine Wohngemeinschaft und 1 Prozent zu Pflegeeltern.

Die psychologische Betreuung von Pflegekindern bzw. die Arbeit mit Pflegefamilien bezog sich auf 98 Kinder. Die psychologische Tätigkeit in den Pflegestellen gestaltet sich häufig sehr zeitintensiv und aufwendig. Die Probleme wie Loyalitätskonflikte und Identitätskrisen zwischen leiblichen Eltern und Pflegeeltern erfordern oft eine längere Behandlung und Betreuung. Außerdem sind auch lange Anfahrtswege bei Pflegestellen in Bundesländern zu berücksichtigen. PsychologInnen nahmen außerdem an Teambesprechungen (84) teil und führten psychologische Konsultationen (386) durch.

In der psychologischen Arbeit in Kindertagesheimen und Sonderpädagogischen Ambulanzen kam es zu einer Verlagerung der Schwerpunktsetzungen. Das Projekt „Hortbetreuung“ in 3 großen Bezirken wurde aufgelöst. Der Arbeitsanfall in den Kindertagesheimen hat sich durch die wachsende Zahl von Integrationsgruppen etwas verschoben. Integrationsgruppen und deren MitarbeiterInnen erhalten kontinuierliche psychologische Unterstützung; zumeist ist der Psychologe Mitglied/Leiter regelmäßiger Teamsitzungen. Intensiver als früher sind die Psychologen als Supervisoren für Kindergärtnerinnen und als Leiter von Elterngruppen tätig. Den Psychologen wurden 2.484 Kinder vorgestellt, davon 1.582 in Kindertagesheimen und 902 in Sonderpädagogischen Ambulanzen, gemeinsam mit ihren Bezugspersonen beraten und zumeist auch längerfristig betreut.

Für Sonder- und Integrationshorte stehen die Kindertagesheimpsychologen zur Verfügung; bei anderen Fragestellungen (Diagnostik usw.) können sich Horte an die Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen wenden.

In den städtischen Heimen und Vertragsheimen betrug die Zahl der psychologisch begutachteten bzw. betreuten Kinder und Jugendlichen 997, wobei im Durchschnitt 9 Kontakte erfolgten. Außerdem werden SozialpädagogInnen durch ergänzende Hilfen wie Beratung, Moderation, Konfliktmanagement, Fortbildung und Supervision unterstützt.

MitarbeiterInnen des Psychologischen Dienstes wirkten weiters in den Elternschulen und Elternrunden mit. Die beiden Mitarbeiterinnen der Sozialpädagogischen Grundlagenforschung stellten die Studien „Sozialisationschancen und Betreuungsstrukturen“, „Beruf Psychologe/Psychologin: Selbst- und Fremdbild“ und „Passagere Pflegestellen 1992 bis 1994“ fertig. Sie arbeiteten an der Entwicklung eines Dokumentationssystems für die Sozialarbeit mit und evaluierten das Projekt „Modell Amt für Jugend und Familie 16“ und die Pflegestellenbetreuung im Amt für Jugend und Familie 1/8/9. Weiters begleiteten sie die Arbeitskreise „Bilinguale Kindergartenpädagogik“ und „Muttersprachliche Begleitkindergärtnerinnen“.

Die 43. Tagung der Österreichischen JugendamtspsychologInnen stand im Zeichen gruppenspezifischer Prozesse. Unter dem Motto „Vom Ich zum Wir“ wurden Interventionschancen und Interventionsmöglichkeiten diskutiert, bei denen Gruppendynamik als Therapieform im Umgang mit Kindern, Jugendlichen und deren Familien effizient eingesetzt werden kann, so daß Gruppen die Chance bekommen, Kontakt- und Konfliktfähigkeit zu lernen und Aggressionen zu steuern.

MitarbeiterInnen des Psychologischen Dienstes gestalteten weiters zahlreiche Seminare und Einschulungskurse im Rahmen der MD-Verwaltungsakademie. Darüber hinaus waren sie auch in der Fortbildung von Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen sowie von SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen tätig.

#### IV.

Nachdem bereits im Vorjahr Vorarbeiten für die Jugendwohlfahrtsreform „Heim 2000“ geleistet worden waren, begann nun die Realisierungsphase. An internationale Entwicklungen anschließend, zielt die Reform darauf, in familiären Krisensituationen möglichst früh Hilfe zur Problemlösung anzubieten, wobei die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und deren Familien noch stärker im Zentrum der Aktivitäten stehen sollen. Hilfe vor Ort und Regionalisierung stehen im Mittelpunkt der Heimreform, die auf neuen Krisenzentren, Schaffung von Sozialpädagogischen Wohngemeinschaften und verstärkter Heranziehung von professionellen Pflegeeltern basiert.

Für die sozialpädagogische Betreuung von Kindern sind 6 Regionen und für die Betreuung männlicher bzw. weiblicher Jugendlicher 2 Zentren überregional vorgesehen.

Die Sozialpädagogische Region I umfaßt die Bezirke 1/8/9, 4/5, 6/7, 20, die Sozialpädagogische Region II die Bezirke 21 und 22, die Sozialpädagogische Region III die Bezirke 2, 3, 11, die Sozialpädagogische Region IV die Bezirke 10 und 23, die Sozialpädagogische Region V die Bezirke 12, 13/14, die Sozialpädagogische Region VI die Bezirke 15, 16, 17/18, 19.

Das Krisenzentrum in 18, Hockegasse 41, wurde mit August 1996 in Betrieb genommen. Folgende Krisenzentren sind geplant: 16, Sandleiten, 14, Penzinger Straße, 3, Hagenmüllergasse, 21, Hanreitergasse.

Eine Projektgruppe „Heim 2000“ leitet die Umstrukturierungsmaßnahmen mit der Aufgabe, in den nächsten fünf Jahren den äußeren Rahmen für die Regionalisierung und Dezentralisierung von Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu schaffen.

Seit August fungiert das Lehrlingsheim „Am Augarten“ als „Krisenzentrum der Stadt Wien für Burschen – Am Augarten“ (KRIZ Augarten). Die Krisenversorgung und stationäre Unterbringung der Jugendlichen erfolgt im Verbund mit allen städtischen Einrichtungen, die männliche Jugendliche versorgen. Im KRIZ Augarten betreuen 6 SozialpädagogInnen bis zu 10 Jugendliche. Daneben gibt es auch interne Wohnplätze und externes „Betreutes Wohnen“.

Das KRIZ Augarten nahm in die Krisenaufnahmegruppe 96 Jugendliche auf, 31 konnten in ihre Familien zurückkehren, 41 wurden in einem Heim oder einer Wohngemeinschaft untergebracht. Die Zahl der Entweichungen betrug 14.

Mit August erfolgte die Umbenennung des Lehmädchenheimes Nußdorf in „Krisenzentrum der Stadt Wien für Mädchen – Nußdorf“. Auch für weibliche Jugendliche wird die Unterbringung im Verbundsystem aller Einrichtungen organisiert, die weibliche Jugendliche betreuen.

Die 20 Wohnplätze des Heimes wurden auf acht stationäre und zwei ambulante Betreuungsplätze umsystemisiert und die Krisenplätze von 8 auf 16 erhöht.

Das KRIZ Nußdorf nahm in die Krisenaufnahmegruppen (16 Plätze) 223 Jugendliche auf, von denen 111 wieder in ihre Familien zurückkehren konnten, 83 in ein Heim oder in eine Wohngemeinschaft kamen und 1 Vermittlung zu Pflegeeltern erfolgte. Die Zahl der Entweichungen betrug 14.

Der Verein „Wiener Jugenderholung“ übergab das Schulheim Gaaden mit September 1996 an die Abteilung. Verwaltungstechnisch wurde das Heim an das Heim Biedermannsdorf angeschlossen. Das gemeinsam mit dem Wiener Stadtschulrat durchgeführte Projekt der vorübergehenden Unterbringung von schulschwierigen Kindern in diesem Heim wird weitergeführt.

Insgesamt kam es durch Neusystemisierungen zu einer Erhöhung des Platzangebotes auf 1.076 Plätze (966 für den stationären Bereich und 110 Krisenplätze).

Als Sonderförderung konnten 8 Kinder bzw. Jugendliche aus Heimen der Stadt Wien über Vermittlung der Anglo-Austrian-Society an Aufenthalten zur Verbesserung ihrer Englischkenntnisse teilnehmen.

20 Jugendliche aus Heimen und Wohngemeinschaften der Stadt Wien erhielten finanzielle Unterstützung zur Wohnungsgründung und zur Verselbständigung aus Mitteln der Odescalchistiftung in der Höhe von 10.000 S bis maximal 20.000 S (Gesamtrahmen: 300.000 S).

Zur Freizeitgestaltung führten die Heime und Wohngemeinschaften zahlreiche ein- und mehrtägige Ausflüge und Erholungsaktionen durch.

Das „EPZ – Erlebnispädagogisches Zentrum“ hat neben dem Angebot von Kurzzeit- und Outdoor-Aktivitäten einen Indoor-Klettergarten unter dem Titel „Steiler geht's nicht“ errichtet. Zwei Monate bestand im Mehrzwecksaal in der „Stadt des Kindes“ für Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, Klettererfahrungen zu sammeln. Dabei können die Teilnehmer auch Gefühle wie Mut, Vertrauen, Sicherheit, Rücksichtnahme, Verlässlichkeit, Zusammenarbeit usw. erleben. Diese Veranstaltung wurde auch im Rahmen des Wiener Ferienspiels und im Familiensonntagsprogramm angeboten.

Für schwer integrierbare Kinder und Jugendliche der Heime und Wohngemeinschaften ermöglicht das Erlebnispädagogische Zentrum in der Stadt des Kindes durch sportliche und abenteuerorientierte Angebote eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Neben Wochenendangeboten fand ein Segeltörn für 6 extrem schwierige Kinder statt. Mit diesen Aktionen konnte den besonderen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen nach Abenteuer, Grenzerfahrung und Extremsituationen nachgekommen werden und soziale Lernmöglichkeiten vermittelt werden.

Der „Verein zur Förderung der Bildungs- und Freizeitaktivitäten“ des Charlotte-Bühler-Heimes organisierte wieder eine vorweihnachtliche Ausstellung, bei der Bilder und Collagen von Kindern und Jugendlichen des Heimes der Öffentlichkeit präsentiert wurden.

20 Kinder und 4 SozialpädagogInnen des Heimes Hohe Warte konnten auf eine anlässlich der Aufstellung des Weihnachtsbaumes 1995 vor dem Wiener Rathaus erfolgten Einladung der Stadt Feldkirch eine Erlebniswoche in der Stadt Feldkirch verbringen. Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska lud 26 Kinder und deren Begleitpersonen zu einem Gegenbesuch in Wien ein.

Im Laufe des Jahres führten Delegationen aus verschiedenen Ländern Exkursionen in Heime der Stadt Wien durch.

Die Regionalen Krisenzentren 10, Columbusgasse, 1, Neutorgasse, und 18, Hockegasse, nahmen insgesamt 261 Kinder auf, von denen 194 wieder in ihre Familien zurückkehren konnten, 37 in Heime oder Wohngemeinschaften und 11 zu Pflegeeltern kamen. Außerdem wurden 5 Entweichungen registriert.

In den übrigen Einrichtungen für Krisenaufnahmen (Säuglingsheim Lainzer Straße, Charlotte-Bühler-Heim – Kinderaufnahmegruppe, Julius-Tandler-Heim, KRIZ Nußdorf, KRIZ Augarten, sonstige Heime) kam es insgesamt zu 335 Krisenaufnahmen.

In den Sozialpädagogischen Wohngemeinschaften betreut ein Team von 4 SozialpädagogInnen maximal 8 Kinder in einer eigenständig geführten Wohnung. Die wirtschaftlichen Angelegenheiten werden zukünftig über die regionalen Stützpunkte durchgeführt. Zum Jahresende bestanden 12 Wohngemeinschaften.

Das Projekt „Sozialpädagogische Individualhilfe – SPI“ wurde durch das Projekt „Betreutes Wohnen“ abgelöst. Bei dieser Betreuungsform werden Jugendliche je nach Bedarf betreut bzw. in ihrer Verselbständigung unterstützt. Diese Betreuungsform soll im Zuge der Reform „Heim 2000“ weiter ausgebaut werden.

Das Gesellenheim Aichhorngasse nahm 19 Mädchen neu auf, 25 verließen das Heim, davon 14 in eine Wohnung in Hauptmiete, 8 zu den Eltern, 2 zum Freund u. a. Zum Jahresende lebten 24 Mädchen im Heim, davon 8 mit abgeschlossener Berufsausbildung, 9 Lehrlinge, 3 Mädchen in schulischer Ausbildung, 2 angelernte bzw. Hilfsarbeiterinnen und 2 Arbeitslose.

Das Gesellenheim Zohmannngasse verzeichnete 70 Aufnahmen von jungen Männern und Jugendlichen. 69 zogen aus, die meisten zu Eltern bzw. zu Freunden oder Freundinnen und in eine eigene Wohnung, 13 kamen in Haft. Zum Jahresende lebten 72 Jugendliche im Gesellenheim, von denen 27 eine gute Arbeitshaltung hatten, 28 eine schlechte und 13 Jugendliche auf Grund ihrer Problematik nicht arbeitsfähig waren. 23 hatten Alkohol- oder Drogenprobleme.

In Vertragsheimen waren für Wiener Kinder und Jugendliche 465 Plätze systemisiert, wovon 418 Plätze belegt waren. Für das August-Aichhorn-Haus, das Kinderheim Pitten, das Kinderheim Stiefern und das Kinderheim St. Raffael bewilligte der Gemeinderatsausschuß für Jugend, Soziales, Information und Sport außerordentliche Zuschüsse.

40 SozialpädagogInnen (3 teilzeitbeschäftigt) mit unterschiedlichen therapeutischen Zusatzausbildungen betreuten in 16 Sozialpädagogischen Beratungsstellen im Jahr insgesamt 2.560 KlientInnen. Durch professionelle Beratung und sozial- sowie psychotherapeutische Unterstützung für Eltern, Kinder und Jugendliche werden erzieherische Probleme auf ambulante Weise gelöst.

Die 8 Sozialpädagoginnen der 2 Institute für Sozialtherapie arbeiten vor allem mit tiefenpsychologischen Methodenansätzen und betreuten insgesamt 265 Klienten, 143 Erwachsene, 48 Kinder und 64 Jugendliche. Das Institut für

Sozialtherapie in 10, Puchsbaumgasse, wurde auf Grund der notwendigen Installierung des Verwaltungsstützpunktes für die Region IV geschlossen und die Agenden von der Sozialpädagogischen Beratungsstelle in Wien 10 übernommen, während die Mitarbeiter des Institutes den beiden anderen Instituten zugeteilt wurden.

Die 7 SozialarbeiterInnen und 7 SozialpädagogInnen der Familienintensivbetreuung – FIB betreuten über Vermittlung der Ämter für Jugend und Familie insgesamt 116 Multiproblemfamilien. Es besteht große Nachfrage nach dieser Betreuungsform. Ein Ausbau und die Einbindung in das Regionalisierungskonzept „Heim 2000“ sind geplant.

Das Wiener Kindertelefon – 319 66 66 verzeichnete 7.651 Anrufe. Es handelte sich dabei um 2.528 Beratungsgespräche und Hilfen in Notsituationen, wobei die Anliegen sehr breit gestreut waren: von Sorgen und Nöten im zwischenmenschlichen Bereich bis hin zu Auseinandersetzungen mit Gewaltanwendung. Außerdem gaben die MitarbeiterInnen des Kindertelefons auch 2.237 Auskünfte zur Freizeitgestaltung, zu schulischen Belangen und zu allgemeinen Fragen des Lebens von Kindern und Jugendlichen. In 2.134 Anrufen suchten Erwachsene Aussprachemöglichkeit oder weiterführende Informationen.

Die MitarbeiterInnen des Wiener Kindertelefons sind Montag bis Freitag in der Zeit von 8 bis 20 Uhr erreichbar. Bei Bedarf wird auch ein Termin für ein persönliches Gespräch in den Räumlichkeiten des Kindertelefons vereinbart.

Das gemeinsam mit dem Sozialamt durchgeführte Projekt FOCUS hat die Aufgabe, Kontakte zu öffentlichen und privaten Institutionen herzustellen, über Eigenrecherchen regional-soziale Problembereiche zu analysieren und zu dokumentieren, um nach dieser Bedarfserhebung mit konkreten Verbesserungsvorschlägen eine Veränderung der derzeitigen Situation zu erreichen, vorhandene Ressourcen zu vernetzen oder auch zu entwickeln. Fachlich ist das FOCUS-Team direkt dem Drogenkoordinator der Stadt Wien unterstellt.

## V.

Im Laufe des Jahres nahmen 15 neue Kindertagesheime mit insgesamt 58 Gruppen ihren Betrieb auf, und zwar an folgenden Adressen: 2, Dr.-Natterer-Gasse 1, 5, Schönbrunner Straße 34, 14, Lortzinggasse 2, 17, Leopold-Ernst-Gasse 37, 20, Leithastrasse 17–23, 20, Leystraße 2, 21, Gschweidlgasse 1, 21, Jedlersdorfer Straße 182, 21, Ocirkgasse 3, 21, Voglgasse 1, 22, Bergengasse 6, 22, Hagedornweg 2, 22, Langobardenstraße 176, 22, Sandefjordgasse 1, 22, Ullreichgasse 8.

Gruppenvermehrungen erfolgten in 14 Kindertagesheimen um insgesamt 16 Gruppen. 12 Gruppen in 9 Kindertagesheimen wurden geschlossen. Die Kindertagesheime in 5, Fendigasse 38 und Einsiedlergasse 7, sowie in 16, Seeböckgasse 18 und Odoakergasse 48, wurden zusammengelegt. Nach einer Generalrenovierung nahmen 5 Kindertagesheime neu ihren Betrieb auf.

Zum Jahresende standen insgesamt 355 städtische Kindertagesheime zur Verfügung (1995: 343). Die Zahl der Plätze betrug 35.911 (1995: 34.539), davon 4.724 in Krippen, 21.074 in Kindergärten und 10.113 in Horten.

Für das Arbeitsjahr 1996/97 konnte die Zahl der Integrationsgruppen von 50 auf 62 erhöht werden (11 Kindergartengruppen, 1 Hortgruppe).

Die frühzeitige Begegnung mit Fremdsprachen wird von Eltern vielfach gewünscht und von Pädagogen als äußerst förderlich für den späteren Fremdsprachenunterricht angesehen. 25 Kindergärtnerinnen nahmen an einer Fortbildung teil, die in Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat für Wien entwickelt wurde und interessierten Mitarbeiterinnen mit sehr guten Englischkenntnissen Methodik und Didaktik für „Englisch im Kindergarten“ anbietet. 25 Kindergärtnerinnen nahmen an dieser Fortbildung mit Erfolg teil und nützen nun ihre Kenntnisse im pädagogischen Alltag ihrer Kindergartengruppe. Da an dieser Fortbildung großes Interesse besteht, wird die Fortbildungsveranstaltung fortgeführt.

Mobile Sonderpädagoginnen sind für die Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte bei der Betreuung verhaltensauffälliger und/oder behinderter Kinder in Regelgruppen sehr wichtig. Die Gruppe der mobilen Sonderkindergärtnerinnen und Sonderhorterzieherinnen konnte um jeweils 4 Mitarbeiterinnen aufgestockt werden.

Da zu wenig Sonderkindergärtnerinnen zur Aufnahme bei der Stadt Wien vorgemerkt sind, können einige Integrationsgruppen nicht mit ausgebildeten Sonderpädagoginnen besetzt werden. Um den Wissensstand der Regelkindergärtnerinnen in den Integrationsgruppen über die Förderung behinderter Kleinkinder zu verbessern, wurde mit großem Erfolg eine einwöchige Schulung dieser Mitarbeiterinnen durchgeführt.

Die 10 muttersprachlichen Betreuerinnen in städtischen Kindertagesheimen nahmen an einer einwöchigen Schulung teil, um sich für ihre Arbeit besser zu qualifizieren. Die Schulung wurde von der Zielgruppe sehr positiv aufgenommen.

Die Pädagogische Fachtagung behandelte das Thema „Die schöpferische Kraft des Kindes – Eine Erweiterung des Konzeptes von Maria Montessori“. Das Thema wurde im Sinne des pädagogischen Jahresschwerpunktes „Kreativität – Gegen Schablonen im Handeln und Denken“ gewählt. Die Referentin Marielle Seitz, BRD, ist Kunsterzieherin und erfolgreiche Designerin von Sinnesmaterial und Spielzeug. Der Vortrag fand bei den etwa 700 TeilnehmerInnen aus den städtischen Kindertagesheimen sehr großen Anklang; vielfach werden die praktischen Anregungen bereits in die Praxis umgesetzt.

Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska lud die Kindergärtnerinnen der städtischen Kindertagesheime ein, die pädagogischen Zielsetzungen des Kindertagesheimes in Form einer Ausstellung in der Ganggalerie im Rathaus zu präsentieren. Die Ausstellung fand bei den Besuchern der Galerie großes Interesse. Auch im Bezirksamt des 10. Bezir-

kes haben die Kindergärtnerinnen auf Einladung der Bezirksvorsteherin eine Ausstellung zum Thema „Pädagogische Angebote in den städtischen Kindertagesheimen“ gestaltet.

Um alle Platzressourcen zur Betreuung von Kleinkindern in Wien zu nützen, wurde der Zukauf von Plätzen in Privatkindergärten und bei Tagesmüttern ermöglicht, wenn in städtischen Einrichtungen kein Platz zur Verfügung gestellt werden kann, die Eltern aber die Beitragsleistungen in Privatkindergärten nicht selbst aufbringen können. Gemäß der Beitragsstaffelungen in städtischen Kindertagesheimen wird dann den Eltern auch im Privatkindergarten oder bei einer Tagesmutter der Beitrag ermäßigt. Die Administration des Platzzukaufes erfolgt durch die KindertagesheimadministratorInnen der Ämter für Jugend und Familie. Für den Zukauf von Plätzen waren 1996 24 Millionen Schilling bereitgestellt.

## VI.

Der Fonds „Wiener Jugendhilfswerk“ erhielt von der Stadt Wien eine Förderung von 2 Millionen Schilling, mit der die Erholungsaktionen der im Fonds vertretenen Organisationen unterstützt wurden. Die Organisationen erhielten Zuschüsse für insgesamt 6.487 Kinder. Einen wichtigen Beitrag für die Erholungsaktionen leisteten weiterhin die Krankenkassen; die Wiener Gebietskrankenkasse zahlte z. B. für 3.400 Kinder Zuschüsse in der Höhe von 3,230.000 S.

Mitarbeiter der Geschäftsstelle kontrollierten 64 Erholungsaktionen der Organisationen während der Sommersaison und hatten keine Beanstandungen vorzunehmen.

Der Verein „Wiener Jugenderholung“ hat die Aufgabe, gemeinsam mit dem Amt für Jugend und Familie alle Aktivitäten der städtischen Erholungsfürsorge zu organisieren und zu verrechnen. Für Kinder in schwierigen sozialen Situationen bietet der Verein Ferienmöglichkeiten in fast allen österreichischen Bundesländern und die Unterbringung in Tageserholungsstätten im Raum Wien an, darunter Badeaufenthalte an österreichischen Seen, Sport- und Lernferien, Erholungsaktionen für behinderte Kinder und Familienurlaube. Während des Schuljahres unterstützt der Verein Schullandwochen und Gruppenaufenthalte mit Kindern und Jugendlichen aus städtischen Kindertagesheimen und Heimen. Erstmals gab es spezielle Aktionen für 14- und 15jährige Jugendliche, die – betreut von besonders ausgebildeten Betreuern – sportliche und kulturelle Höhepunkte erleben konnten.

Insgesamt fanden 428 Erholungsaktionen (1995: 434) statt, an denen 11.955 Kinder bzw. Familienangehörige teilnahmen.

Im Kindererholungsheim Gaaden hatten verhaltensauffällige Schüler mit Lerndefiziten die Möglichkeit, für die Zeit von 2 bis 3 Monaten die Schule im Haus zu besuchen. Es fand ein Winter- und ein Frühjahrssturnus statt, an denen insgesamt 32 Knaben und 6 Mädchen teilnahmen. Mit Ende August übergab der Verein das Heim der Abteilung, die das Schulprojekt im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat weiterführt.

Für eine gute Betreuung der Kinder während der Erholungsaufenthalte ist entsprechend ausgebildetes und erfahrene Personal notwendig. Die Geschäftsstelle ist bemüht, möglichst viele Betreuer mit abgeschlossener Berufsausbildung unter Vertrag zu nehmen. Bei 28 Prozent der pädagogischen Betreuer war das der Fall. Weiters wurden Hochschüler, Studenten diverser Ausbildungsstätten für Sozialberufe und Studenten der Pädagogischen Akademien eingesetzt. Eignungsprüfungen, Schulungen und Teambesprechungen tragen zur Sicherung der pädagogischen Qualität bei. Außerdem fand eine ganztägige Schulung für Ferienbetreuer statt, die keine oder geringe Vorkenntnisse hatten. Für alle pädagogische Turnusleiter fand eine Tagung statt, bei der aktuelle Probleme der Jugenderholung sowie Organisation und Ablauf der Aktionen erörtert wurden.

Mitarbeiter der Geschäftsstelle besuchten jede vom Verein veranstaltete Erholungsaktion mindestens einmal. Diese unangemeldeten Kontrollen dienen zur Überprüfung der Heimsituation und geben Gelegenheit, etwaige pädagogische oder organisatorische Probleme rasch zu bewältigen.

In den Kindererholungsheimen Sulzbach/Bad Ischl und Lehenhof fanden wieder Tage der offenen Tür statt, um Eltern die Gelegenheit zu geben, den Heimbetrieb kennenzulernen. Die Kinder erfreuten die Besucher mit künstlerischen Aktivitäten.

## VII.

Für die Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien trat mit Erlaß des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten eine neue Studienordnung in Kraft. Diese Studienordnung erhöht die Maximalstudiendauer an der Akademie auf 12 Semester bei einer regulären Studiendauer von 6 Semestern (die durchschnittliche De-facto-Studiendauer liegt bei 7 Semestern). Sie regelt weiters u. a. Kurse zur Spezialausbildung und gibt die Berechtigung, auch dafür Diplome zu verleihen.

Die Akademie nahm neu in den Unterricht des Handlungsfeldes „Familie“ ein Seminar über offene Jugendarbeit auf, das insbesondere auf die Tätigkeit im präventiven Bereich und auch auf die intensive Kooperation mit sozialpädagogischen Einrichtungen hin vorbereitet. Dieses Fach ergänzt und erweitert den schon bestehenden Bereich der kreativen Ausbildung und fördert die im Zuge einer diskutierten Ausbildungsreform generell zu erweiternde Thematik im sozialarbeiterischen Berufsprofil.

Mit Unterstützung des Wiener Integrationsfonds konnte eine spezielle Förderung ausländischer StudentInnen an der Akademie organisiert werden, und zwar durch Sprachkurse und Stützunterricht.

Im praxisorientierten Unterricht wurde das erfolgreiche Projekt der Obdachlosenzeitung „Augustin“ weitergeführt und neu ein spezielles Angebot für obdachlose Frauen erstellt.

Das Projekt einer niederschweligen Beratungseinrichtung für nicht registrierte Prostituierte „Schlußstrich und Anti-Buckl-Café“ stand weiterhin am Programm. Ein neues Projekt befaßt sich mit einer vergleichbaren Einrichtung für jugendliche männliche „Stricher“ („Strichpunkt“). Ein weiteres Projekt befaßt sich mit der konkreten Durchführung einer freizeitpädagogischen Aktion für behinderte Jugendliche, die auch Wassersport am Neusiedlersee einschloß, was sehr sorgfältige Planung erforderte („Luv und Lee“).

Die Diplomarbeiten behandelten u. a. Drogenprävention durch Erlebnispädagogik, kurative Arbeit in niederschweligen Einrichtungen, frauenspezifische Themen wie „Alleinerzieherinnen“, „Verteidigung von Frauen gegen Gewalthandlungen“ usw.

Im Fortbildungsbereich führte der Fortbildungsbeirat neuerlich eine Bedarfs- und Interessenserhebung durch, wobei 350 Rückmeldungen ausgewertet werden konnten. 302 SozialarbeiterInnen und 14 SozialpädagogInnen nahmen an insgesamt 27 Fortbildungsveranstaltungen mit 21 Themen teil. Inhaltliche Schwerpunkte waren der Umgang mit ausländischen Klienten und deren kulturellem Hintergrund, Schuldenprobleme und Suchtfragen.

Der Fachkurs „Organisationsentwicklung und Supervision“ fand weiterhin statt. Die Akademie führte auch für bestimmte Gruppen von MitarbeiterInnen der Stadt Wien Aus- und Fortbildungsveranstaltungen durch.

Gemeinsam mit dem Institut für Sozialpädagogik begann ein Lehrgang für Krisenintervention und die Vorbereitung eines Führungskräftelehrganges der Abteilung.

Die Akademie fungierte als koordinierende Hochschule eines Europäischen Bildungskooperationsprogrammes im Rahmen von „ERASMUS“. Im Rahmen dieses Programms arbeitet die Akademie mit 14 ausländischen Hochschulen bzw. Sozialberuflichen Bildungseinrichtungen zusammen. Im Zuge des Studentenaustauschprogrammes absolvierten Gaststudenten aus Irland, Dänemark, Holland, Deutschland, Italien und Frankreich Semester an der Akademie bzw. Praktika, Studenten der Akademie besuchten für ein Gastsemester Holland, Frankreich, Italien und Irland.

Die Akademie hielt mit Unterstützung des Pädagogischen Institutes des Bundes ein Symposium mit Teilnehmern aus Olmütz, Prag, Bratislava und Budapest zur Bewältigung spezifischer sozialer Fragen (Minderheiten und Migration) ab.

Der Diplomjahrgang 1996 umfaßte 43 Personen, von denen 30 im Laufe des Jahres (zwei Termine) abschließen konnten. Außerdem legten 7 StudentInnen aus früheren Jahrgängen die Prüfung ab. Die Drop-out-Rate ist wieder leicht angestiegen und liegt bei rund 18 Prozent.

Für die Berufsintegration bestehen weiterhin gute Möglichkeiten, wenngleich eine leichte Abnahme der Berufsintegrationsquote in Relation zu den Vorjahren zu registrieren ist. Zur Eignungsuntersuchung traten 254 BewerberInnen an, davon 28 KandidatInnen für die Studienberechtigungsprüfung. 51 BewerberInnen erhielten einen positiven Aufnahmebescheid; 25 BewerberInnen aus dem Vorjahr wurde eine Aufnahme zugesagt. Derzeit besuchen 143 Studierende die Akademie (98 Frauen, 45 Männer).

Am Institut für Sozialpädagogik bestanden 2 Jahrgänge zur Ausbildung von Sozialpädagogen in Kollegform. 22 Studierende bestanden die Befähigungsprüfung. Zur Eignungsprüfung traten 60 Bewerber an, 26 konnten mit dem Wintersemester 1996/97 ihre Ausbildung beginnen.

Für Externisten bestanden 3 Kurse mit je rund 20 Studierenden. Die Externistenausbildungskurse dauern 6 Semester und geben vor allem Berufstätigen die Möglichkeit, in den Beruf des Sozialpädagogen einzusteigen.

Nach wie vor groß ist die Nachfrage nach den Lehrgängen für Behindertenarbeit. Der 11. Lehrgang konnte abgeschlossen werden.

Das Institut erstellte diesmal kein übergreifendes Fortbildungsprogramm, sondern versuchte, die Fortbildungs-ideen und -aktivitäten weitgehend in die Praxis zu verlagern. Auf diese Weise fanden zahlreiche Seminare, Workshops und Schulungen – von Sozialpädagogen initiiert – direkt in den Einrichtungen statt.

Das Institut organisierte Einzel- und Teamsupervisionen, weiters Coaching für Personen in Leitungsfunktion und Organisationsentwicklung für Teams in Neuorganisation und Umstrukturierung.

Die Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik verzeichnete zum Jahresende 453 Schülerinnen und 11 Schüler, weiters 242 Schülerinnen und 12 Schüler in 10 Assistentenkursen und 27 Kandidatinnen im Lehrgang zur Ausbildung von KindergärtnerInnen zu SonderkindergärtnerInnen.

100 KandidatInnen bestanden die Reife- und Befähigungsprüfung, davon 31 mit zusätzlicher HorterzieherIn-Prüfung, weiters 86 KandidatInnen der Assistentenkurse. 20 KandidatInnen der Kollegausbildung absolvierten erfolgreich die Befähigungsprüfung. Die Eignungsprüfung für die Kollegausbildung bestanden 32 KandidatInnen, die Eignungsprüfung für die allgemeine Ausbildung 162 KandidatInnen, wovon wegen Platzmangels nicht alle aufgenommen werden konnten.

In einer der 1. Klassen wird ab dem Schuljahr 1996/97 der Persönlichkeitsbildung besondere Aufmerksamkeit gewidmet, wobei auch musisch-kreative Förderung, verstärktes Arbeiten an Kommunikations- und Interaktionsprozessen zur Förderung der emotionalen Intelligenz und fächerübergreifendes Denken und Handeln inkludiert sind. Dazu ist es notwendig, daß das Lehrerteam besonders intensiv zusammenarbeitet, teilweise Blockunterricht eingesetzt wird und die Auseinandersetzung mit psychologischen Schwerpunkten und mit der Persönlichkeit der SchülerInnen Schwerpunkte bilden.

Bei der Reife- und Befähigungsprüfung konnten SchülerInnen der 5jährigen Ausbildung erstmals Teilprüfungen mit fächerübergreifender Schwerpunktsetzung absolvieren. Im Kolleg ist dieser Prüfungsmodus bereits in der Prüfungsordnung vorgesehen. Die Erfahrungen mit diesem Prüfungsmodus wurden von allen Beteiligten positiv beurteilt.

## Sozialamt

Für das Sozialamt waren im Jahr 1996 folgende Ereignisse bzw. folgendes Projekt von großer Bedeutung:

1996 lag der Schwerpunkt der Leistungen im Ausbau der Wohnplätze und Beschäftigungstherapie für behinderte Menschen (Programm ARGE – Wohnplätze für behinderte Menschen). Weiters wurde die Ausgliederung der noch in Einrichtungen der Psychiatrie (vor allem im psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien – Baumgartner Höhe) lebenden geistig behinderten Menschen in Angriff genommen.

Im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit, betreute Wohnplätze für obdachlose Bürger zu schaffen, wurde diese Zielsetzung durch die zusätzliche Anmietung von Wohnungen, dem Programm der ARGE-Wohnplätze für Bürger in Not, weiter verfolgt.

Im Bereich der Wohnungssicherung wurde 1996 die Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS) eingerichtet. Diese Anlaufstelle ist ein Projekt der Volkshilfe Wien in Zusammenarbeit mit den MA 11, 12 und des Wiener Integrationsfonds und dient der Delogierungsprävention, vorläufig beschränkt auf BewohnerInnen des 20. Bezirkes.

In der Allgemeinen Sozialhilfe wurden die Richtsätze für Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes ab 1. Jänner 1996 mit Verordnung der Wiener Landesregierung LGBI. Nr. 77/1995 erhöht. Sie betragen für Alleinunterstützte 4.880 S, für Hauptunterstützte 4.759 S, für Mitunterstützte ohne Anspruch auf Familienbeihilfe 2.443 S und für Mitunterstützte mit Anspruch auf Familienbeihilfe 1.464 S. Der zur Angleichung der Dauerleistungen an die Bezüge der Ausgleichszulagenempfänger gewährte Zuschlag wurde ebenfalls erhöht und betrug für Alleinunterstützte 2.731 S und für Hauptunterstützte 3.657 S.

Sozialhilfe als Dauerleistung für alte oder erwerbsunfähige Personen wurde im Dezember 1996 in 3.619 Fällen für 3.813 Personen gewährt. Im Vergleich zu 1995 sank die Zahl der Fälle um 165 und die der Personen um 178. Von diesen 3.813 Personen waren 10 Kriegsgeschädigte, 679 Bezieher von Sozialversicherungspensionen, 6 Kleinrentner, 177 Ausländer und 2.941 sonstige Dauerleistungsempfänger. Bemerkenswert ist, daß nicht weniger als 648 Pensionisten eine Dauerleistung erhielten, weil sie eine Miete von mehr als 812 S pro Monat zu zahlen hatten.

Geldaushilfen zur Sicherung des Lebensunterhaltes wurden in 108.071 Fällen ausbezahlt. Unter anderem entfielen 8.032 Fälle auf Pensionsbewerber, 2.553 auf AlleinerzieherInnen und in 827 Fällen handelte es sich um eine Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Zahl der Geldaushilfen blieb nahezu gleich, die Aufwendungen stiegen um 2,57 Prozent. Die Gesamtausgaben betragen 447.060.429,81 S.

An die Wiener Stadtwerke – Städtische Bestattung wurden für nicht bzw. nicht zur Gänze in Verlassenschaftsverfahren eingebrachte Bestattungsdurchführungskosten 4.435.251,40 S, für 645 Fälle überwiesen (§ 10 des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes), in 39 Fällen an Hinterbliebene Beiträge zum Bestattungsaufwand für bedürftige Personen 694.819 S ausbezahlt.

Im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährte die Abteilung in 827 Fällen einmalige Aushilfen und durchschnittlich 13 Aushilfen an die in Wien wohnhaften und durch HIV infizierten Personen, zur Überbrückung außergewöhnlicher Notstände. Im Jahr 1996 betrug der Aufwand 6.008.931,84 S.

Weitere Hilfen und Zuschüsse umfaßten folgende Bereiche: Für ärztliche Behandlungen, Heil- und Hilfsmittel sowie Arzneimittellversorgung wurden im Jahr 1996 im Rahmen der Krankenhilfe 70.627.156,10 S zur Verfügung gestellt. Der Aufwand für konservierende und prothetische Leistungen von Zahnärzten und Dentisten betrug 7.818.316,56 S (alle Aufwendungen ohne Flüchtlingshilfe).

Da die Wiener Gebietskrankenkasse die Leistungen für Hilfsmittel an sozialversicherte Personen sehr eingeschränkt bzw. in vielen Fällen eingestellt hat, ist eine bemerkenswerte Zunahme von Fällen eingetreten, bei denen die Gewährung eines Zuschusses oder die Übernahme der Kosten aus Mitteln der Sozialhilfe zu prüfen ist.

Die Mutter-Kind-Heime der Caritas der Erzdiözese Wien, des Kolpingwerkes, des Vereines Rat und Hilfe, der Caritas Socialis, des Hauses Sarepta und der Hilfskette Nachbarschaft für werdende Mütter erhielten Zuschüsse zu den Betriebskosten.

Das Angebot der ARGE – Wohnplätze für Bürger in Not wurde im Jahr 1996 um 88 auf 545 Wohneinheiten ausgeweitet. Pro betreutem Wohnplatz betrug der Monatssatz 5.315 S, in den Frauenwohngemeinschaften des Wiener Hilfswerkes 6.379 S monatlich und für die Unterbringung in den Notschlafstellen des Vereines für Bewährungshilfe 412 S täglich.

Im Dezember 1995 wurde das Abkommen von Dayton unterzeichnet, womit der seit Frühjahr 1992 dauernde Krieg in Bosnien beendet werden soll. Es konnten sich viele Flüchtlinge integrieren, d. h., sie fanden Arbeit und Wohnung und wurden von der Hilfe durch die Bosnienaktion unabhängig.

Es kommen nur mehr wenige neue Flüchtlinge nach Österreich, aber die bereits hier befindlichen brauchen zunehmend mehr Beratung und zum Teil psychotherapeutische Betreuung.

Zu Jahresende 1996 waren noch insgesamt 2.145 (1995: 4.031) Personen, davon 1.251 (1995: 2.350) in Privatunterkünften und 894 (1995: 1.681) Personen in Großquartieren, in Betreuung der Bosnienhilfe.

Die Großquartiere unterscheiden sich nach:

A) 3 Großquartiere (4 per 12/1995, ausschließlich in Wien)

B) 7 Gewerbliche Quartiere (21 per 12/95 in Wien und NÖ), davon 2 in Wien und 5 in NÖ

C) 4 Integrationshäuser (5 per 12/1995, ausschließlich in Wien)

Die Verringerung der Lageranzahl um 17 Quartiere ist vor allem auf die Absiedlung von 13 gewerblichen Quartieren in Niederösterreich zugunsten der kostengünstigeren Großlager und Integrationsquartiere in Wien zurückzuführen.

Bei der Quartiereinteilung wurde auf die besonderen Bedürfnisse der Flüchtlinge, wie Schulbesuch, Berufsausbildung, Beschäftigungsbewilligung/Arbeit usw., Rücksicht genommen. Auch bei Ab- und Umsiedlungen im Lagerbereich Wien wurde auf die bessere Auslastung der kostengünstigen Großlager und Integrationshäuser Bedacht genommen.

Mitte des Jahres 1993 wurde der Zugang zum Arbeitsmarkt für die De-facto-Flüchtlinge ermöglicht, wodurch bis Ende 1996 5.297 Menschen (1995: 4.733) von der Hilfe durch Bund und Land unabhängig wurden.

Im Rahmen der Bosnienhilfe wurden ab Dezember 1994 Rückkehrbeihilfen in der Höhe von 1.500 S pro Person ausbezahlt. Im Jahr 1996 wurden 179 Rückkehrbeihilfen (1995: 13) gewährt.

Bis 31. Dezember 1996 wurden in Wien seit Beginn der Aktion 27.142 (EDV-Stand: 31. 12. 1996) De-facto-Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina registriert, davon waren Ende 1996 2.145 (1995: 4.031) in Betreuung der Stadt Wien.

Die Kosten der Krankenhilfe sind im Vergleich zur gleichen Zahl von Österreichern sehr hoch geblieben. Für ärztliche Behandlungen, Heil- und Hilfsmittel sowie Arzneimittelversorgung der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien wurden im Rahmen der Krankenhilfe 12.795.285,81 S zur Verfügung gestellt. Der Aufwand für konservierende und prothetische Leistungen von Zahnärzten und Dentisten betrug 2.361.576,43 S. Der Sozialhilfeaufwand in städtischen und nichtstädtischen Anstalten betrug 31.478.205,15 S.

Für Unterkunftskosten an private Quartiergeber bzw. für Versorgung und Unterbringung in städtischen und privaten Einrichtungen entstand ein Aufwand von 75.968.900,10 S.

An Konventionsflüchtlinge wurden 3.262 Aushilfen mit einem Gesamtbetrag von 18.225.034,21 S ausbezahlt, auf österreichischen Staatsbürgern gleichgestellte Personen, ausgenommen Konventionsflüchtlinge, fielen 283 Fälle mit 1.160.602,84 S und auf österreichischen Staatsbürgern nicht gleichgestellte Personen 1.175 Fälle mit 6.243.823,39 S.

Gemäß der Übertragungsverordnung vom 16. Juli 1992, BGBl. Nr. 412/1992, sind nach Maßgabe der Weisungen des Bundesministeriums für Inneres Verträge über die Unterbringung von bundesbetreuten Asylwerbern mit privaten, humanitären und kirchlichen Einrichtungen oder Institutionen der freien Wohlfahrt abzuschließen und diese Unterkünfte und die vereinbarten Leistungen regelmäßig zu kontrollieren (mindestens zweimal jährlich). Am 31. Dezember 1996 waren in Wien 170 Asylwerber untergebracht.

Auf dem Gebiet des Sozialhilfekostenersatzes wurden 5.932 neue Erstattungsanträge in der offenen und geschlossenen Sozialhilfe bearbeitet. Insgesamt wurden im Jahr 1996 31.270 Fälle bearbeitet. Es wurden 1.477 neue Kostenanerkennnisse gegenüber nichtstädtischen Krankenhäusern und anderen Sozialhilfeträgern abgegeben. Zur laufenden Verrechnung waren im Jahre 1996 mit nichtstädtischen Krankenanstalten 745 Fälle, mit nichtstädtischen psychiatrischen Krankenanstalten 62 Fälle, mit Kur- und Rehabilitationsanstalten 29 Fälle und mit Tbc-Heilstätten 6 Fälle anhängig. In 904 Fällen wurden Ambulanzgebühren für nichtstädtische Anstalten, in 5.757 Fällen Transportkosten für nichtstädtische Krankenbeförderungsdienste (Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst usw.) übernommen. In 664 Fällen wurden aufgelaufene Sozialhilfekosten wie Dauerleistungen, Pflegegebühren in Krankenanstalten, Mietbeihilfen usw. zur Verlassenschaft angemeldet und in 55 Fällen wurde Regreß gegen Erben an unterhaltspflichtige Angehörige geltend gemacht. Sozialhilfekosten wurden in 287 Fällen mit einem fremden Sozialhilfeträger verrechnet. In das Referat Sozialhilfekostenersatz fiel auch die Überprüfung des Vorliegens von Fremdverschulden bei Verletzungen, Verkehrsunfällen usw., sowie die Einhebung des 80prozentigen Pensionsanteiles bei Asylierungsfällen. Weiters überprüfte man Pensionsansprüche, führte Feststellungen über den endgültig verpflichteten Sozialhilfeträger durch, erledigte Amtshilfeersuchen und kontrollierte die Aufrechnung fremder Sozialhilfeträger.

Zur Sicherstellung aufgelaufener Sozialhilfekosten wurden 28 Hypotheken für einen Gesamtbetrag von 7.051.285,23 S zugunsten des Landes Wien grundbücherlich einverleibt. 42 Hypotheken konnten auf Grund der Rückzahlung des geleisteten Sozialhilfeaufwandes gelöscht werden. Im Grundbuch wurden 143 Erhebungen durchgeführt. In 122 Fällen wurde ein Regreßverfahren eingeleitet. 7 Vergleiche, die Rückzahlungsvereinbarungen betrafen, wurden abgeschlossen. Exekutionsverfahren gegen säumige Zahler mußten in acht Fällen durchgeführt werden. In 97 Fällen wurden aufgelaufene Sozialhilfekosten im Verlassenschaftsverfahren bei den zuständigen Bezirksgerichten als Forderung geltend gemacht. In 73 Fällen wurde den Erben ein Kostenersatz vorgeschrieben. In 33 Fällen erklärte die Abteilung, auf Grund eines im Jahre 1996 neu eingeleiteten Verfahrens vor dem Arbeits- und Sozialgericht auf Zuerkennung einer Pension, ihren Beitritt als Nebenintervenient und hat am Verfahren teilgenommen. In 12 Fällen wurde der Pensionsanspruch durchgesetzt.

Auf Grund des Tuberkulosegesetzes werden mangels eines anderen Kostenträgers im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung die Kosten der Behandlung einer aktiven Tuberkulose bzw. die Kosten der Behandlung anderer Erkrankungen, sofern diese im Zusammenhang mit der Erkrankung an Tuberkulose stehen oder zur Verhinderung einer Reaktivierung der Tuberkulose notwendig sind, übernommen. Die Behandlungskosten anderer, gleichzeitig mit einer Tuberkulose vorliegenden, nichttuberkulösen Erkrankungen werden ebenso aus Mitteln der Sozialhilfe übernommen, wie die Kosten der Behandlung der Angehörigen eines Tuberkulosekranken. Im Schnitt wurden im Jahr 1996 monatlich für 75 Personen Behandlungskosten aus Bundesmitteln und für 21 Personen aus Sozialhilfemitteln mit Bescheid übernommen. In Zweifelsfällen wurden vor der Übernahme der Behandlungskosten amtsärztliche Sachverständige befragt, ob ein Zusammenhang zwischen den zu übernehmenden Behandlungskosten und der Tuberkulose vorliegt, um den Kostenträger (Bund oder Land) feststellen zu können. Aus Mitteln der Sozialhilfe wurden im Schnitt im Jahr 1996 monatlich 35 Personen als Hauptbezieher und 4 Personen als Mitbezieher finanziell unterstützt. Die Unterstützung erfolgt unter Berücksichtigung des krankheitsbedingten Mehrbedarfes auf die Dauer des Vorliegens einer aktiven Tuberkulose zuzüglich einer dreimonatigen Übergangsfrist.

Vom Referat Kur- und Rekonvaleszenten-aufenthalte wurden 9 Bewilligungen für die Kostenübernahme eines Kur- und Rekonvaleszenten-aufenthaltes erteilt. Anspruchsberechtigt sind nur Sozialhilfebezieher; bezweckt wird vor allem die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit bzw. bei dauernd arbeitsunfähigen Sozialhilfebezieher eine längerdauernde Linderung von Schmerzzuständen. Im Laufe des Jahres mußten 18 Anträge abschlägig erledigt werden; die überwiegende Zahl der Abweisungen erfolgte nach amtsärztlicher Begutachtung, weil die medizinischen Voraussetzungen für einen Kur- oder Rekonvaleszenten-aufenthalt nicht vorlagen bzw. weil keine Kurfähigkeit gegeben war.

Dem Referat Sozialarbeit mit Erwachsenen standen mit Dezember 1996 92 SozialarbeiterInnen zur Bewältigung des umfangreichen Aufgabengebietes zur Verfügung. Die im Referat tätigen SozialarbeiterInnen boten auch im Jahr 1996 Personen ab dem 19. Lebensjahr Hilfestellungen an, die von einmaligen Informations- und Beratungsgesprächen über Vorschläge zur Lösung von Krisensituationen bis zu längerfristigen Intensivbetreuungen reichten.

Ein zusätzliches Aufgabengebiet des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen stellt die Teilnahme am „Expertenkreis“, der sich aus je einem Vertreter der ARGE – Wohnplätze für Bürger in Not, der Caritas, der MA 11, der MA 12 und der MA 17 (vormals MA 50) zusammensetzt und Mitte April 1995 eingerichtet wurde, dar. In 24 Sitzungen wurden 1.492 Fälle (manche auch mehrmals), in denen Personen von Obdachlosigkeit bedroht oder obdachlos waren und von keiner sozialen Institution betreut wurden, behandelt.

Die SozialarbeiterInnen der sechs Außenstellen des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen bieten für Erwachsene ohne minderjährige Kinder im gemeinsamen Haushalt Information, Beratung und Betreuung bei sozialen Anliegen und in Krisensituationen, die durch Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Suchtverhalten, Behinderung, Krankheit, finanzielle Schwierigkeiten, Beziehungskonflikte und dergleichen verursacht wurden. 1996 fielen in den Außenstellen 13.357 Fälle an. Insgesamt wurden 4.116 Hausbesuche und 2.078 Dienstwege durchgeführt. In 4.302 Fällen wurden im Rahmen des Wiener Sozialhilfegesetzes Geldaushilfen zur Sicherung des Lebensbedarfes gewährt. Die Möglichkeit eines Beratungsgespräches wurde 1996 von 2.228 Personen in Anspruch genommen.

Eine aus vier SozialarbeiterInnen bestehende Projektgruppe der Außenstelle I, zuständig für die Bezirke 1, 2, 6, 7, 8 und 9, bot intensive Betreuung des 2. Bezirkes durch verstärkte Kontakte zu Institutionen der Leopoldstadt und mehr KlientInnennähe an. Mit Juni 1996 wurde für den 8. Bezirk eine Soziale Servicestelle in 8, Schlesingerplatz 2, eingerichtet, in der jeden Donnerstag von 14.00 bis 17.30 Uhr eine Sozialarbeiterin der Außenstelle I Sozialberatung anbietet. Parallel dazu wird auch durch SozialarbeiterInnen des Amtes für Jugend und Familie Beratung angeboten.

Die Außenstelle V, zuständig für den 10. Bezirk, bietet zusätzlich in Zusammenarbeit mit der MA 17 Delogierungsprävention für erwachsene GemeindewohnungsmieterInnen im Bezirk. Dieses Projekt besteht mit Ablauf des Jahres 1996 bereits das dritte Jahr. Der damit verbundene Arbeitsaufwand konnte durch die EDV-Unterstützung wesentlich besser verwaltet und dokumentiert werden. 1996 befanden sich im Bereich des 10. Bezirkes 235 Personen auf den Delogierungslisten der MA 17, die von der Außenstelle V kontaktiert wurden. Das Beratungsangebot wurde von 103 Personen angenommen, wobei in allen Fällen eine Regelung getroffen werden konnte – in den meisten Fällen durch Eigenmittel, in den verbleibenden durch finanzielle Regelung und Betreuung seitens der Außenstelle.

Die Anzahl der dem Sozialamt zur Verfügung stehenden Prekariumswohnungen, die nach wie vor ein wichtiges Instrument für die zeitlich begrenzte Unterbringung von Obdachlosen und von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen, die seitens der Außenstellen betreut werden, darstellen, belief sich 1996 auf 83. Insgesamt waren 1996 92 Personen untergebracht, wovon 38 im Laufe des Jahres aufgenommen wurden und 37 wieder ausgezogen sind. In 26 Fällen konnten die Personen im Anschluß an das „Probewohnen“ in eine ihnen zugewiesene Gemeindewohnung ziehen. Mit 31. Dezember 1996 wohnten insgesamt 55 Personen in Prekariumswohnungen.

Die beiden Tageszentren für Obdachlose in 2, Pazmanitengasse 7, und in 8, U-Bahn-Station Josefstädter Straße, erfreuten sich auch 1996 großer Beliebtheit. Die Besucherzahlen beliefen sich in beiden Tageszentren auf insgesamt 56.690, davon 11.706 im Tageszentrum Pazmanitengasse (pro Tag durchschnittlich 48 Personen) und 44.984 im Tageszentrum Josefstädter Straße (pro Tag durchschnittlich 179 Personen). Seitens der SozialarbeiterInnen wurden 1996 1.021 Beratungsgespräche durchgeführt. Um hierfür eine bessere Atmosphäre bieten zu können, wurde im Tageszentrum Josefstädter Straße ein zusätzlicher Raum als Beratungszimmer geschaffen, ohne das Raumangebot für

die BesucherInnen zu verkleinern. Auch die Aktivangebote wie Dusche, Küche, Waschmaschine usw. wurden wieder voll in Anspruch genommen. Ebenso wie im Vorjahr war auch 1996 das Tageszentrum Josefstädter Straße während der Weihnachtsfeiertage geöffnet, und zwar am 24., 25. und 26. Dezember 1996 von 9 bis 17 Uhr. An diesen Tagen wurden Speisen, alkoholfreie Getränke und Winterbekleidung kostenlos an 777 BesucherInnen ausgegeben.

Im Rahmen der Straßensozialarbeit, die von den SozialarbeiterInnen der beiden Tageszentren geleistet wird, wurden 541 Einsätze durchgeführt, wobei 765 Einzelgespräche geführt wurden. Aufgesuchte Plätze waren: Karlsplatz, Stephansplatz, Schwedenplatz, Bahnhof Wien-Mitte, Westbahnhof, Südbahnhof, Franz-Josefs-Bahnhof, Schottentor, Votivpark, Graben, Kärntner Straße, Praterstern, diverse Parks, Donauinsel, Donaukanal sowie Teile der U1, U2, U3, U4, U6 und andere. Das Angebot des medizinischen Betreuungsbusses „Louise“ für die Erst- und Notversorgung Obdachloser wurde 1996 pro Monat durchschnittlich in 543 Fällen in Anspruch genommen.

Im Sozialtherapeutischen Wohnheim für Obdachlose belief sich der Bewohnerstand mit 31. Dezember 1996 auf 228 Personen (182 Männer und 46 Frauen). Auf Grund von notwendigen Sanierungsarbeiten, die im Herbst 1996 begannen, war eine volle Auslastung nicht möglich. 173 Personen (132 Männer, 41 Frauen) wurden im Laufe des Jahres aufgenommen und 173 Personen (128 Männer, 45 Frauen) haben es wieder verlassen. 68 Personen (39,44 %) konnten in Gemeindewohnungen untergebracht werden, ein Teil fand eine anderwertige Unterkunft. In einigen Fällen mußte die Resozialisierung aus verschiedensten Gründen abgebrochen werden. 1996 haben sich insgesamt 387 Personen (287 Männer, 100 Frauen) um Aufnahme beworben. Davon haben 72 Personen den Termin für das Aufnahmegespräch aus unbekanntem Gründen nicht eingehalten. Insgesamt wurden 315 Anamnesegespräche geführt, 84 Personen mußten aus verschiedenen Gründen abgelehnt werden, 202 Personen wurden aufgenommen, 29 davon sind nicht in das Sozialtherapeutische Wohnheim eingezogen.

1996 wurden in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice Wien und dem Verein Wiener Sozialdienste wieder vier Informations- und Trainingskurse für langzeitarbeitslose SozialhilfeempfängerInnen und NotstandshilfebezieherInnen durchgeführt.

Der Mitarbeiterstab setzte sich aus zwei GruppentrainerInnen und einem Videoberater des Arbeitsmarktservices, einer Kanzleikraft des Vereines Wiener Sozialdienste und zwei SozialarbeiterInnen des Sozialamtes zusammen. Die sozialarbeiterische Tätigkeit bestand wieder aus organisatorischer Planung, sozialarbeiterischer Beratung der KursteilnehmerInnen während der Kurszeit, Öffentlichkeitsarbeit und Nachbetreuung der KursteilnehmerInnen. Die Dauer der Kurszeit belief sich auf jeweils 10 Wochen. Von den 1996 an die Kursleitung verwiesenen 421 InteressentInnen kamen 159 zum Informationstag. 157 Personen kamen zum Vorstellungsgespräch. Insgesamt begannen 57 Personen die Kurse, 51 davon haben abgeschlossen. Im Anschluß an die Kurse bewarben sich 217 Personen am Arbeitsmarkt, 12 Personen bei diversen Sozial- und Beschäftigungsprojekten. Bei 15 Personen bestand Aussicht auf Weiterbildung. Weitere 4 Personen konnten dazu motiviert werden, einen Alkohol- bzw. Drogenentzug zu machen. Die von der Kursleitung angebotene Nachbetreuung, um die im Kurs erreichte Stabilisierung zu erhalten, wurde von 56 ehemaligen KursteilnehmerInnen in Anspruch genommen.

Die Schuldnerberatungsstelle der Stadt Wien wurde 1996 von 2.636 Haushalten in Anspruch genommen. Der im Jänner 1995 eingeführte „Privatkonkurs“ konnte auch im zweiten Jahr seines Bestehens von der Schuldnerberatung äußerst positiv eingesetzt werden. Kein einziger Konkurs, der von der Schuldnerberatung vorbereitet wurde, ist bislang gescheitert, im Gegensatz zu Konkursen, die in „Eigenregie“ durchgeführt oder von AnwältInnen vertreten wurden. Das Jahr 1996 war geprägt durch eine sinnvolle Kooperation mit der zweiten bevorrechteten „Schuldnerberatung Kredit- und Wiedergutmachungshilfe“, so daß Doppelgleisigkeiten und völlig unterschiedliche Beratungsansätze der Vergangenheit angehören. Konstant hoch geblieben ist der Anteil der ehemals Selbständigen an der gesamten Klientel der Beratungsstelle. Die Auswertung der Inanspruchnahme nach Wohnbezirken hat ergeben, daß die Schuldnerberatung von ganz Wien stark angenommen wird. Der Versuch einer „Regionalisierung“ durch Sprechstage im Bürgerservicezentrum im 22. Bezirk wurde von der Bevölkerung nicht angenommen.

Im Bereich der Behindertenbetreuung waren SozialarbeiterInnen im Rahmen des Sachverständigenteams im Behindertenzentrum der Stadt Wien, in den Trainingswohnungen, im „Club 21“ und der Betreuung der im Rahmen der Sonderaktion für behinderte DienstnehmerInnen der Stadt Wien beschäftigten MitarbeiterInnen tätig.

Im Bereich des Sachverständigenteams wurden 1996 insgesamt 1.710 Personen beraten und betreut. Davon waren 446 Intensivbetreuungen und 1.003 Kontakte bzw. Beratungen mit Angehörigen zu verzeichnen.

Den im Rahmen der Sonderaktion für behinderte DienstnehmerInnen der Stadt Wien in verschiedenen Dienststellen beschäftigten MitarbeiterInnen wurde ebenfalls Beratung und Betreuung angeboten. Mit Dezember 1996 waren insgesamt 630 MitarbeiterInnen im Rahmen der Sonderaktion in 66 Dienststellen beschäftigt. Primäre Aufgabe der zuständigen SozialarbeiterInnen ist es, die akuten Probleme zu lösen. Aber auch die Kontaktaufnahme mit den behinderten MitarbeiterInnen, die über die Sonderaktion beschäftigt sind und einen befristeten Dienstvertrag haben, ist ebenso wichtig, wie das längerfristige Kennenlernen aller im Rahmen der Sonderaktion tätigen MitarbeiterInnen und deren Arbeitsumfeld. Im Jahr 1996 fanden 1.647 Kontakte mit KollegInnen aus der Sonderaktion statt, 413 davon wurden intensiv betreut. 1.449 Gespräche und Kontakte mit Menschen aus dem unmittelbaren Arbeitsumfeld der im Rahmen der Sonderaktion beschäftigten MitarbeiterInnen fanden statt.

Um die Chance auf Integration in die jeweiligen Dienststellen möglichst gut vorzubereiten, wurden die SozialarbeiterInnen in einzelnen Fällen bereits im Stadium des Aufnahmeverfahrens einbezogen. Im Laufe des Jahres

1996 fanden auch regelmäßige Besprechungen zwischen den SozialarbeiterInnen und der Vertreterin der MD-PD statt.

Im Behindertenfreizeitclub „Club 21“ konnten im 1. Quartal monatlich durchschnittlich 475, im 2. Quartal 437, im 3. Quartal bedingt durch die Sommerpause 157 und im 4. Quartal 428 BesucherInnen verzeichnet werden. Es wurden verschiedenste Aktivitäten, wie Tanz und Bewegung, Theatergruppen, Besuche von Ausstellungen, Sport und Entspannungsübungen sowie Ausflüge, angeboten.

Im Bereich der Trainingswohnungen für Behinderte wurde auch im Jahr 1996 mit den BewohnerInnen intensiv an der Verselbständigung im Sinne einer Unterbringung in einer eigenen Wohnung gearbeitet.

Die Flüchtlingsbetreuung im Rahmen der Bosnienhilfe im Flüchtlingslager Triester Straße und in der Beratungsstelle Erdberg, die im Sommer 1996 nach 23, Rößlergasse 9, übersiedelt ist, wurde 1996 von vier SozialarbeiterInnen durchgeführt. Die beiden SozialarbeiterInnen der Beratungsstelle waren wieder Anlaufstelle für bosnische De-facto-Flüchtlinge, die im Rahmen der Aktion Bosnienhilfe unterstützt wurden. Neben Information, Beratung und Betreuungsarbeit wurde auch wieder bei anderen Behörden, wie etwa der MA 62, Arbeitsmarktservice usw., vermittelt und interveniert. Weitere Aufgabengebiete waren Unterstützung bei der Wohnungssuche, Aus- und Weiterbildung, Lehrstellensuche usw. Im Flüchtlingslager Triester Straße waren auch 1996 zwei SozialarbeiterInnen tätig. Ihr Aufgabengebiet umfaßt die Leitung des Lagers sowie die Betreuung der BewohnerInnen des Lagers. Mit Stand vom 31. Dezember 1996 waren im Lager Triester Straße 81 Personen untergebracht.

FOCUS, dessen Arbeitsauftrag soziale Erhebungen im öffentlichen Raum umfasst, besteht seit nunmehr vier Jahren und war 1996 in unterschiedlichen Regionen der Stadt Wien präsent (Jänner bis April 1996 im 5. Wiener Gemeindebezirk, Mai bis Juni 1996 im 1. Wiener Gemeindebezirk, Juli bis Oktober 1996 im 3. Wiener Gemeindebezirk, August bis Oktober 1996 im 14. Wiener Gemeindebezirk und ab November 1996 im 22. Wiener Gemeindebezirk). Die Schwerpunkte der Tätigkeitsfelder umfaßten Kontaktaufnahme zu Institutionen vor Ort, Kontaktaufnahme zur Klientel, Analyse der örtlichen Situation und Problemlage, Erarbeitung und Skizzierung präventiver Maßnahmen sowie Projektideen, Erstellung und Präsentation eines Abschlußberichtes sowie Vernetzung der Institutionen vor Ort.

Die Anfang 1996 eingerichtete Fachstelle für Wohnungssicherung für den 20. Bezirk (FAWOS), ein Projekt der Volkshilfe Wien in Zusammenarbeit mit den MA 11 und 12 sowie dem Wiener Integrationsfonds, ist eine zentrale Anlaufstelle für alle BewohnerInnen des 20. Bezirkes, die vom Verlust ihrer Wohnung bedroht sind. Das Aufgabengebiet umfaßt die nachgehende Kontaktaufnahme mit allen Betroffenen, mietrechtliche und sozialarbeiterische Information und Beratung, Krisenintervention, Vermittlung zwischen MieterIn und VermieterIn und gegebenenfalls finanzielle Unterstützung. Das Angebot richtet sich an In- und AusländerInnen und an die MieterInnen aller Wohnungen (Gemeinde-, Privat- und Genossenschaftswohnungen). Am 27. Februar 1996 konnte die Beratungstätigkeit aufgenommen werden. Im Erfassungszeitraum bis 15. Oktober 1996 wurden FAWOS 680 Haushalte im 20. Bezirk, die von Delogierung bedroht waren, bekannt. Davon konnten 58 Fälle noch nicht abgeschlossen werden. 61 Prozent der verbleibenden 622 Haushalte waren ohne Kinder, 33 Prozent mit Kindern. Über die restlichen 6 Prozent liegen keine Angaben vor. In 292 Fällen lag ein Räumungstermin vor, wobei in 203 Fällen eine Wohnungssicherung erreicht werden konnte. In 28 Fällen liegt kein Ergebnis vor, 7 sind verstorben. In 54 Fällen konnte die Delogierung nicht verhindert werden. Eine finanzielle Unterstützung seitens der Fachstelle zur Verhinderung von Delogierungen war in 51 Fällen erforderlich.

Die Angebote Fort- und Weiterbildung betreffend wurden auch 1996 von den SozialarbeiterInnen rege in Anspruch genommen. Als Vortragende waren sie an den Akademien für Sozialarbeit und in den Krankenpflegeschulen tätig. 26 Studierende der Akademien für Sozialarbeit absolvierten ein Praktikum (vier davon in Form eines 17wöchigen Langzeitpraktikums) in den verschiedenen Einrichtungen des Referates.

Im Jahr 1996 sind im Auftrag von Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska zwei Themenkreise in der Behindertenhilfe schwerpunktmäßig behandelt worden:

### 1. Frühförderung

In Zusammenarbeit mit der ARGE – Frühförderung ist eine Erhebung durchgeführt worden mit dem Ziel, ein Konzept für den weiteren Ausbau der Frühförderangebote für behinderte Kinder in Wien zu erstellen. Die Maßnahmen der Frühförderung liegen in zwei Geschäftsgruppen, „Gesundheits- und Spitalswesen“ und „Jugend, Soziales, Information und Sport“, wobei in letzterer im wesentlichen die MA 11 und 12 betroffen sind. Das Ergebnis der Bedarfserhebung ist in einem nach folgenden Punkten strukturierten Bericht zusammengefasst worden:

- Aufgliederung des dem gegebenen Bedarf gegenüberstehenden Angebotes entsprechender Einrichtungen und Dienste (differenziert nach Behinderungsarten, Arten der Angebote, regionaler Versorgungssituationen, Trägerorganisationen, Kostenträgern, Budgetmitteleinsatz usw.)
- Quantifizierung und Aufgliederung des aktuellen Bedarfes an Einrichtungen der Früherkennung und Frühförderung behinderter Kinder
- Abschätzung der künftigen Bedarfsentwicklung
- Vorschläge für den weiteren kurz-, mittel- und langfristigen Ausbau der bestehenden Angebote.

Der Bericht ist Ende September Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska vorgelegt worden.

### Interdisziplinäre mobile Frühförderung (IMF):

- Betreuung von 151 Familien durch Hausfrühförderung (= 4.489 Hausbesuche):
  - 42 Betreuungen wurden bereits vor 1996 begonnen und dauern weiterhin an
  - 38 Betreuungen wurden bereits vor 1996 begonnen und im Verlauf des Jahres abgeschlossen
  - 6 Betreuungen wurden 1996 begonnen und abgeschlossen
  - 65 Betreuungen wurden 1996 begonnen und dauern weiterhin an
  - 111 Erstvorstellungen von Familien bei einer Psychologin des Koordinationsteams zur Aufnahme in IMF oder Beratung und/oder weiteren Zuweisung an andere Stellen;
- wöchentliche Fallbesprechungen in zwei Gruppen zur laufenden Kontrolle dieser Betreuung unter Mitarbeit von IMF, je einer Psychologin und einem Kinderfacharzt, einer Sozialarbeiterin sowie Kandidatinnen des berufsbegleitenden Lehrganges zur IMF;
- 38 Spielkreis-Vormittage für betreute Familien mit behinderten Kindern und Geschwisterkindern unter Mitarbeit von IMF und Sozialarbeiterin;
- 412 sozialarbeiterische Interventionen, in Familien und außerhalb (Behördenbesuche, Telefonate usw.)
- „Vätterrunde“ für Väter behinderter Kinder unter Mitarbeit der Kinderfachärzte und des Sozialarbeiters;
- „Mütterrunde“ für Mütter behinderter Kinder unter Mitarbeit der Psychologinnen;
- Organisation einer türkischen Elterngruppe (in Zusammenarbeit mit der Accaya) am AKH.

## 2. Beschäftigungstherapie – berufliche Eingliederung

Es zeigte sich, daß der Bedarf an zusätzlichen Beschäftigungstherapieplätzen nicht mehr in dem gleichen Ausmaß wie in den vergangenen Jahren wächst. Das Hauptaugenmerk ist vielmehr auf verstärkte Bemühungen gerichtet, behinderte Menschen soweit zu fördern, daß ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt gelingt. Schätzungen zufolge müßten 10 Prozent der in Beschäftigungstherapiewerkstätten Betreuten beruflich integriert werden können. Dies würde bedeuten, daß auch bei einem Zustrom neuer Behinderter (Schulabgänger) in die Beschäftigungstherapie von einem weiteren Ausbau der Werkstätten Abstand genommen werden kann.

In der ersten Hälfte des Jahres 1996 hat ein von der Abteilung geleiteter Arbeitskreis „Berufliche Integration behinderter Menschen“ in mehreren Sitzungen diese Thematik erörtert. An dem Arbeitskreis haben auch Fachleute aus anderen Bereichen teilgenommen (Bundessozialamt, Arbeitsmarktservice, private Behindertenorganisationen, Landeschulinspektoren, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Berufsbildungszentrum u. a.).

Der Arbeitskreis ist in seinem Schlußbericht zu folgendem Ergebnis gelangt: Eine Ausweitung der institutionellen Angebote erscheint nicht notwendig, wesentlich ist jedoch die Koordination aller Maßnahmen durch eine neutrale Stelle, die aus einem Steuerungsgremium, aus Vertretern der verschiedenen mit der beruflichen Integration befaßten Institutionen und Trägerorganisationen sowie den Interessenvertretungen bestehen sollte. Zentrale Aufgaben dieser Koordinationsstelle sollten die Vernetzung der verschiedenen Angebote sowie das Suchen und Finden von Einstiegsmöglichkeiten in den Beruf sein. Weiters sind einige Projekte aus Förderungsmitteln des Europäischen Sozialfonds gestartet worden, in welche die Abteilung eingebunden ist. Es sind dies Modellversuche der beruflichen Eingliederung behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt. Auf nationaler Basis (ohne ausländische Projektpartner) laufen folgende Vorhaben:

- Arbeitsassistenz für psychisch behinderte Menschen
- Arbeitsassistenz für Gehörlose
- Einstellungsbeihilfen
- Ausbildung Gehörloser zum Schwachstromtechniker
- Housekeeping (Hotel- und Zimmerreinigung)

Bei den folgenden Vorhaben arbeiten die Projektträger mit je zwei Partnern in anderen EU-Ländern zusammen:

- ALPHA Fertigungstechnik (Qualifizierung in betrieblichen Tätigkeitsbereichen und in der Dienstleistung),
- SYMBIOSYS (Arbeitstraining von in Wirtschaftsbetrieben integrierten Kleingruppen).

Die im Jahre 1992 begonnene Arbeit in den „Basalen Förderklassen“ wurde weiter fortgesetzt. Im Schuljahr 1996/97 werden 92 SchülerInnen in 23 Basalen Förderklassen unterrichtet. 41 davon besuchen zusätzlich die Nachmittagsgruppen. Gegenüber dem Schuljahr 1995/96 bedeutet dies einen Zuwachs von 2 Basalen Förderklassen und 2 Nachmittagsbetreuungsgruppen.

### Standorte Basale Förderklassen 1996/97:

#### Sonderpädagogisches Zentrum:

3, Paulusgasse 9–11, 4 Klassen, 3 Nachmittagsgruppen, 18, Währinger Straße 173–181, 1 Klasse, 21, Herchenhahngasse 6, 7 Klassen, 4 Nachmittagsgruppen, 23, Kanitzgasse 8, 2 Klassen, 1 Nachmittagsgruppe.

#### Privatschulen:

19, Gspöttgraben 5 (Caritas), 2 Klassen

#### Heilstättenschulen:

13, Neurologisches Krankenhaus Rosenhügel, 1 Klasse, 14, Förderpflegeheim Baumgartner Höhe 1, 5 Klassen, 2 Nachmittagsgruppen, 17, Vinzenzgasse 2–6, Haus der Barmherzigkeit, 1 Klasse.

Im Juli 1996 wurde das Leitungsteam um eine Vollzeitstelle-Mitarbeiterin der pädagogischen Leiterin erweitert. Sie unterstützt die Bereichsleitung und beschäftigt sich hauptsächlich mit der inhaltlichen und pädagogischen Arbeit in den Klassen. Beratung und Information durch die pädagogische Leiterin können auch die LehrerInnen, DirektorInnen, Eltern und andere interessierte Personen in Anspruch nehmen. Zudem wurde eine umfangreiche Katalog- und Informationssammlung über Unterrichtsmaterialien zusammengestellt, die im Büro der Basalen Förderklassen für alle zugänglich ist.

Die Behindertenhilfe trägt auch die Kosten für die therapeutischen Begleitmaßnahmen, die Kosten für die Aus- und Fortbildung sowie die Supervision der multiprofessionalen FachbetreuerInnen.

Die Zahl der im Zuge des laufenden Programmes der ARGE-Wohnplätze für behinderte Menschen neu in Betrieb genommenen Wohnplätze hat insgesamt 96 betragen (davon entfallen auf Wohngemeinschaften 67 Plätze, auf ambulante Betreuung in individuellen Wohnungen 13 Fälle und auf PKH-Ausgliederung 16 Fälle). Zusätzlich ist die Ausgliederung der noch in Einrichtungen der Psychiatrie (vor allem im psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien Baumgartner Höhe) lebenden geistig behinderten Menschen in Angriff genommen worden. Sie sollen in eigens für diesen Personenkreis geschaffenen, speziell betreuten Wohngemeinschaften betreut werden. 1996 sind bereits zwei dieser mit je acht Personen belegten Wohngruppen in Betrieb genommen worden.

Die Arbeiten an dem von der Geschäftsgruppe „Gesundheits- und Spitalswesen“ sowie „Jugend, Soziales, Information und Sport“ gemeinsam zu verfassenden „Bedarfs- und Entwicklungsplan der Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen“ sind 1996 fortgesetzt worden. Nach Fertigstellung der Bestandsanalyse sind als nächste Arbeitsschritte eine Strukturanalyse sowie die Planung des künftigen Bedarfes in Angriff genommen worden. Auf Grund des den Mitgliedern des Lenkungsausschusses vorzulegenden Endberichtes werden an Hand eines Maßnahmenkataloges Umsetzung, Finanzierung und Erfüllungszeitpunkte festzulegen sein.

Gemeinsam mit der Magistratsdirektion-Hilfsmaßnahmen ist ein „Ratgeber für den Strahlenschutz in Beschäftigungstherapien und Werkstätten für behinderte Menschen“ erarbeitet worden, der an die Träger von Behinderteneinrichtungen verteilt worden ist. Die Einhaltung der empfohlenen Maßnahmen wird im Zuge der Aufsichtsverhandlungen (nach § 14 Wiener Behindertengesetz) von der Abteilung überprüft werden.

Im Februar 1996 sind neue, den aktuellen Bedürfnissen angepaßte Übereinkommen mit sechs privaten Mietwagen- bzw. Taxiunternehmen und einer sozialen Organisation geschlossen worden, die im Auftrag der Stadt Wien behinderte Menschen regelmäßig in Fördereinrichtungen, Behindertenorganisationen, Schulen und zum Arbeitsplatz befördern.

1996 wurden für die von privaten Vereinen geleisteten Beratungs- und Betreuungsdienste an zehn Organisationen Zuschüsse in der Höhe von 5,743.600 S gewährt.

Unter dem Vorsitz von Bereichsleiter SR Dr. Pröbsting wurden zwei Plenarsitzungen der bereichsangehörigen Magistratsabteilungen abgehalten und eine Sitzung der Interessenvertretung der Behinderten. Aus der Tätigkeit dieser Gremien ergab sich für das Referat die Notwendigkeit der Koordinierung verschiedener administrativer Aufgaben, aber auch die Ausarbeitung und Realisierung der in diesen Sitzungen beantragten Maßnahmen.

Dem Kuratorium für psychosoziale Dienste (PSD) in Wien, das die ambulante psychiatrische und psychosoziale Versorgung der Wiener Bevölkerung wahrnimmt, wurden für den Betrieb seiner Wohnheime Kosten im Ausmaß von 16,895.480,59 S vergütet. Im Jahr 1996 verfügte der PSD über 153 therapeutische Wohnplätze, verteilt auf insgesamt 20 Wohneinrichtungen. Im selben Zeitraum wurden die Einrichtungen von 109 Personen bewohnt. Der Wiener geschützten Werkstätten und Rehabilitationseinrichtungen GesmbH., deren Aufgabe in der beruflichen Rehabilitation psychisch Kranker liegt, wurde ein Aufwand von 31,171.363,76 S für 198 Rehabilitanden ersetzt.

Im Rahmen der behördlichen Aufsicht über die Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Beschäftigungstherapie, Wohnheime und geschützte Werkstätten wurden 22 Behinderteneinrichtungen überprüft.

Der Fonds zur Förderung von Selbsthilfegruppen konnte 43 Gruppen eine finanzielle Unterstützung in der Gesamthöhe von 767.000 S ermöglichen. Die Beurteilung der Förderungswürdigkeit der Vereine, die eine Förderung ihrer Gruppe bei der Servicestelle für Selbsthilfegruppen beantragen, wurde vom Referat Behindertenhilfe durchgeführt.

Die Beratungsstelle für Behinderte war am Montag und Donnerstag von 15.00 bis 18.30 Uhr zugänglich und wurde von 125 Ratsuchenden in Anspruch genommen.

1996 wurden im Referat Behindertenhilfe 1.149 Neuanträge auf Leistungen nach dem Wiener Behindertengesetz eingebracht.

Im Rahmen der Behindertenhilfe wurden 1996 weiters folgende Leistungen erbracht: für 1.277 Personen wurden die Kosten für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln übernommen, 1.262 Personen nahmen die Beförderung im Rahmen des Regelfahrtendienstes in Anspruch, 219.694 Fahrten wurden im Rahmen des Freizeitfahrtendienstes durchgeführt (mit Jahreswechsel waren 8.642 Personen berechtigt den Freizeitfahrtendienst zu benützen, davon haben lediglich 4.811 Personen Gebrauch gemacht), 1.729 Personen nahmen Maßnahmen der Eingliederungshilfe in Anspruch, 458 Landeszuschüsse zur geschützten Arbeit wurden ausbezahlt, 2.436 Personen besuchten die Beschäftigungstherapie, 994 Personen wurde Hilfe zur Unterbringung gewährt, 339 Bewilligungen für die Maßnahmen der persönlichen Hilfe wurden erteilt und 83 Ausweise für behinderte Personen wurden ausgestellt.

Im Jahre 1993 wurde zur Neuordnung der Pflegevorsorge auf Bundes- und Landesebene eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen abgeschlossen, in der sich Bund und Länder verpflichten, die Vorsorge für pflegebedürftige Personen zu regeln.

Der Abteilung – Referat Pflegegeld obliegt, ebenso wie der MA 3 und der Pensionsabteilung der Wiener Stadtwerke, die Vollziehung des Wiener Pflegegeldgesetzes (WPGG). Dieses stimmt in den wesentlichen Regelungsinhalten (wie etwa bei den Beurteilungskriterien der Pflegebedürftigkeit, der Höhe des Pflegegeldes und den Übergangsregelungen) mit den Bestimmungen des Bundespflegegeldgesetzes überein.

Pflegegeld wird jenen Personen geleistet, die infolge ihrer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung einen ständigen Betreuungs- und Hilfsbedarf (Pflegebedarf) haben. Dieser durch Behinderung oder Krankheit bedingte Pflegebedarf muß während eines Zeitraumes von mehr als sechs Monaten gegeben sein.

Das Pflegegeld gebührt zwölfmal jährlich und betrug im Jahr 1996 monatlich in

Stufe 1	2.635 S,
Stufe 2	3.588 S,
Stufe 3	5.690 S,
Stufe 4	8.535 S,
Stufe 5	11.591 S,
Stufe 6	15.806 S und in
Stufe 7	21.074 S.

Die Einstufung stützt sich auf ein ärztliches Sachverständigengutachten. Die Beurteilung erfolgt grundsätzlich nicht diagnosebezogen, sondern funktionsbezogen, unter Berücksichtigung der individuell erforderlichen Betreuungs- und Hilfsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Richtlinien der Verordnung der Wiener Landesregierung zum Wiener Pflegegeldgesetz.

Im Bereich der Abteilung wurden im Jahr 1996 2.763 Anträge auf Gewährung bzw. Erhöhung von Pflegegeld gestellt, 3.607 Akten konnten mit Bescheid erledigt werden. Seit Einführung des Pflegegeldgesetzes per 1. Juli 1993 ergibt sich somit eine Gesamtzahl von 13.891 Anträgen und demgegenüber eine Gesamtzahl von 13.372 Erledigungen per 31. Dezember 1996.

Mit Stichtag 31. Dezember 1996 wurden 9.527 Anweisungen an Pflegegeld- bzw. Ausgleichszahlungsbezieher wie folgt verbucht:

1.314 Personen Stufe 1
2.370 Personen Stufe 2
1.618 Personen Stufe 3
520 Personen Stufe 4
698 Personen Stufe 5
795 Personen Stufe 6
194 Personen Stufe 7
2.018 Ausgleichszahlungen

Diese Zahlen beziehen sich auf Überleitungsfälle, Neuzuerkennungen, Erhöhungen sowie Ausgleichszahlungen an ehemalige Blindenbeihilfenbezieher, teilweise unter Anrechnung anderer pflegebezogener Geldleistungen.

Der Aufwand für Pflegegelder betrug 1996 599,559.766,40 S.

Im Laufe des Jahres 1996 konnte die Vollziehung des Wiener Pflegegeldgesetzes verbessert werden – einerseits im Hinblick auf die Qualität der ärztlichen Gutachten (Vereinheitlichung der Einstufungspraxis), andererseits durch die Verkürzung des Bearbeitungszeitraumes von Antragstellung bis zur Bescheiderlassung.

Mit LGBl. für Wien Nr. 23/1996 vom 12. Juni 1996 wurde das Wiener Pflegegeldgesetz neuerlich geändert. Pflegegeld kann mit Wirksamkeit ab 1. April 1996 auch vor Vollendung des dritten Lebensjahres gewährt werden, wenn dies unter Bedachtnahme auf die persönlichen, familiären und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Vermeidung besonderer sozialer Härten erforderlich ist, insbesondere wenn der durch die Behinderung bedingte zusätzliche Pflegebedarf durchschnittlich mehr als 120 Stunden monatlich beträgt. Mit dieser Maßnahme konnte vor allem die finanzielle Situation von Müttern behinderter Kinder für den Zeitraum zwischen Ende des Karenzgeldbezuges und Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes deutlich verbessert werden.

Mit LGBl. für Wien Nr. 47/1996 vom 20. September 1996 wurde das Wiener Pflegegeldgesetz in Analogie zum Bundespflegegeldgesetz als Maßnahme zur Budgetkonsolidierung ebenfalls novelliert. Als wesentlichste Änderungen sind das Ruhen des Pflegegeldes ab dem zweiten Tag bei Spitalsaufenthalten, die Einstellung der Leistung mit dem Todestag, die Kürzung des Pflegegeldes der Stufe 1 sowie die Kürzung des Taschengeldes bei Heimaufenthalten hervorzuheben.

Im Rahmen der Wohngemeinschaft Villa Kellermann wurden in diesem Jahr 21 junge Männer betreut. Davon 10 stationär und 11 ambulant. In die eigene Wohnung konnten zwei Burschen übersiedeln. Die weitere Betreuung erfolgt ambulant.

1996 erfolgten 733 Besuche von ambulant bzw. ehemals von der Villa Kellermann betreuten Burschen, die vorwiegend die Wochenenden als Anlauf- und Kontaktstelle nutzten.

Auch im Jahr 1996 wurden einige Renovierungsarbeiten in Angriff genommen. Unter Aufsicht und Mithilfe der Betreuer wurde von den Burschen das Dach entmoost und repariert. Die Sanierung der Gartenmöbel wurde abgeschlossen und die Trainingswohnung in der Meiselstraße wurde neu adaptiert. Genauso wie im vorigen Jahr wurde Wald und Wiese gepflegt, Bruchholz gesammelt und geschnitten. In Zusammenarbeit mit der MA 26, die einen Werkvertrag mit einem der Burschen abschloß, wurden die Wiesenflächen gemäht und straßenseitige Sträucher geschnitten. Auch gartengestalterische Tätigkeit wie Blumen setzen, Sträucher pflegen usw. wurden durchgeführt.

Das Behindertenzentrum der Stadt Wien ist die einzige Einrichtung für behinderte Menschen, die von der Stadt Wien selbst errichtet worden ist und betrieben wird.

Schwerpunkt des letzten Jahres war es, den eingeschlagenen Weg der gesellschaftlichen Integration behinderter Menschen fortzuführen. Auch im abgelaufenen Berichtsjahr ist es gelungen, durch Veranstaltungen und Seminare vermehrte Öffentlichkeit zu erlangen und dem oben angeführten Gedanken einen wesentlichen Schritt näherzukommen. Die gesamten Angebote des Behindertenzentrums, sowohl die handwerklichen Erzeugnisse wie auch die eingerichteten Dienstleistungen haben bei den Kunden großen Anklang gefunden und dem Behindertenzentrum eine Reihe neuer Kunden beschert. Das Kennenlernen anderer Kulturformen wurde den Kursbesuchern durch die Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen und Urlaubsaktionen im In- und Ausland ermöglicht.

Gemeinsam mit der IBM Österreich und der Dr. Kurt Wimmer Betriebsberatungsgesellschaft m.b.H. wurden in verschiedenen Veranstaltungen die Möglichkeiten der Telekommunikation und hier insbesondere Telearbeit an praktischen Beispielen gezeigt und in das Dienstleistungsangebot des Behindertenzentrums integriert. Gemeinsam mit der MA 14, der Magistratsdirektion-Informatik und dem Seniorenbeauftragten der Stadt Wien wurde im Behindertenzentrum ein Pilotversuch zum EU-Projekt Infosond gestartet. Unter dem Arbeitstitel „Telematik für behinderte Menschen und Senioren“ wird die praxisorientierte Anwendung des Internet erprobt. Im Speisesaal des Behindertenzentrums wurde zu diesem Zwecke eine Bürgerservicestation aufgestellt. Diese soll durch eine Weiterentwicklung zwischen dem Behindertenzentrum, der MA 14 und der Firma LB-data vermehrte Möglichkeiten für behinderte Menschen bringen. Für das Jahr 1997 ist eine Ausweitung des Projektes auch für das Pensionistenwohnhaus Liebhartstal geplant. Die Möglichkeiten der Telekommunikation können gerade behinderten Menschen neue Aspekte erschließen, um sowohl am gesellschaftlichen als auch am wirtschaftlichem Leben teilzunehmen. Das gemeinsam mit dem EDV-Referat der Abteilung erarbeitete Konzept einer computerunterstützten Therapie für behinderte Menschen im Bereich der Beschäftigungstherapie wird schrittweise umgesetzt.

Das Wiener Kulturservice, IBM, Kodak, Austria Tabak, Anker und Fahrtendienst Haas, der Verein für Soziale Aktivitäten, die Dr. Kurt Wimmer Gesellschaft m.b.H. und die Bank Austria unterstützen die öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen des Behindertenzentrums.

Zu den Aufgaben des Behindertenzentrums der Stadt Wien gehört es, internationale Kontakte im Rahmen des Referates internationale Behindertenangelegenheiten wahrzunehmen. Mehrere Delegationen aus Deutschland, Japan und der Ukraine besuchten das Behindertenzentrum. Es bestehen Kontakte zu den Kommunalverwaltungen von Nürnberg und Hamburg und in die USA. Über das Internet gibt es einen regen Gedankenaustausch, um neue aktuelle Wege in der Betreuung behinderter Menschen zu finden und zu diskutieren. Die Goodwillorganisation hat z. B. 189 Geschäftsstellen in Amerika, Neuseeland und Australien und beschäftigt als Nonprofitorganisation behinderte Menschen in Werkstätten. Zusammenarbeit und Gedankenaustausche sind für das Jahr 1997 geplant.

Folgende Veranstaltungen wurden im Jahr 1996 durchgeführt, um dem Ziel, Zentrum für Begegnungen zu werden, näherzukommen:

Die jährliche Faschingsfeier, die Wintertherapiewoche in Bad Kleinkirchheim, die Teilnahme an der Senior Aktuell, Informationsausstellung im Behindertenzentrum der Stadt Wien, der Besuch des IMAX-Filmtheaters, das Frühlingfest, die Urlaubsaktion Haslach-Mühlviertel, Mitgestaltung an der Nationalen Behindertenwoche durch eine Veranstaltung am Graben, die Therapiewoche in Lignano, die Event Messe auf dem Messegelände, die Hilfsmittelausstellung im Behindertenzentrum, die Weihnachtsverkaufsausstellung in der Bank Austria, Adventmarkt im ALTEN ORT Ottakring, die Weihnachtsfeier sowie die jährlichen vier Tagesausflüge fanden wieder großen Anklang.

Das Sachverständigenteam hat im Jahr 1996 1.237 Teamanfragen beantwortet. 438 Klienten wurden eingeladen und an 85 Tagen begutachtet. 799 Teamanfragen konnten auf Grund vorliegender oder eigens angeforderter aktueller und schlüssiger Befunde aktenmäßig bearbeitet werden. Die aktenmäßige Bearbeitung einer Teamanfrage ist eine Serviceleistung für die Antragsteller, denen weite Wege und Mehrfachbegutachtungen erspart werden sollen, und wird als solche von den Klienten geschätzt. Bei Erstanträgen erfolgt üblicherweise eine Einladung zum Sachverständigenteam als Informationsdrehscheibe für andere Institutionen und Konsumenten von Maßnahmen und hat mit zahlreichen Kontaktbesuchen an einer besseren Zusammenarbeit und Vernetzung mitgewirkt. Durch die Teilnahme an Fach- und Weiterbildungsveranstaltungen wird die fachliche Kompetenz der Teammitglieder aktualisiert und erweitert, und diese fließt durch projektive und konzeptive Mitarbeit bei der Schaffung neuer Maßnahmen und Einrichtungen im Behindertenwesen ein.

Im Jahre 1996 wurden vom Fachreferat für behindertengerechtes Bauen und ab Herbst 1996 als Fachstelle der Stadt Wien für barrierefreies, behinderten- und generationsgerechtes Planen, Bauen und Wohnen die in der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien für die Abteilung enthaltenen Tätigkei-

ten „Beratung, Begutachtung, Überprüfung und Koordination in den Belangen des behindertengerechten Bauen und Wohnens“ weitergeführt.

Dabei sind folgende Schwerpunkte dieser Tätigkeit zu erwähnen:

- Übernahme der Koordination der Arbeitsgruppe „Behindertenfreundliche Kultureinrichtungen“ (ausgehend auf die Novellierung des Wiener Veranstaltungsstättengesetzes § 30).
- Mitarbeit als Experte im Beirat zur Erarbeitung eines Wiener Unfallverhütungsprogrammes, die vom amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen eingesetzt wurde.
- Mitarbeit als Vertreter der Stadt Wien im Österreichischen Normungsinstitut – insbesondere in den Fachnormenausschüssen FNA 011f und FNA 196, sowie in den Unterausschüssen und Arbeitsgruppen O17.01 Aufzüge, 196.01 Pflege- und Mobilitätshilfen und 196.6 Blindenhilfsmittel.
- Mitarbeit als Vertreter der Stadt Wien im Netzwerk der österreichischen Beratungsstelle für barrierefreies Planen und Bauen – Erarbeitung eines technischen Informationsblattes für „Öffentliche WC-Anlagen“.

Weiters wurde der Fachreferent im Jahre 1996 zu Vorträgen als Experte eingeladen:

- Im Rahmen der internationalen Tagung „Computer für Behinderte – ICCHP“ im Juli 1996 in Linz wurde zum Thema „Architektur und behindertengerechtes Bauen“ ein Vortrag mit dem Inhalt „Wien – Umsetzung des barrierefreien Bauens“ gehalten.
- Anlässlich der gemeinsam vom Bundesdenkmalamt und dem Netzwerk der Österreichischen Beratungsstelle im Oktober 1996 veranstalteten Fachtagung „Denkmalschutz und barrierefreies Bauen“ wurden in einem Vortrag die „Maßnahmen der kommunalen Bauten der Stadt Wien“ vorgestellt.
- Federführung bei der Weiterführung und Erstellung eines taktilen Leitsystems für sehbehinderte und blinde Menschen sowie Koordination und Konsensbildung mit den Vertretern der Institutionen für sehbehinderte und blinde Menschen (Pilotprojekt in 21, Franz-Jonas-Platz – Überlegungen, inwieweit taktile Leitsysteme bei der Neugestaltung der vorläufigen U-Bahn-Endstelle Floridsdorf eine sinnvolle Maßnahme für sehbehinderte und blinde Menschen darstellen – Anfrage der Bezirksvertretung).
- Weiterführende Arbeiten im Arbeitskreis „Behindertengerecht zugängige Verkehrsmittel“ mit Sichtung aller technischen Hilfsmittel bzw. Sichtung der nationalen und internationalen Einstiegshilfen für öffentliche Verkehrsmittel.
- Konsulententätigkeit hinsichtlich der von Architekten und Planern an die Fachstelle herangetragenen Planungen, wobei die Abstimmung der behindertengerechten Maßnahmen mit den Planern (Architekten) und Ausführenden sowie Vidierung der planlichen Unterlagen erfolgte.
- Konsulententätigkeit innerhalb des Magistrates hinsichtlich der Erstellung und Ausführung von behindertengerechten Maßnahmen im Planungs-, Ausführungs- und Finanzierungs- bzw. Förderungsbereich.
- Übertragung der Prüfung der Zumutbarkeit von baulichen Änderungen in Veranstaltungsstätten (nach § 30 des Veranstaltungsstättengesetzes).
- Ernennung zum Mitglied in der Theaterkommission (über Vorschlag der Wiener Gemeinderätlichen Behindertenkommission).
- Im Jahre 1996 wurde die in der Fachstelle der Stadt Wien für barrierefreies, behinderten- und generationsgerechtes Planen, Bauen und Wohnen eingerichtete Wohnungsberatung von 161 Betroffenen, Angehörigen oder Planern aufgesucht, wobei im Regelfall eine Betreuungsdauer von mindestens ein bis zwei Jahren pro Beratungsfall notwendig wird. Weiters wurden im Jahre 1996 von der Fachstelle der Stadt Wien rund 1.040 Geschäftsfälle (Aktivitäten) betreut und bearbeitet.

Die im Referat Behindertenbetreuung im Rahmen des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen aus dem Leiter und sechs SozialarbeiterInnen bestehende Gruppe ist in folgenden Bereichen der Abteilung Behindertenarbeit tätig:

- Zwei SozialarbeiterInnen im Sachverständigenteam der Abteilung.
- Vier SozialarbeiterInnen beraten und betreuen die behinderten Mitarbeiter bei der Stadt Wien, die im Rahmen der Sonderaktion beschäftigt sind.

Im Jahre 1996 nahmen 1.710 Klienten den Dienst der SozialarbeiterInnen des Sachverständigenteams der Abteilung in Anspruch. Davon waren 446 Intensivbetreuungen und 1.003 Kontakte beziehungsweise Beratungen mit Angehörigen.

Das Referat Beratung und Betreuung behinderter MitarbeiterInnen bei der Stadt Wien im Rahmen der Sonderaktion hat die primäre Aufgabe, die akuten Probleme zu lösen, die Kontaktaufnahme mit den Mitarbeitern aus der Sonderaktion, die einen befristeten Vertrag haben, ist wichtig, und es wird ein Kennenlernen aller im Rahmen der Sonderaktion tätigen Mitarbeiter und deren Arbeitsumfeld angestrebt. Mit Dezember 1996 waren 630 behinderte KollegInnen im Rahmen der Sonderaktion beschäftigt.

Im Zeitraum Jänner bis Dezember 1996 fanden 1.647 Kontakte mit KollegInnen aus der Sonderaktion statt. Es gab 413 Intensivbetreuungskontakte, 1.449 Gespräche und Kontakte mit Menschen aus dem unmittelbaren Arbeitsumfeld der Sonderaktionsmitarbeiter fanden statt.

Im Jahr 1996 gab es regelmäßige Besprechungen zwischen der Vertreterin der MD-Personaldirektion und den SozialarbeiterInnen der Sonderaktionsbetreuung. Um die Chance auf Integration in den Dienststellen möglichst gut



*Feier anlässlich 10 Jahre Holzwerkstatt der Jugendzentren der Stadt Wien.*

Foto: Landesbildstelle/PID

*Ehrung des Europacupfinalisten Rapid am Rathausplatz durch Bürgermeister Dr. Häupl und Vizebürgermeisterin Laska am 9. Mai 1996.*

Foto: Votava/PID





*Eröffnung des Kindertagesheimes in der Brünner Straße.*

Foto: Landesbildstelle/PID

*Auf der Sportanlage Spenadlwiese wurde durch Vizebürgermeisterin und Sportstadträtin Laska ein neues Baseball/Football-Spielfeld in Betrieb genommen.*

Foto: Votava/PID



vorzubereiten, wurden die SozialarbeiterInnen in einzelnen Fällen bereits im Stadium des Aufnahmeverfahrens einbezogen.

Im Referat Sozialplanung für behinderte Menschen beschäftigte sich 1996 ein Arbeitskreis mit dem Thema „Berufliche Integration behinderter Menschen“.

Folgende Problematik der beruflichen Eingliederung von „Integrationskindern“ wurde behandelt:

- bis zum Jahr 2002 werden über 300 Kinder die Integrationsklassen verlassen; diese Kinder benötigen eine Nachreifphase, Berufsorientierungs- und Berufsvorbereitungsmaßnahmen,
  - die Trägervereine für Beschäftigungstherapie wollen neue Schritte in Richtung Unterbringung auf normalen Arbeitsplätzen gehen,
  - neue Wege zur individuellen beruflichen Integration eröffnen Arbeitsassistentenprojekte,
  - notwendig ist der Aufbau eines Netzwerkes, das politische, wirtschaftliche und fachliche Dimensionen abdeckt,
  - für die Realisierung des Netzwerkes ist die Einbindung der Wirtschaft und der Politik unerlässlich.
- Ein wichtiges Thema im Jahre 1996 war die Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen von gehörlosen Menschen.
- Zur Verbesserung der Kommunikationschancen von Bediensteten der Stadt Wien mit gehörlosen Kollegen wurde im Rahmen der Verwaltungsakademie ein Zyklus „Umgang, Verhalten und Kommunikation mit gehörlosen MitarbeiterInnen“ angeregt und von der Verwaltungsakademie durchgeführt.
  - 1997 ist im Programm der Verwaltungsakademie ein „Gebärdensprachkurs“ vorgesehen.

Die Zuerkennung einer Mietbeihilfe erfolgt als Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Unterkunft) nach den Bestimmungen der §§ 8, 12 und 13 des Wiener Sozialhilfegesetzes, LGBl. für Wien Nr. 11/1973, i.d.g.F. Jedes Jahr muß ein Antrag auf Weitergewährung der Mietbeihilfe gestellt und die weitere Anspruchsberechtigung geprüft werden. Auf Grund von Änderungen des Mietzinses, des Einkommens, des Familienstandes usw. ist es sehr oft notwendig, innerhalb eines Jahres einen Akt mehrmals durchzurechnen und entsprechende Bescheide zu erlassen. Von den im Jahr 1996 eingebrachten 10.425 Anträgen wurden in 9.373 Fällen eine Beihilfe zuerkannt, weitergewährt oder neu bemessen. In 978 Fällen mußten Ansuchen – mangels Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen – abgewiesen oder der Bezug eingestellt werden. Mit 31. Dezember 1996 bezogen 5.919 Personen eine Mietbeihilfe, für die ein Betrag von 69,344.351,77 S aufgewendet wurde (im Jahre 1996 durchschnittlich 5.856 Personen). 74 Anträge aus dem Jahre 1996 sind noch nicht erledigt. Gleichbleibende Einkommensgrenzen für die Mietzinsbeihilfen des Bundes zogen sowohl ein Ansteigen der bescheidmäßigen Erledigungen als auch eine Erhöhung der Anzahl der Mietbeihilfenbezieher nach sich.

Die Opferfürsorge gehört zu den Agenden der mittelbaren Bundesverwaltung. Das Opferfürsorgegesetz wurde 1996 nicht novelliert. Änderungen sind nur in gewissen Fällen durch richtungsweisende Verwaltungsgerichtshofentscheidungen bzw. bei der Berechnung der einkommensabhängigen Rentenleistungen durch Erlässe des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales entstanden. Durch Berichtigung der Anpassungsvorschriften wurden die Rentenleistungen wieder angehoben; daher mußten vom 1. Jänner 1996 bis 31. Dezember 1996 für Unterhaltsrenten- und Beihilfenbezieher 108 Rentenänderungsbescheide erlassen werden. Außerdem wurden 670 Rentenkontrollen bei einkommensabhängigen Leistungen durchgeführt. Im Jahre 1996 wurden 145 Rentenanträge einschließlich 59 Neuzuerkennungen von Opferrenten und Verschlimmerungsanträgen (Anträge von Opferrentenbeziehern auf Erhöhung der Minderung der Erwerbsfähigkeit auf Grund eines verschlechterten Gesundheitszustandes) eingebracht. 1996 wurden 239 Rentenanträge erledigt (einschließlich amtswegig gewährte Rentenleistungen). Rentenänderungs- und Erledigungsbescheide wurden insgesamt 347 ausgestellt. Das ergibt zusammen mit den Rentenkontrollen 1.017 Rentenänderungen. Die Bestimmungen des Bundespflegegeldgesetzes sind auch im Rahmen der Opferfürsorge anzuwenden. Im Zeitraum von 1. Jänner 1996 bis Jahresende wurden 22 Pflegegeldanträge erledigt. Im Jahre 1996 wurden 30 Anträge auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung und 103 Anträge auf Ausstellung eines Opferausweises sowie 83 Anträge auf Zuerkennung von Entschädigungen eingebracht, also insgesamt 216. 43 Amtsbescheinigungsanträge, 195 Opferausweisanträge und 138 Anträge auf Entschädigungen (insgesamt 376) wurden erledigt. Insgesamt waren am 31. Dezember 1996 12.785 Amtsbescheinigungen und 18.558 Opferausweise im Umlauf. Die laufenden Novellen zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG), die sich auf die Ausstellung einer Bescheinigung gemäß § 506 ASVG beziehen bzw. die Tätigkeit der Bundesversicherungsanstalt Berlin, beeinflussen nach wie vor die Tätigkeit des Opferfürsorgereferates, da dadurch einem großen Teil des durch die NS-Behörden zu Schaden gekommenen Personenkreises die begünstigte Erweiterung von Ansprüchen und Anwartschaften bei der Stellung von Pensionsansprüchen möglich gemacht wurde. Das Opferfürsorgereferat hat die Aufgabe, die Ansprüche der in Wien und im Ausland lebenden Personen zu prüfen und die Ansprüche, falls die Voraussetzungen gegeben sind, zu bestätigen. Im Jahre 1996 wurden 162 Anträge erledigt. Bei der Betreuung der Opferfürsorgerentenbezieher sind meist schwierige und langwierige Verfahren notwendig, vor allem um die haft- bzw. verfolgungsbedingten Gesundheitsschädigungen zu überprüfen. Weitere umfangreiche Verfahren entstehen durch Anträge auf Pflegezulage und Pflegegeld, Diätzulage sowie auf Anerkennung als Hinterbliebene (anerkannte Haftleiden als Todesursache des Opfers). Alle diese Anträge müssen ärztlichen Sachverständigen zur Erstellung fachärztlicher Gutachten und der MA 15 zur Ausarbeitung des Endgutachtens vorgelegt werden. Die angegebenen Gutachten sind auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zu prüfen. Im Jahre 1996 wurden 113 Honorarnoten für Sachverständige überprüft und zur Auszahlung weitergeleitet. Weiters wurden 15 Anträge auf Heilfürsorge bearbeitet und 50 Anträge auf Sterbegeld bescheidmäßig erledigt.

Gemäß § 32 KOVG (Orthopädische Versorgung) wurde in 12 Fällen ein Zuschuß gewährt. Daß die Zahl der erledigten Anträge nicht mit den eingebrachten übereinstimmt, erklärt sich dadurch, daß Anträge aus dem Jahre 1994 und 1995 erst 1996 erledigt werden konnten bzw. Anträge aus dem Jahre 1996 noch nicht erledigt sind. Es wurden 215 Aushilfen zu je 2.500 S und eine Aushilfe in der Höhe von 5.690 S, insgesamt 543.190 S, angewiesen. Im Jahre 1996 sprachen 806 Personen vor. Die Zahl der Zwischenerledigungen betrug 5.742. Im Bereich der Rentenfürsorge wurden 411 Erhebungen von der Abteilung durchgeführt.

Die Anzahl der Pensionistenklubs betrug in der Periode Jänner bis April 1996 189 und in der Periode Oktober bis Dezember 1996 187. Von den 187 Pensionistenklubs waren insgesamt 46 länger in Betrieb (Mai 46, Juni 5, Juli und August je 1). Im September wurden bereits 42 Pensionistenklubs früher geöffnet. Die Pensionistenklubs in 14, Penzinger Straße 150, und 18, Kreuzgasse 32, wurden mit 27. April 1996 geschlossen. Im Oktober wurden die Pensionistenklubs in 11, Enkplatz 2, 15, Löschenkohl-gasse 8, 20, Aignerstraße 2-6 und 22, Rennbahnweg 27/2, in die neuen Klublokale 11, Strindberggasse 1, 15, Alliogasse 24-26, 20, Leystraße 2-8/5, und 22, Rennbahnweg 27, Passage Lokal 12 verlegt. Die durchschnittliche tägliche Besucherzahl betrug in der Periode Jänner bis April 13.261 (pro Klub rund 70) und von Oktober bis Dezember 13.146 (pro Klub rund 70). Die Pensionistenklubs waren wie im Vorjahr von Montag bis Freitag (außer an Feiertagen) in der Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr geöffnet. Wie im vergangenen Jahr wurden bunte Nachmittage seitens des „Sozialwerkes für österreichische Artisten“ gestaltet sowie Vorträge über Verkehrserziehung abgehalten. In einigen Pensionistenklubs wurden unter Anleitung einer Fachkraft oder Betreuerin Bastelgruppen geführt. Eine tägliche kostenlose Kaffeejause mit Mürbgebäck bzw. Mehlspeisen und zweimal im Monat ein Mittagessen wurden den Besuchern weiterhin geboten. Die Teilnahme am Mittagessen ist an die Entrichtung eines Kostenbeitrages gebunden. Das gesamte Klubpersonal wurde im Rahmen eines Einführungsvortrages vor Beginn der Klubperiode über die zu verrichtenden Obliegenheiten informiert. Zusätzlich führten die Mitarbeiter des Referates für alle neuen Betreuerinnen Schulungsveranstaltungen durch. Diese Weiterbildung erfolgte in Form einer Seminarveranstaltung, in der vor allem die Problematik der Kommunikation mit alten Menschen dargelegt und Informationen über Soziale Dienste vermittelt wurden.

Zur leichteren Inanspruchnahme der Sozialen Dienste wurde mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1980 der Sozialpaß geschaffen. Jeder Wiener, der Leistungen des Sozialamtes in Anspruch nimmt, kann einen Sozialpaß erhalten. Bis zum 31. Dezember 1996 wurden insgesamt 148.044 Sozialpässe, davon 82.778 Sozialpässe mit „P“, die zur ermäßigten Benützung öffentlicher Verkehrsmittel berechtigen, ausgestellt. Außerdem wurde in 8.915 bereits ausgestellten Sozialpässen der Vermerk „P“ nachgetragen.

Im Rahmen der Landaufenthaltsaktion wurde im Jahre 1996, und zwar in der Zeit vom 15. Mai bis 25. September, in 51 Turnussen 42 Dauersozialhilfebezieher und 1.256 Pensionistenklubbesuchern, insgesamt 1.298 Personen, in sechs verschiedenen Orten ein zweiwöchiger Erholungsurlaub ermöglicht. Davon sind 246 Urlauber, die einer Schonkost bedurften, in der Pension „Huber“ in Rastfeld untergebracht worden.

Für die Dauersozialhilfebezieher und Pensionistenklubbesucher wurden je Bezirk bzw. Klub vier Ausflüge zu 42 Orten in den Monaten Mai bis Oktober durchgeführt. An allen Ausflügen für Dauersozialhilfebezieher, die keine Klubbesucher sind, nahmen insgesamt 483 Personen teil. An allen Ausflügen der Klubbesucher beteiligten sich insgesamt 17.499 Personen. Darüber hinaus wurden mit Pflöglingen der städtischen Pflegeheime Baumgarten, Geriatriezentrum am Wienerwald, Liesing, St. Andrä, des Pulmologischen Zentrums, Sozialmedizinischen Zentrums Ost, Pflege- und Therapiezentrum Ybbs sowie des Pflegezentrums Sophien-Spital Ausflüge durchgeführt. In der Zeit von Mai bis Oktober nahmen an diesen Ausflügen 1.029 Pflöglinge teil. Die Teilnehmer der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapie-kurse nahmen an vier Ausflügen mit 125 Personen teil.

Die Aktion „Fahrt ins Grüne“ wurde auch in diesem Jahr für alle älteren Mitbürger der grünflächenarmen Bezirke 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 in den Monaten Juli und August von Montag bis Freitag (ausgenommen Feiertag) in der Zeit von 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr mit folgenden Ausflugszielen durchgeführt: Altlenzbach, Bisamberg, Dopplerrhütte, Bad Vöslau, Haslau, Eckartsau, Mayerling, Heiligenkreuz, Klosterneuburg, Hochramalpe, Mannersdorf, Wienerhütte, Wöglarin, Würnitz, Oberrohrbach, Irenental und Niederkreuzstetten. An diesen Fahrten nahmen täglich rund 416 Personen, insgesamt 18.324 Personen, teil.

Die gemeinsame Abschlußfeier für die Landaufenthaltsaktion 1996 und die Eröffnungsfeier der Betriebsperiode 1996/97 für die Pensionistenklubs fanden im November, Dezember 1996 und Jänner 1997 in der Wiener Volksoper statt. Über Einladung des Herrn Bürgermeisters und der Frau Vizebürgermeisterin haben rund 5.250 Personen fünf verschiedene Vorstellungen besucht.

Im Rahmen der kulturellen Betreuung wurden am 17. Jänner zu „Holiday on Ice“ rund 6.000 Personen und am 28. und 29. Februar sowie am 1. März zur Blumen- und Gartenschau „Botanica“ je 2.000 und am 12. Dezember zu einer Opernaufführung „Die Zauberflöte“ 1.100 Pensionistenklubbesucher in die Wiener Stadthalle eingeladen. An der traditionellen Seniorenmesse des Wiener Handels „Senior Aktuell“ hat das Sozialamt der Stadt Wien teilgenommen und in der Zeit vom 19. bis 22. März 1996 einen Informationsstand geführt.

An den Bezirksfesten im Einkaufszentrum B 7 im 21. Bezirk und im Kornhäusel-Areal im 20. Bezirk sowie am „Tag der offenen Tür“ in der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten wurde ebenfalls ein Informationsstand geführt.

In das Wiener Volkstheater wurden am 18., 28. und 30. Oktober sowie am 7. und am 21. November zu „Zwei Krawatten“ je 972 Pensionistenklubbesucher eingeladen. An den fünf Vorstellungen haben insgesamt 4.860 Personen teilgenommen.

Im Rahmen der Weihnachtspaketaktion wurden an 3.728 Erwachsene und 595 Kinder je ein Paket verteilt. Am 24. Dezember wurden in 12 Pensionistenklubs bzw. Festsälen für 744 Personen Einsamenfeiern abgehalten. Anlässlich des Muttertages wurde an 772 Mütter, die über 60 Jahre alt sind und eine Dauersozialhilfeleistung beziehen, je ein Golddukaten ausgegeben.

Aus dem Zinsertrag der von der Abteilung verwalteten Stiftungen wurden im Jahr 1996 3.195.775,80 S verwendet, und zwar 730.000 S für die MA 11, 1.542.000 S für den Krankenanstaltenverbund und 923.775,80 S für die eigene Abteilung.

Die Fachaufsicht überprüfte die Tätigkeiten in den Sozialreferaten. In sämtlichen Sozialreferaten wurden wiederholt Aktenkontrollen durchgeführt und die Ergebnisse dieser Aktenüberprüfungen mit der Leiterin/dem Leiter des Sozialreferates bzw. mit den Mitarbeitern des Sozialreferates besprochen und allfällige Entscheidungsfragen über den Anspruch von Sozialhilfeleistungen beantwortet. Neben der fachlichen Prüfung ist die Fachaufsicht für die Personalkoordinierung und -betreuung zuständig. Neue MitarbeiterInnen sind am Beginn ihrer Tätigkeit eher beschränkt einsatzfähig, da das erforderliche Fachwissen sehr umfangreich und die Einschulungszeit dementsprechend lang ist. Der Arbeitsdruck der SozialreferatsmitarbeiterInnen ist durch den oft starken Parteienverkehr und die schwierige Persönlichkeitsstruktur mancher Klienten groß. Weiters wurden in allen Sozialreferaten, gemeinsam mit Vertretern des Finanzreferates der Abteilung und der MA 6-Buchhaltungsabteilung, 4 Kassenskontrollierungen und Gebarungsprüfungen durchgeführt. In die Kompetenz der Fachaufsicht fällt die Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Beschwerden, die sich gegen Sozialreferate richten. Es wurden Erhebungen durchgeführt, Gespräche mit Parteien und MitarbeiterInnen geführt, Berichte und Antwortschreiben verfaßt. Weiters ist die Fachaufsicht für die Prüfung von Verbesserungsvorschlägen und die Überarbeitung von Drucksorten zuständig. 1996 fanden Umbauarbeiten in Sozialreferaten statt. Im Sozialreferat für den 11. Bezirk wurden wegen des Schachteinbaues für die Personenaufzugsanlage des Amtshauses die Räume des Sozialreferates umgestaltet und adaptiert. Während der Umbauarbeiten war das Sozialreferat acht Monate in den Räumen des im Amtshaus befindlichen Pensionistenklub untergebracht.

Im August 1996 wurde eine außerordentliche Unterstützung für das Studienjahr 1996/97 für StudentInnen in Wien beschlossen. Die Höhe der Unterstützung für das Studienjahr 1996/97 beträgt einmalig 2.000 S, Studienanfänger im Sommersemester 1997 erhalten einmalig 1.000 S. Die Anträge werden von MitarbeiterInnen der Sozialreferate, die ihren Dienst in der Zentrale der Abteilung versehen, bearbeitet. Im Zeitraum vom 29. August bis 31. Dezember 1996 langten 1.709 Anträge ein, davon konnten 1.392 Anträge positiv erledigt und zur Auszahlung weitergeleitet werden. Die Fachaufsicht bearbeitet die Akten delogierungsgefährdeter Personen (ohne minderjährige Kinder im Haushalt), die Hauptmieter einer Gemeindewohnung sind, und hielt regelmäßige Besprechungen mit Vertretern der MA 17 (vormals MA 52, MA 27) und MA 11 ab. Seit März 1996 werden die Delogierungsfälle des 20. Bezirkes von der „FAWOS“ bearbeitet (ausgenommen jene Fälle, die im Sozialreferat für den 20. Bezirk bereits anhängig sind). Die Fälle des 3., 10., 21. und 22. Bezirkes werden direkt von den Sozialreferaten bzw. im 10. Bezirk vom Referat Sozialarbeit mit Erwachsenen erledigt. 1996 wurden von der Fachaufsicht 790 Fälle bearbeitet.

Die Abteilung arbeitet im Bereich der Behindertenhilfe mit zahlreichen privaten Rechtsträgern (1996: 44) zusammen, die für erbrachte Leistungen Kostensätze aus dem Budget des Sozialamtes erhalten. In der Abteilung ist seit 1987 für die Kontrolle dieser privaten Rechtsträger ein Kontrollreferat eingerichtet.

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1996 wurde die Rechnungskontrolle der laufenden Monats- bzw. Quartalsabrechnungen der privaten Träger bzw. privater Unternehmen dem Zuständigkeitsbereich des Referates Kontrolle privater Organisationen übertragen. Folgende nachstehend angeführte Agenden fallen daher in diesem Zusammenhang in den Zuständigkeitsbereich des Referates Kontrolle privater Organisationen:

- Überprüfung von Abrechnungen der Beschäftigungstherapie, Wohnunterbringung, geschützten Wohnplätzen und der Eingliederungshilfe aller privaten Träger, die diese Leistungen im Rahmen der Behindertenhilfe erbringen, auch von privaten Trägern der Bundesländer, soweit Anspruchsberechtigte nach dem Wiener Behindertengesetz dort betreut werden.
- Überprüfung von Einzelabrechnungen betreffend Kilometergeld, Benzinkostenzuschuß und Taxirechnungen für Anspruchsberechtigte nach dem Wiener Behindertengesetz, sofern diese nicht in den Zuständigkeitsbereich des Fahrtendienstbüros des Referates Behindertenhilfe fallen.
- Überprüfung von Abrechnungen im Rahmen der Frühförderung für Anspruchsberechtigte nach dem Wiener Behindertengesetz.
- Überprüfung von Abrechnungen im Rahmen der Hilfe zur geschützten Arbeit für Anspruchsberechtigte nach dem Wiener Behindertengesetz.
- Überprüfung von Abrechnungen im Rahmen der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not.
- Überprüfung von Abrechnungen im Rahmen der Notschlafstellen.
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der an die Caritas und das Evangelische Flüchtlingswerk geleisteten Geldmittel für die Betreuung von Fremden.

- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der Personal- und Verwaltungskosten, die für das Büro der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not aufgewendet worden sind.
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der Geldmittel, die an jene Vereine, die Mitglieder der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not sind, geleistet worden sind.
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der Geldmittel, die für den Betrieb von zwei Notschlafstellen geleistet worden sind.
- Erstellung der monatlichen Statistik der Betreuungsfälle, soweit die Kontrolle der Abrechnungen in den Zuständigkeitsbereich des Referates Kontrolle privater Organisationen fällt.

Schwerpunkte der Prüfungen im Berichtsjahr waren:

- Leistungs-, Aufwands- und Ertragskontrolle, Prüfung nach dem Grundsatz der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit bzw. Berechnung der Kostendeckung durch Zahlungen des Sozialamtes.
- Überprüfung von Kalkulationen und Berechnung der erforderlichen Kostensätze bzw. budgetär möglichen Kostensätze nach den Richtlinien der mit den privaten Rechtsträgern geschlossenen Verträgen und Übereinkommen bzw. nach dem Wiener Behindertengesetz.
- Erhebung signifikanter Zahlen hinsichtlich des Personal-, Sach- und Verwaltungsaufwandes sowie die Erstellung von Kennzahlen, um einen Vergleich zwischen privaten Rechtsträgern, die gleichartige Leistungen erbringen, zu ermöglichen.

Die bereits im Jahr 1993 begonnene Ausarbeitung einheitlicher Kriterien für die Beibringung der notwendigen Unterlagen für die Bearbeitung der Ansuchen auf Erhöhung der Kostensätze bzw. Prüfungen wurde fortgeführt und ergänzt, um die Prüftätigkeit bzw. die Abstimmung mit den budgetären Mitteln effizienter gestalten zu können, die finanzielle Situation der Vereine überschaubarer zu machen und die Bearbeitung zeitgerechter durchführen zu können. Im Jahr 1996 wurden insgesamt 54 verschiedene Kostensätze überprüft und berechnet sowie 63 Jahresabrechnungen und Kalkulationen hinsichtlich der widmungsgemäßen und zweckgebundenen Verwendung der Kostensätze, wobei als Grundlage die zwischen den privaten Trägern und der Abteilung geschlossenen Verträge bzw. Vereinbarungen sowie die Bestimmungen des Wiener Behindertengesetzes dienten. Zusätzlich wurden 3.679 Abrechnungen im Bereich Behindertenhilfe und 136 Abrechnungen der Vereine ARGE Wohnplätze für Bürger in Not kontrolliert, wobei besonderes Augenmerk auf schriftliche Bewilligungen und Kostensatzbestätigungen der diversen Landesregierungen gelegt wurde.

Das Referat Kontrolle privater Rechtsträger hat über die Prüfergebnisse dem Abteilungsleiter bzw. dem Dezernenten schriftlich berichtet und Vorschläge für Änderungen unterbreitet. Die Mitarbeiter des Kontrollreferates haben an Gesprächen und Verhandlungen mit Vertretern der privaten Rechtsträger teilgenommen sowie Anregungen betreffend Veränderungen organisatorischer Belange innerhalb der privaten Rechtsträger erarbeitet bzw. berichtet sowie deren Durchführung kontrolliert. Die notwendigen Verwaltungsarbeiten (Abfassung von Berichten usw.) wurden ebenfalls vom Referat vorgenommen.

Im Jahr 1996 erfolgte der weitere Ausbau des Sozialkontos, wobei insgesamt vier neue Soko-Versionen auf den Rechnern der Sozialreferate sowie der Zentrale zur Verfügung gestellt werden konnten. Jede für sich beinhaltet einige wesentliche Verbesserungen sowie Neuerungen zur Vorversion.

Nachfolgend die wichtigsten Änderungen und Erweiterungen, welche hierbei berücksichtigt wurden:

Die Benutzer können auf Grund eines abgesicherten Speicheralgorithmus nur noch Daten des eigenen Bereiches in einer gemeinsamen Personendatenmaske verändern, wenn dazu die Berechtigung vorhanden ist. Im Geldaushilfenantrag erfolgte eine Verbesserung dahingehend, als weitere automatisierte Berechnungen nach Basisangaben erfolgen bzw. die Einträge des zuletzt gedruckten Antrages übernommen und nach geringer Korrektur und mit minimalem Zeitaufwand wiederverwendet werden können. Arzthilfescheine können nun nicht nur lesend aufgelistet, sondern auch mit Einschränkung auf einen bestimmten Zeitraum gedruckt werden. Zur Vollständigkeit der Information ist nun auch der Verrechnungsschein einfügbar.

In den Wohnungsdaten erfolgte die Einbindung des Namens, PCD (= eindeutiger Personencode) und des Unterstützungskennzeichens des Hauptmieters. Auf Grund parallel laufender Vorbereitungen für den Programmteil „Dauerleistungen“ wurde beispielsweise die DL-Nummernfassung sowie Terminverwaltung ausprogrammiert. Die DL-Nummer ist erfaßbar und wird bei der Speicherung programmtechnisch bereits auf Doppelvergaben geprüft. Die Terminverwaltung zur Person, bereichs- oder referatsbezogen, steht mit mehreren Möglichkeiten zur Verfügung.

Die zur Person gespeicherten Bankverbindungen sind jetzt historisch gespeichert und abrufbar. Auf Grund der derzeitigen Prämisse, möglichst je Person EIN Konto für die Anweisung aller Sozialleistungen der Abteilung zu verwenden, löst die Speicherung einer neuen Kontonummer oder Bankleitzahl die automatische Verständigung an den Postbereich anderer aktiver Bereiche aus.

### SOKO-Dauerleistungen

In Vorbereitung auf die Ausprogrammierung des Moduls „Dauerleistungen“ erfolgte die Fertigstellung des Konzeptes. Bis zur vollständigen SOKO-Integration werden die Buchungssätze für die elektronische Verarbeitung der Dauerleistungen aus personellen Gründen im EDV-Referat der Abteilung erfaßt. Dies allein erfordert teils beträchtli-

che Mehrdienstleistungen der MitarbeiterInnen des EDV-Referates, um die zeitgerechte Anweisung zu gewährleisten. 1996 handelte es sich hierbei um eine Anzahl von 19.000 erfaßten Buchungssätzen.

### **SOKO-Pflegegeld**

Nach der Persondatenerfassung im Bereich Pflegegeld erfolgten mehrmals Abstimmungsgespräche, um die Vorarbeiten für die Fertigstellung des Verrechnungsteiles zu tätigen. Auf Grund von Viel- und Einzeltests konnten laufend Fehlerbehebungen und Verbesserungen eingebaut werden. Entsprechend den Vereinbarungen mit der MA 6 wurde die detaillierte Erfassung der Übergangsempfänger in allen Einzelfeldern erledigt, um eine reibungslose Übermittlung der Zahlungsdaten zu gewährleisten. Nachlaufend zu einer beliebigen Empfängerauswahl oder -erfassung wird nun zusätzlich auf gleichlautende Bankwege geprüft und der Benutzer mit einer Auswahlmöglichkeit darauf hingewiesen. Verfügungen können nun in mehr als einem Kalendermonat in der Zukunft liegenden Berechnungszeiträumen definiert werden. Die Personendatenmaske wurde dahingehend erweitert, als zu jedem Pflegegeldbezieher nun Antrags- und Erledigungsdaten erfassbar sind. Erst dadurch ist der geplante automatische Datenaustausch mit dem Hauptverband möglich. In mehreren parallel zum Produktionsbestand durchgeführten Überrechnungsläufen an die MA 6 war auf Grund der Rückmeldungen eine mehrmalige Abstimmung der Überrechnungsdaten bis auf wenige Einzelfälle möglich, so daß auch laut MA 6 eine Verarbeitung der Daten im Echtanweisungsfall gewährleistet ist. Die Datenabstimmung der IBM und der VAX erfolgte in mehrmals durchgeführten Abgleichen, welche jeweils in zeitaufwendiger Kleinarbeit vom EDV-Referat und Referat Pflegegeld nachbearbeitet werden mußten. Bedingt durch Änderungen der gesetzlichen Vorgaben, wie z. B. der Ruhensbestimmungen oder Aliquotierung, mußten immer wieder Programmanpassungen sowie Änderungen der Benutzerhandbücher erfolgen.

### **SOKO-Sterbedaten-Abgleich**

Der seit 1. Juli 1994 laufend durchgeführte Sterbedatenabgleich wird unverändert beibehalten.

Die SOKO-Daten werden täglich mit einem via IBM zur Verfügung gestellten Datenbestand mit den Daten von verstorbenen Personen aus dem Bereich Wien verglichen. Bei Übereinstimmung werden die Primär-SOKO-Daten automatisch aktualisiert. Danach werden weitere Abschlußarbeiten zu den EDV-Akten vom EDV-Referat durchgeführt. Die betroffenen Referate erhalten eine Information via IBS-Mail an ihren Referatsbereich zugestellt und können danach die weiter zu setzenden Schritte veranlassen.

Vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1996 wurden 1.026 Übereinstimmungen von Personen gefunden und diese ausgliedert.

### **IBS-Schriftstückverwaltung**

In mehreren Bereichen der Abteilung wurden regelmäßig verwendete Schriftstücke entsprechend den Vorgaben durch die MD-VO zu Schablonen abgeändert. Diese zur Verfügung gestellten EDV-Drucksorten entsprechen den von der MD-VO erstellten Richtlinien. Nunmehr ist auch jedwellige Änderung nur durch das EDV-Referat mit gleichzeitiger Verständigung an die MD-VO durchzuführen. Damit ist die Verwendung eines korrekten, einheitlichen Drucksortenlayouts innerhalb der Abteilung gegeben.

### **Hardwareanforderungen 1996**

Die Bestellung der im Systemisierungsplan 1996 und im Budget abgedeckten EDV-Geräte wurde durchgeführt und die Installation beauftragt. Die Bereinigung der SIGNAL-Korrekturen wurde mit der ADV-Betreuung in Zusammenarbeit durchgeführt.

### **Schulungsverwaltung**

Auch 1996 erfolgten Schulungen von MA 12-MitarbeiterInnen durch das EDV-Referat. Es mußten für alle stattfindenden Schulungsarten vorhandene Kurs- und Schulungsunterlagen aktualisiert oder gegebenenfalls neu erstellt werden; bisher gewonnene Erfahrungen sind in den organisatorischen Schulungsablauf eingeflossen.

### **Userverwaltung**

Da auf der einen Seite die EDV-Umgebung in der Abteilung sich auch trotz eines mehrjährigen EDV-Betriebes noch im Aufbau befindet und regelmäßig wächst, auf der anderen Seite es sich um eine Abteilung mit relativ starker personeller Fluktuation handelt, ergibt sich für 1996 ein Stand von 392 IBS-Accounts (= berechnete EDV-Anwender). Detailliert ergab sich für das Jahr 1996 das Erfordernis, 58 IBS-Useraccounts neu anzulegen sowie 93 zu löschen.

## Dezentrale Userverwaltung

Durch Auslagerung von Teilbereichen der ADV-Betriebsführung zur dezentralen Userverwaltung wurde Eigenverantwortlichkeit an die Abteilung übergeben. Die dezentrale Userverwaltung umfaßt vorerst die Möglichkeiten zum Anlegen und Löschen von Accounts, zum Sperren und Freigeben von Accounts, zum Kennwort-Rücksetzen und zum Zuordnen bestimmter Anwendungen. Auch betreffend dem Hauptverband wurde die Paßwortrücksetzung ausgegliedert und dem EDV-Referat zur Verfügung gestellt. Dadurch kann die Abteilung auf bestimmte Situationen schneller reagieren. Je Rechner steht zur Administration derartiger Angelegenheiten dem EDV-Referat ein erweiterter Systemmanager zur Verfügung.

## Springeruser-Einrichtung & Verwaltung

Neben der Gruppe der Norm-User kann auf Grund der Dezentralisierung von der Dienststelle aus durch das EDV-Referat auch eine spezielle Usergruppe, nämlich die der „Springer“, betreut und verwaltet werden. Den allgemeinen Sicherheitsbestimmungen entsprechend wurde daher die Springerverwaltung weiter ausgebaut, so daß auch SpringerInnen am Electronic Mailing teilnehmen können und somit ebenfalls auf ihrem persönlichen Useraccount, auf welchen sie aus jedem Sozialreferat nach Freigabe durch das EDV-Referat verzweigen können, ebenfalls Dienstabweisungen, Erlässe usw. erhalten bzw. elektronische Post in Umlauf bringen können. EDV-Auswertungen betreffend Springereinsätze werden monatlich dem Personalreferat zur Verfügung gestellt.

## Zuordnungen

Begründet durch den sukzessiven Ausbau der EDV-Umgebung in der Abteilung steigt auch die Anzahl der von den Endanwendern benötigten Applikationen. Entsprechend diesem Bedarf wurden 1996 verschiedene Applikationen, wie Bereichswechsel, Offene Nachrichten, Textsortierung, SOKO usw., zugeordnet. In diesem Jahr wurden, obwohl die Hauptzahl der Zuordnungen 1994 erfolgte, bei weiteren IBS-Anwendern die entsprechende Zuordnung, mit Einschulung vor Ort ermöglicht. Auch die Erstellung von Handbüchern und Kurzanleitungen für die Zugriffe wurde durchgeführt.

## Benutzeranfragen

Um die Entgegennahme und Bearbeitung von täglich einlangenden Störungsmeldungen ohne zu starke Behinderung des restlichen Tagesgeschehens zu ermöglichen, wurde der 1994 begonnene Telefondienst im EDV-Referat auch 1996 fortgesetzt. Die Besetzung der „Hot-Line“ und auch eine Hilfestellung teilweise nach 15.30 Uhr ist dadurch gewährleistet. Damit konnte der Bedarf der telefonischen Hilfestellung für den Anwender abgedeckt, sowie – auf Grund dieser Regelung – das restliche Team des EDV-Referates durch diesen Journdienst für die Weiterarbeit an verschiedensten Projekten freigehalten werden.

## Projektunterstützungen

In mehreren Arbeitsschritten wurden Vorkehrungen für die Teilnahme der Abteilung am „Wien Online“ getroffen, bzw. durch HTML-Programmierung (Hyper Text Markup Language) die Intranet-Seiten in Zusammenarbeit mit dem Referat Sozialarbeit mit Erwachsenen erstellt.

In einigen Besprechungen betreffend das Projekt „Elektronische Formulare“ konnten Vorbereitungen für einen Testlauf im Bürgerservicezentrum getroffen werden.

Eine Konzepterstellung zur Durchführung der außerordentlichen Unterstützung von sozial bedürftigen Studierenden erfolgte seitens des EDV-Referates. In Zusammenarbeit mit der MA 14 konnte auch die EDV sowie die Einsichtnahme in die Personendatenbank zur Wohnsitzüberprüfung sehr rasch und effizient in der Abteilung zur Verfügung gestellt werden.

## EDV-Verwaltung

Die Einführung eines internen EDV-Protokollsystems im EDV-Referat führte zur Neustrukturierung des Ablagesystems.

Die Materialverwaltung wurde ebenfalls in Form einer Kleinanwendung testweise eingeführt und soll spätere Erhebungen betreffend des Materialverbrauchs ermöglichen. Referatsintern wurde eine selbsterstellte Userverwaltung im Test in Betrieb genommen. Damit ist eine rasche und genaue Aussage über die Anzahl der erstellten, aktiven oder gelöschten USER, ihren Zuordnungen und Geschäftsfällen möglich.

Im Jahre 1996 wurden in der Kanzlei und Einlaufstelle 13.280 Schriftstücke neu protokolliert. In 74.200 Fällen waren zu den eingelangten Geschäftsstücken bereits Vorakten vorhanden, wobei 7.442 Akten aus der Registratur zu beschaffen waren und dem Geschäftsstück angeschlossen wurden. Außerdem wurden 134.046 Schriftstücke expediert. 20.116 Akten wurden mit dem Vermerk „ad Acta“ versehen, im Protokoll vermerkt und anschließend in

der Registratur abgelegt. Weiters wurden rund 28.000 Karteien der Referate Behindertenhilfe und Mietbeihilfen mittels IBS nacherfaßt. In der Kasse der Abteilung erfolgten neben der Bestellung von Sonder-, allgemeinen und verrechenbaren Drucksorten 2.370 Auszahlungen im Rahmen des Zentral- bzw. des Bezirksbudgets. Aus dem Kanzlei-verlag wurden 460 Auszahlungen kleineren Umfanges für Amtserfordernisse getätigt. Weiters werden auch Fahrscheinverläge geführt (Dienstfahrschein, Sozialhilfefahrschein sowie Fahrschein für Flüchtlinge).

## Bildung und außerschulische Jugendbetreuung

Zu den Aufgaben der Abteilung gehört unter anderem die Förderung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie von Jugendorganisationen. Darüber hinaus obliegt ihr die Führung des Landesjugendreferates, der Städtischen Büchereien, der Landesbildstelle Wien, der Musiklehranstalten (Konservatorium, Musikschulen, Kindersingschule) und der Modeschule der Stadt Wien.

Im Berichtszeitraum wurden im Bereich Volksbildung insgesamt 57 Subventionsfälle positiv behandelt.

Einschließlich des Alternativsektors erhielten Vereine, Gruppen und Institutionen Mittel im Ausmaß von rund 250.000.000 S.

Wie in den vergangenen Jahren war wieder der Verband Wiener Volksbildung, die Dachorganisation der Wiener Volkshochschulen, größter Subventionsempfänger. Ihm wurde eine Betriebssubvention in der Höhe von 208.959.000 S gewährt.

Dem Verband Wiener Volksbildung gehören die traditionell auf Vereinsbasis arbeitenden Wiener Volkshochschulen als Mitglieder an. Grundsätzlich erstreckt sich ihr Angebot über alle Wissensgebiete und umfaßt darüber hinaus die Erlernung und Förderung künstlerischer und handwerklicher Fertigkeiten. Das vielfältige Bildungsangebot, das auch über Österreichs Grenzen hinaus Anerkennung findet, wird durch einige Sondereinrichtungen ergänzt. Dazu gehören das Planetarium, die Urania und die 1995 der Volkshochschule Ottakring angeschlossene Kuffner-Sternwarte, die Kleine Galerie der Gesellschaft für Kunst und Volksbildung und die Künstlerische Volkshochschule. Durch Vereinigung der Volkshochschule Ottakring mit der ehemaligen Zweigstelle Rudolfsheim entstand 1991 die Volkshochschule Rudolfsheim-Fünfhaus – Bildungszentrum Aktiv, die neben ihrem speziellen Bildungsangebot für Behinderte seither ein vollwertiges Volkshochschulprogramm anbietet.

Im Studienjahr 1995/96 gab es 12.069 Kurse, die von 134.612 HörerInnen (einschließlich Gastkarten) besucht wurden. 5.141 Veranstaltungen hatten 441.474 BesucherInnen aufzuweisen. Etwa 630.000 TeilnehmerInnen kamen zu den fast 20.000 Veranstaltungen hausfremder Mieter in den Häusern der Begegnung.

Darüber hinaus führt der Verband Wiener Volksbildung die von der Stadt Wien errichteten und der Wiener Volksbildung zur Verfügung gestellten Volksbildungsbauten – Volkshochschulen, Volksheime und Häuser der Begegnung.

In den Häusern der Begegnung und – soweit es die Raumkapazität zuläßt – in den Volksheimen sind neben den Volkshochschulen bzw. ihren Zweigstellen im allgemeinen auch andere Bildungseinrichtungen wie Städtische Büchereien oder Musikschulen untergebracht, so daß, wo das möglich ist, synergetische Effekte genutzt werden können. Gemäß der Bestimmung der Häuser der Begegnung und Volksheime als Bildungs-, Kultur- und Veranstaltungszentren stehen viele ihrer Räumlichkeiten stunden- und tageweise auch Vereinen, politischen Parteien, Konfessionsgemeinschaften, Firmen usw. zur Verfügung.

Um die geschaffenen Werte für die Zukunft zu erhalten, wurden dem Verband Wiener Volksbildung im Rahmen eines bereits mehrere Jahre laufenden Sanierungsprogrammes Förderungsmittel in der Höhe von 14.000.000 S zur Instandhaltung dieser Bauten bzw. zur Behebung aufgetretener Schäden zur Verfügung gestellt.

Im Herbst 1996 konnten mehrere neue Volkshochschulstandorte ihren Betrieb aufnehmen: eine Zweigstelle der Volkshochschule Floridsdorf im Stadterweiterungsgebiet westliche Brünner Straße in Wien 21 steht seither ebenso der Öffentlichkeit zur Verfügung wie eine Zweigstelle der Volkshochschule Simmering im Stadterweiterungsgebiet Leberberg in Wien 11. Die Volkshochschule Wien-West konnte in ihr neues Quartier in 6, Damböckgasse, übersiedeln; die vom neugegründeten gleichnamigen Trägerverein geführte neue Volkshochschule Landstraße im Wohnpark Erdberg bietet ebenfalls seit Herbst 1996 ein interessantes Bildungsprogramm. In Wien 12 konstituierte sich der Verein Volkshochschule Meidling; die Bauarbeiten am Standort Längenfeldgasse gingen zügig voran, so daß die Volkshochschule Meidling ab Herbst 1997 bereits in ihrem neuen Haus agieren kann.

Im Bereich der konfessionellen Erwachsenenbildung wurden das Katholische Bildungswerk der Erzdiözese Wien, der Katholische Familienverband der Erzdiözese Wien, das Evangelische Bildungswerk A.B. Wien und das Evangelische Bildungswerk H.B. Wien gefördert.

Die Vereine der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien und der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien sowie der Verein zur Förderung der Modeschule der Stadt Wien unterstützten entsprechend ihrer Aufgabenstellung wieder erfolgreich die Arbeit der Institutionen. Insgesamt wurden ihnen dafür Förderungsmittel in der Höhe von rund 6.645.000 S zur Verfügung gestellt.

Das Wiener Volksliedwerk erhielt eine Förderung im Ausmaß von 870.000 S. Die sowohl aus inhaltlichen als auch aus organisatorischen Gründen unabdingbare Einheit der wertvollen Archivbestände konnte durch die seinerzeitige Unterbringung des Wiener Volksliedwerkes sowie des Österreichischen und des Niederösterreichischen Volksliedwer-

kes im von der Stadt Wien angekauften und adaptierten Objekt in 16, Gallitzinstraße 1 („Bockkeller“), auch für die Zukunft gesichert werden. Der Aufbau einer eigenen Sammlung „Wiener Musik Archiv“ wurde zügig fortgesetzt.

Die Förderung für den Verein der Freunde der Musikschule Hietzing betrug 375.000 S; dem Franz-Schubert-Konservatorium für Musik und darstellende Kunst wurden 350.000 S an Förderungsmitteln zur Verfügung gestellt, dem Konservatorium für Musik und Dramatische Kunst („Prayner-Konservatorium“) eine Subvention in der Höhe von 78.000 S.

Gefördert wurden unter anderem auch die Wiener Kunstschule mit 2.500.000 S, die Hörbücherei des Österreichischen Blindenverbandes mit 600.000 S und das Haus des Meeres mit 450.000 S.

Im Wege des Referats für Bildungsprojekte der Abteilung gewährte Förderungsmittel setzten zahlreiche Volkshochschuleinrichtungen auch im Berichtsjahr wieder in die Lage, eine breite Palette von auf die Bedürfnisse und Anforderungen bestimmter Bevölkerungsschichten ausgerichteten innovativen Vorhaben zu realisieren und als Folge davon wichtige Veränderungen der jeweiligen Programmstrukturen herbeizuführen.

Angebote zur Bildungsarbeit mit speziellen Zielgruppen, die vom Bildungsgeschehen aus mannigfaltigen Gründen ausgeschlossen sind, stellen insbesondere einen maßgeblichen Bestandteil der Projektstätigkeit des Verbandes Wiener Volkshochschulen bzw. der in ihm zusammengeschlossenen Wiener Volkshochschulen dar.

Zu einem der bedeutsamsten Projekte in diesem Zusammenhang gehört vor allem das unterhaltsame Seniorenquiz für Junggebliebene „Wer weiß, gewinnt“ mit Günter Tolar, das in Zusammenarbeit mit dem ORF-Landesstudio Wien, der Bank Austria und der Wiener Städtischen Versicherung 1996 schon zum 14. Mal erfolgreich durchgeführt wurde. Es dient sowohl der Bildung wie der Begegnung und somit der Aktivierung von geistigen und gesellschaftlichen Ressourcen. Ein Motiv für die Teilnahme an der Quiz-Veranstaltungsreihe besteht in der Überprüfung des eigenen Wissensstandes der KandidatInnen. Freude an sinnvoller Betätigung und das Knüpfen sozialer Kontakte sind bekanntlich Garantien für ein aktives Altern, und diese Bildungsserie schafft die Möglichkeit, vom Prozeß des Alternwerdens relativ unabhängig geistig agil bleiben zu können.

Im Berichtszeitraum gab es als Ergänzung zu den 17 regulären eine außertourliche Sonderveranstaltung mit dem Titel „Generationenquiz – Alt und Jung raten gemeinsam“, abgehalten im Rahmen des „Tages der 3. Karriere“ am 20. Juni 1996 im Festsaal des Wiener Rathauses. Hauptanliegen dabei war es, das Thema „generationenverbindendes Lernen“ aufzugreifen und im Rahmen des institutionalisierten Veranstaltungszyklus „Wer weiß, gewinnt“ transparent zu machen. Modellhaft wurde versucht, die sich dabei bietende Chance von Vernetzungen zwischen den Generationen zu ergreifen, den Austausch bestimmter Lebenserfahrungen von jüngeren und älteren Menschen zu fördern und so den Informationsfluß wie auch die Kommunikationsbeziehung zwischen Alt und Jung zu verstärken. Den Höhepunkt im Veranstaltungsjahr 1996, das nicht zuletzt dank der Mitwirkung prominenter Persönlichkeiten aus allen Bereichen der Gesellschaft wieder eine gelungene Synthese zwischen Wissensvermittlung und Unterhaltung zustande brachte, bildete das gutbesuchte Finale im Rathaus-Festsaal.

Ebenfalls vorrangig an ältere Menschen richteten sich die beiden Projekte „Bild des Monats“ und „Bildungsarbeit in Pensionistenheimen“, die seit Anbeginn durch ihre künstlerische Ausrichtung bemüht sind, die Freude am kulturellen Hervorbringen, aber auch am Rezipieren von Kunst bis ins hohe Alter hinein zu erhalten.

Demgegenüber erfüllte der an der Volkshochschule Floridsdorf abgehaltene Lehrgang „Alphabetisierung/Basisbildung“ im Gesamtkonzept der Schulabschlüsse im Zweiten Bildungsweg insofern eine wesentliche Aufgabe, als in seinem Rahmen jene elementaren Kenntnisse vermittelt wurden, die für das Bestehen im Alltag und für erforderliche berufliche Anpassungsprozesse Bedeutung besitzen. Auf Grund seiner Offenheit verhalf das Kursangebot vielen TeilnehmerInnen zu einer besseren Orientierung bei gewünschten Veränderungen. So entschieden sich etliche im Verlauf des Kurses bewußt für eine Weiterqualifizierung (Hauptschulabschluß, berufsbezogene Lehrgänge). Durch das Erleben eigenen Könnens und eigener Lernfähigkeit konnte ausweichendes Verhalten in Situationen, die Schriftlichkeit erfordern, oft überwunden werden. Auf dem Programm standen allgemeine Kurse zu Lesen bzw. Schreiben für Anfänger und Fortgeschrittene sowie Rechenkurse. Weiters wurde ein Konzept für eine Vollzeitmaßnahme, die in Richtung beruflicher Qualifizierung geht, ausgearbeitet. Verhandlungen mit dem Arbeitsmarktservice sind noch im Gange.

Das Projekt „Kunst und Kreativität“ von „Pro mente infirmis Wien“ setzte sich auch 1996 wieder zum Ziel, Kunst bewußt an ungewöhnlichen Orten (an verschiedenen Stationen des Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien auf der Baumgartner Höhe sowie an der Psychiatrischen Abteilung des Kaiser-Franz-Josef-Spitals in Wien-Favoriten) anzusiedeln.

Für die SpitalspatientInnen sollte durch das Vorhaben der Zugang zur Welt der Kunst und der Kreativität ermöglicht werden. Den Kernbereich des Projektes bildeten Kunstgruppen, die wöchentlich stattfanden. Ausgebildete KünstlerInnen arbeiteten mit PatientInnen in vielfältigen kreativen Techniken. Ihr Angebot umfaßte Anregungen zu Bewegung, Tanz, Musik und bildender Kunst. Diese Inhalte bedeuteten für manche TeilnehmerInnen den Eintritt in eine neue Dimension; häufig wurden aber auch frühere Fähigkeiten neu aktiviert. Das Programm – von Pro mente infirmis nicht als Therapie definiert – war weitgehend auf die individuellen Wünsche der betreffenden Personengruppe abgestimmt und ging von dem Erzielen einer größtmöglichen Normalisierung aus, bei der Kunst bzw. kreative Auseinandersetzung als Bestandteile des Lebens von Gesunden wie Kranken gleichermaßen angesehen werden.

Kulturelle Bildung wird als Kontrapunkt eines modernen Bildungsverständnisses, das zunehmend vom Gedanken der Nützlichkeit und Verwertbarkeit geprägt wird, wichtiger denn je. Neben dem „Musiktheater-Workshop“ in der

Wiener Urania, das eine wertvolle Ergänzung zur musikdramatischen Ausbildung an der Hochschule darstellt, wurde 1996 daher an der Volkshochschule Simmering unter dem Begriff der „Nachhaltigkeit“ auch das Projekt „Kunst und Bildung“ – bestehend aus einer Reihe kleiner vernetzter Projektarbeiten – durchgeführt. Besonders erfolgreich gestalteten sich dabei jene Kleinprojekte, bei denen es gelang, mit anderen Bildungseinrichtungen zu kooperieren. So wurde für das Projekt „Wien – nachhaltig erinnert“ die Integrationsklasse der Hauptschule Wendstattgasse zur Mitarbeit gewonnen. Die SchülerInnen waren von ihrer Tätigkeit als Forschende der Zeitgeschichte begeistert, sammelten Material und bearbeiteten schwerpunktmäßig Themen der Geschichte und Politik um 1900, um für die geplanten Interviews mit älteren Menschen möglichst gut vorbereitet zu sein. GesprächspartnerInnen fanden sich im Geriatriezentrum Lainz, aber auch im unmittelbaren Lebensbereich der SchülerInnen, die dann die solcherart gewonnene umfangreiche Material- und Fotosammlung sowie die Interviews in Form einer Zeitreise verarbeiteten.

Gemeinsam mit einer Fotogruppe und dem Bezirksmuseum Simmering setzte die Volkshochschule Simmering außerdem noch das Projekt „Wohnen – eine Kulturgeschichte“ um. Dargestellt werden sollten dabei Kontinuitäten, aber auch Veränderungen in der Bausubstanz sowie im Wohnumfeld. Den Abschluß der Aktivität bildete eine Fotoausstellung.

Interessante Einblicke gewährte ferner das Projekt „Wien – nachhaltig privat“ der im Volkshochschulbereich tätigen Umweltberatung, bei dem WienerInnen dokumentierten, ob und wie es ihnen in Wien gelingt, umweltbewußt zu leben, wo die Schwierigkeiten liegen und was für sie wichtig bzw. unwichtig ist. Die angeführten Projekte wurden in dem vom Verband Wiener Volksbildung herausgegebenen zweisprachigen Buch (deutsch/englisch) „Wien – nachhaltig. Markierungen der Stadtentwicklung“ dokumentiert.

Im Rahmen der politischen Bildung gab es mehrere Projekte mit unterschiedlichen Schwerpunkten: So setzte etwa das Volksbildungshaus Wiener Urania ihre überaus erfolgreiche Reihe über moderne, das Denken der Zeit bestimmende Philosophen und Literaten mit einem Symposium über Karl Popper fort. „Wie offen ist die offene Gesellschaft?“ lautete der ein wenig provokative Titel dieser internationalen Veranstaltung, die vom 14. bis zum 16. November 1996 stattfand.

Einen Frauenschwerpunkt („FrauenArbeitsWelt“), der sich auch in die künftige Tätigkeit hineinerstrecken soll, offerierte im Berichtsjahr die Volkshochschule Wien-Nordwest, wobei die angebotene Palette von Kursen zur persönlichen und beruflichen Weiterbildung über Sprechtraining, gesellschaftspolitische Fragestellungen und historische Themen bis hin zu Selbstverteidigungskursen reichte. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Mitarbeit der weiblichen Zielgruppe gelegt.

Die Auftaktveranstaltung gliederte sich in fünf inhaltliche Bereiche:

- Durch die gläserne Decke. Berufs- und Karriereplanung
- Do it yourself. Frauen – Technik – Handwerk
- Alte Werte – Neue Muster? Lebensmuster
- Gesundheit auf eigenen Füßen. Gesundheit und Sozialbegleitung
- Ist Frauenpolitik ökologisch? Ökologie und Politik

Die vielfältigen Diskussionsbeiträge, Anregungen bzw. Erwartungen der Frauen lieferten der Volkshochschulleitung wertvolle Impulse für die Programmplanung der nächsten Semester.

Einen Lehrgang zur politischen Frauengeschichte führte hingegen die Volkshochschule Ottakring durch. Wie bedeutend für viele Frauen die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist, zeigte sich daran, daß auf Grund des großen Andrangs zahlreiche Interessentinnen abgewiesen werden mußten.

Ebenfalls 1996 wurde in Fortführung und Erweiterung des Lehrgangs ein feministisches Grundstudium konzipiert. Forschungsschwerpunkte zum Thema Frauen sowie die europaweite bildungspolitische Vernetzung und die Herausgabe einer Publikation gemeinsam mit Frauen- und Bildungsorganisationen aus ganz Europa vervollständigten das Konzept, welches als Projekt von der Europäischen Union im Rahmen des Aktionsprogrammes SOKRATES gefördert wird.

Thematischer Schwerpunkt des Hans-Czermak-Symposiums am 15. November 1996 an der Volkshochschule Donaustadt war der „Sexuelle Kindesmißbrauch“. Dabei wurden Präventionsmodelle, kinderpsychosomatische Ansätze und therapeutische Interventionsmöglichkeiten vorgestellt; das Publikum hatte Gelegenheit zur Diskussion, erhielt aber auch Informationen darüber, wohin man sich in konkreten Fällen wenden könne. Begleitend zu der Diskussionsveranstaltung gab es eine Ausstellung im Foyer der Volkshochschule mit Bildern von Dr. Ahmad Turk zum Thema „Wider die Gewalt“, die bis zum 6. Dezember 1996 zu sehen war. Von der Jury, bestehend aus Frau Bundesministerin a.D. Prof. Gertrude Fröhlich-Sandner (Präsidentin des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen), Dr. Manfred Jochum (ORF), Dr. Gert Czermak, Prof. Manfred Wagner (Hochschule für angewandte Kunst), Oswald Bazant (Landesgeschäftsführer des Verbandes Wiener Volksbildung), wurden für den Hans-Czermak-Preis 1996 unter 80 Einzelpersonen, Gruppen und Institutionen folgende Projekte ausgewählt:

- in der Kategorie Darstellende Kunst das Produktionsbüro Theater Cache-Cache (Tini Cermak) für das Stück und die Rahmenveranstaltung „Adieu Marie“: Im Zentrum der ausgezeichneten Theateraufführung steht eine Geschichte über Abschied, Verlust und Schmerz. Eine Großmutter schenkt ihrem Enkel ihr Tagebuch mit Geschichten über die wichtigsten Stationen ihres Lebens. Bei der Rahmenveranstaltung wurde versucht, einen

- Dialog zwischen Kindern und alten Menschen zu initiieren. Das Angebot, das von vielen Kindern genutzt wurde, reichte von Brieffreundschaften zwischen Kindern und SeniorInnen bis hin zum „fotografischen Dialog“;
- in der Kategorie Bildende Kunst die Plakatserie „Unsere Kinder sind hilfloser als wir“ (4 Plakate) der Künstlerin Clarisse Cmyral, einer Absolventin der Wiener Kunstschule: In der Begründung dieser Entscheidung wurde unter anderem ausgeführt: „Die Künstlerin hat die Metapher des Eises für die Zerbrechlichkeit und Sensitivität des Kindes gewählt und den Hammer für die bedrohende Kraft. (...) Die Einfachheit dieser Symbolfindung und die vom Bild her beweisstarke Konfrontation sind allen Schichten verständlich und laden den Betrachter zu der ihm eigenen Interpretation ein, die aber am Grundtenor nicht rütteln kann.“
  - in der Kategorie Volksbildung die ARGE Jugend gegen Gewalt und Rechtsextremismus: Seit fünf Jahren ist diese Gruppe in schulischer und außerschulischer Jugend- und Elternarbeit aktiv. Die Arbeitsgemeinschaft versteht sich als Katalysator für verschiedenste Aktivitäten, deren Ziel darin liegt, ein Bildungsangebot mit Handlungsorientierung zu liefern. Zu den Produkten der ARGE zählten bislang die Herausgabe des Handbuchs „Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit“, die Entwicklung eines Ausbildungsprogramms zum Konfliktberater, Vernetzungsgespräche von Institutionen für eine Gewaltprävention sowie die Flugblattaktion „Gib dem Haß keine Chance“: „Amira spricht Türkisch, Englisch und Deutsch. Sie besteht die Matura mit Auszeichnung. Christoph spricht Österreichisch. Er braucht Nachhilfe in Deutsch. Gib dem Haß keine Chance.“

Der EA-Generali-Sonderpreis ging 1996 an zwei Personen, an den Kinder- und Jugendpsychiater Prof. Horst Petri und an den kürzlich verstorbenen einsatzfreudigen Lehrer und langjährigen Vorsitzenden im Zentralverein der Wiener Lehrerschaft und engagierten Bezirksschulinspektor Karl Heinz Rudlof.

Neue Technologien, neue Methoden, neue Arbeitsweisen und Qualitätsansprüche verändern schrittweise die Arbeit und die Angebote in der Erwachsenenbildung. Volksbildungseinrichtungen müssen sich dem naturgemäß anpassen und versuchen daher, mit Hilfe innovativer Projekte neue Wege zu beschreiten. Bei dem 1996 von der Volkshochschule Hietzing gemeinsam mit Experten organisierten Projekt der Auslotung von „Chancen und Möglichkeiten der Volkshochschulen im Bereich Umgang mit neuen Telecomtechnologien“ ging es beispielsweise darum, die ziel führende Präsentation von Volkshochschulen im WorldWideWeb herauszufinden. Darüber hinaus wurden Modelle der Weiterbildung, die sowohl dem Bildungsanspruch als auch dem Anspruch nach sozialer Kommunikation und Feedback genügen müssen, entwickelt.

Das Projekt „Internet und Bildung“ beschäftigte sich im Unterschied dazu mit den konkreten Gegebenheiten, die sich Bildungsanbietern durch dieses Medium eröffnen. Im Vordergrund standen vor allem Einsatzvarianten im Zweiten Bildungsweg. Als weiterer Schritt wurde das konkrete Design dieser Kurse entwickelt.

1996 konnte auch die unter „Grundlagenprojekte“ einzureihende angestrebte „Vernetzung von Evaluationsprojekten“ innerhalb der Volkshochschulen erfolgreich bewerkstelligt werden. Der dadurch zustandegekommene Multiplikatoreffekt bewirkte ein Feedback für jene Volkshochschulen, die als erste konkrete Schritte in Richtung Evaluation gesetzt hatten, und ließ andere Volkshochschulen nachziehen. Darüber hinaus wurden für zentrale Bereiche des Volkshochschulangebotes Fragebögen entwickelt und getestet.

InteressentInnen erfahren von der Möglichkeit eines Studiums ohne Matura in der Regel oft über Freunde oder Bekannte. Neben dieser bedeutendsten Auskunftquelle scheinen auch die Presse sowie Veranstaltungen anlässlich entsprechender Messen und Präsentationen wichtige Informationslieferanten zu sein. Da sozialwissenschaftliche Untersuchungsergebnisse den Schluß zulassen, daß sich potentielle KandidatInnen für die Studienberechtigungsprüfung anschließend sehr gezielt an Institutionen um Detailinformationen wenden, gaben im Berichtszeitraum sowohl der Verband Wiener Volksbildung (ca. 250 Anrufe) als auch die beteiligten Volkshochschulen Ottakring, Floridsdorf und Margareten telefonische Erstauskünfte. Letztere führten ergänzend dazu persönliche Beratungsgespräche durch, wobei die InteressentInnen nicht nur die formalen Zulassungsvoraussetzungen erklärt bekamen, sondern auch Näheres über soziale Absicherungen und Studienbedingungen erfuhren. Ergänzend dazu wurde 1996 einmal mehr kontinuierliche, zielgruppengerechte Informationspolitik geboten. So waren die Volkshochschulen und der Verband Wiener Volksbildung mit Informationen bei der Studien- und Berufsinformationsmesse in Wien präsent, aber auch bei der Großveranstaltung „Senior aktuell“, da sich gezeigt hat, daß ein wachsendes Interesse älterer Menschen an der Studienberechtigungsprüfung besteht. Ebenfalls Bedeutung besaßen in diesem Zusammenhang gut platzierte Einschaltungen der Volkshochschulen in diversen Zeitschriften, die vor allem potentielle InteressentInnen ansprechen, sowie die im Rahmen der Plakatwerbung für die Volkshochschulen lancierte Imagewerbung für den Zweiten Bildungsweg.

Im Berichtszeitraum wurde weiters ein Planetariumsleiterkongreß in Prag, Budapest und Wien abgehalten, dessen Thema „Sky on Earth. New Techniques – Methods – Perspectives of Astronomy and Space Research in the Planetarium Field“ lautete. Er gestaltete sich zu einem wichtigen Forum des Austausches und der Innovation auf diesem Gebiet.

Als Beitrag zu den umfassenden Millenniumsaktivitäten unternahm die Volkshochschule Favoriten im Rahmen des Symposiums „Herren in Österreich – Vom Absolutismus zur Zweiten Republik. Über typische österreichische Herrschaftsformen und ihre Rechtfertigungsmythen“, welches am 28. und 29. November 1996 stattfand, eine kritische Analyse der verschiedenen Staatsformen, die Österreich im Zuge seiner Entwicklung durchlaufen hat. Behandelt wurden dabei die verschiedenen sichtbaren bzw. nicht sichtbaren Machtträger und die damit zusammenhängenden poli-

tischen und ökonomischen Hintergründe sowie Herrschaftsrituale, die sich, wenn auch in abgeänderter Form, zum Teil bis heute erhalten haben. Im Mittelpunkt standen auch jene entscheidenden Personen und Ereignisse in der Geschichte, die Veränderungen und damit Demokratie ermöglichten.

Unter dem Titel „Agenda 21 – Nachhaltigkeit – Die Herausforderung“ fand fast zeitgleich (vom 27. bis zum 29. November 1996) eine international besetzte Tagung in Wien statt. Ziel der Agenda 21 der Konferenz von Rio ist es bekanntlich, alle wichtigen gesellschaftlichen Kräfte zur Partnerschaft zu bewegen. Im Vordergrund stehen dabei Kooperationen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessensgruppen und die Umsetzbarkeit der Projekte auf regionaler Ebene im Sinne einer planmäßigen Steuerung für die Zukunft. Die Tagung richtete sich an die Allianz von morgen, an die Jugend, an die MultiplikatorInnen der Erwachsenenbildung sowie an Kultur-, Umwelt- und Sozialinitiativen in Europa. Die für Tagungen ungewöhnlich breit definierte Zielgruppe stellte sowohl für die OrganisatorInnen als auch für die TeilnehmerInnen eine Herausforderung dar. Scheinbare Selbstverständlichkeiten mußten hinterfragt und Aufgaben, bei denen ein gemeinsames Vorgehen möglich erschien, gesucht werden. Neben Vorträgen und Workshops wurde den TeilnehmerInnen die Gelegenheit geboten, sich und die jeweilige Organisation „am Markt“ zu präsentieren. Ziel war es, aus TeilnehmerInnen wiederum Akteure zu machen und mit einem Minimum an Aufwand ein Maximum an Information zu bieten.

Viele der als andragogische Projekte begonnenen inhaltlichen bzw. methodisch-didaktischen Innovationen liefern, wie bereits erwähnt, wertvolle Impulse für das Programm der Wiener Erwachsenenbildung. Außerdem sprechen zahlreiche Veranstaltungen erfahrungsgemäß InteressentInnen weit über den unmittelbaren Einzugsbereich einzelner Volkshochschulen hinaus an und finden oft auch ein nicht unbeträchtliches Echo in der Öffentlichkeit.

Für die Realisierung von Vorhaben wie den beschriebenen wurde seitens der Stadt Wien im Jahr 1996 auf Antrag der Abteilung ein Förderungsbeitrag in der Höhe von insgesamt 2,100.000 S zur Verfügung gestellt.

Neben der Initiierung, Unterstützung und begleitenden Kontrolle von Aktivitäten der Wiener Volkshochschulen bestand die Tätigkeit des Referats für Bildungsprojekte im Berichtszeitraum unter anderem auch in der Subventionsabwicklung bei Projekten im Büchereiwesen.

In diesem Zusammenhang zu nennen sind insbesondere die Betreuung von Krankenhaus- bzw. Pflegeheimbüchereien im Wilhelminenspital, im Mautner-Markhof'schen-Kinderspital und im Sozialmedizinischen Zentrum Ost durch den Büchereiverband Österreichs (Förderungsbeitrag: 130.000 S), die Tätigkeit des Vereins der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien (subventioniert mit 730.000 S), zu der unter anderem ein „Hausbesuchsdienst“ für Kranke und Gehbehinderte sowie die Herausgabe der LeserInnenzeitschrift „Neue Wiener Bücherbriefe“ gehören, das mit 380.000 S in Form einer Ausfallhaftung separat unterstützte, dezentral veranstaltete 11. Lesofantfest desselben Vereins – bei dem namhafte Kindertheatergruppen aus dem In- und Ausland mitwirkten – und die während der Sommermonate im Rahmen des Wiener Ferienspiels an mehreren attraktiven Standorten präsentierte Aktion „Lesen im Park“ des Internationalen Instituts für Jugendliteratur und Leseforschung (Subventionsausmaß: 230.000 S) mit animativ wirkenden Aktivitäten unter anderem für junge Menschen mit nicht-deutscher Muttersprache; für die Nachkommen von Zuwanderern konnten zudem in den Wiener Lehrlingsbüchereien Tonträger (Musikkassetten) in Serbisch und Kroatisch bereitgestellt werden (die dafür angefallenen Kosten in der Höhe von 50.000 S teilten sich Wien und der Bund).

Abgerundet wurden die angeführten Projekte noch durch Vorhaben meist kleineren Umfangs zur Versorgung bestimmter Bevölkerungsteile mit Bildungsinhalten, die einschlägig tätige Vereinigungen, materiell und ideell unterstützt durch die Abteilung, durchführten und denen grundsätzlich der Anspruch auf Verwirklichung wesentlicher Aufgaben im Bereich von Bildung und außerschulischer Jugendbetreuung zuzuerkennen ist.

Als Beispiele seien hier etwa

- der vom Burgenländisch-Kroatischen Kulturverein in Wien gestaltete Elementarunterricht in der burgenländisch-kroatischen Muttersprache für Schul- und Vorschulkinder in Wien lebender burgenländischer Kroaten (Förderungssumme: 30.000 S),
- Bildungsprogramme der Evangelischen Bildungswerke A.B. (Förderungssumme: 25.000 S) und H.B. (Förderungssumme: 10.000 S) Wien,
- der Betrieb des Franz-Schubert-Konservatoriums für Musik und darstellende Kunst (Förderungssumme: 350.000 S), des Konservatoriums für Musik und Dramatische Kunst (Förderungssumme für die Sanierung des Klavierbestandes: 78.000 S) und der Ersten privaten Musikschule Hietzing (Förderungssumme: 375.000 S),
- „Mütterseminare“ des Katholischen Familienverbandes der Erzdiözese Wien (Förderungssumme: 45.000 S),
- die Tätigkeit der Hörbücherei des Österreichischen Blindenverbandes (Förderungssumme: 600.000 S),
- Kurse in Esperanto (Förderungssumme: 10.000 S),
- Lehrgänge zur Ausbildung auf den Gebieten Kurzschrift und Maschinschreiben bzw. Tastschreiben auf Computern (Förderungssumme: 50.000 S),
- Italienischkurse der Società Dante Alighieri (Förderungssumme: 25.000 S),
- die mit Vorträgen, Seminaren, Workshops und Konzertaufführungen gekoppelte Abhaltung einer Fortbildungsveranstaltung der Vereinigung der Lehrer für Saiteninstrumente in Österreich (Förderungssumme: 6.000 S),
- diverse Schulungsprogramme für Pflegefamilien (Förderungssumme: 56.000 S),

- Unterstützungsmaßnahmen des Vereins zur Förderung der Modeschule der Stadt Wien (Förderungssumme: 74.000 S) und
- die Arbeitsvorhaben des Vereins zur Geschichte der Volkshochschulen - Österreichisches Volkshochschularchiv (Förderungssumme: 77.000 S) genannt.

Im Berichtszeitraum konnte die MA 13 - Landesjugendreferat viele ihrer bewährten Aktivitäten erfolgreich weiterführen, in der inhaltlichen und graphischen Gestaltung optimieren, damit die Zugkraft der Angebote weiter verstärken und so die Interessen seiner breitgestreuten Zielgruppen noch konkreter ansprechen.

Durch neue und dem aktuellen Trend gemäße Veranstaltungen im Jugendbereich wurden attraktive Ergänzungen der bewährten Programmpunkte erreicht. So wie jedoch der weite Tätigkeitsbereich infolge personeller Veränderungen in der Führung des Landesjugendreferates und des Vereins „Wiener Jugendkreis“ vorerst eher auf die Erhaltung der Kontinuität ausgerichtet war, blieben auch die bisherigen grundsätzlichen Überlegungen, die Zugangsmöglichkeiten zu den Aktivitäten betreffend, weiter aufrecht: Angeboten mit eher konsumativem Charakter, für die - bedingt durch das Selbstfinanzierungsprinzip - ein für viele Bevölkerungsschichten leistbarer finanzieller Beitrag verlangt wurde, standen zahlreiche wie bisher kostenlos in Anspruch zu nehmende pädagogisch wertvolle Vorhaben gegenüber.

Auf Grund des hohen Bekanntheitsgrades und vor allem auch der Attraktivität vieler in Kooperation mit dem Verein „Wiener Jugendkreis“ umgesetzter Großveranstaltungsreihen konnten nennenswerte Sponsorleistungen von diversen Firmen aufgebracht werden. Wesentliche neue Akzente im Interesse zahlreicher junger Initiativen usw. ließen sich durch die Einrichtung des „Aktionsfonds Jugend“ und des „Jugendlokalfonds“ setzen.

Die Vielfalt der von der MA 13 - Landesjugendreferat insgesamt angebotenen Aktivitäten, durch die im Berichtsjahr wieder rund 1,5 Millionen Wiener Kinder, Jugendliche und Erwachsene angesprochen wurden, ist aus dem nachfolgenden Bericht ersichtlich; dieser erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern versucht nur, auf die von Umfang und Bedeutung her wichtigsten Aktivitäten des Referates einzugehen.

Das im Jahr 1996 bereits zum 24. Mal stattfindende „Wiener Ferienspiel“ fand seinen Auftakt wieder mit einem „Ferienspiel-Eröffnungsfest“ am 30. Juni im Wiener Stadtpark. Mit rund 40.000 BesucherInnen, trotz kühlen windigen Wetters, handelte es sich dabei im Berichtszeitraum um die größte Einzelveranstaltung des „Wiener Ferienspiels“.

Der Rückgang in der Gesamtfrequenz von 500.112 BesucherInnen 1995 auf 445.740 BesucherInnen 1996 war auf die schlechte Wettersituation zurückzuführen. Allein bei den „Wasseraktionen“ („Städtische Bäder“, „Auf Floß geht's los“, „Fischen“, ...) wurden um 115.447 weniger BesucherInnen gezählt.

Abgeschlossen wurde das „Wiener Sommer-Ferienspiel 1996“ mit drei Vorführungen des Zirkus „Begnadete Körper“ von André Heller am Wiener Rathausplatz, an denen rund 5.000 BesucherInnen teilgenommen haben. Die Gesamtfrequenz des „Winter-Ferienspiels 1995/96“ ist im Vergleich zum Vorjahr um etwa 18 Prozent gesunken und hat sich mit insgesamt 33.585 BesucherInnen wieder dem langjährigen Durchschnittswert angenähert. Zu Besucherrückgängen kam es bei den üblicherweise gut besuchten Programmen, wie z. B. „Städtische Bäder“, „Komm' ins Kino“, „Erlebnis IMAX“, und ganz allgemein bei der Anzahl der Kontakte am Ferienspielstand, was auf die für die Ferienplanung ungünstigere Verteilung der Feiertage zurückzuführen sein könnte.

Beim „Semester-Ferienspiel 1996“ wurden 62.299 BesucherInnen gezählt. Nach dem sensationellen Frequenzanstieg in den vergangenen Jahren hat sich damit die Besucheranzahl weiter stabilisiert. Vor allem die neuen Sportangebote „Skatelab Remise“, „Sommersport im Winterquartier“ und „Wiener Eistraum“ sind überaus gut angekommen. Auch die wiederaufgenommene Kooperation mit dem Tiergarten Schönbrunn war außergewöhnlich erfolgreich (rund 4.500 BesucherInnen).

Die 1991 erstmals umgesetzten dezentralen „Wien spielt“-Aktivitäten konnten auch 1996 ausgeweitet werden und umfassen bereits 22 Bezirke. „Wien spielt“ wird von den jeweiligen Bezirken organisiert und durchgeführt; der Verein „Wiener Jugendkreis“ unterstützt die Bezirke finanziell, beratend und beim Druck und Versand der Programmhefte. Bei den 2.154 Aktionen für Kinder wurden die Veranstalter mit einer beeindruckenden GesamtbesucherInnenzahl von 72.689 Personen belohnt. Das bedeutet, daß sich die Gesamtfrequenz zum Vorjahr um mehr als das Doppelte gesteigert hat. Die Tendenz, vermehrt Aktionen in Parks anzubieten, hielt weiter an. Im Stadtpark (Innere Stadt) konnten Kinder beim Gießen und Mähen helfen; im Waldmüllerpark (Favoriten) sorgten Gesellschaftsspiele für Unterhaltung, und in vielen Parkanlagen in der Brigittenau war der Kasperlbus der Wiener Kinderfreunde unterwegs. Die Spielzeugausstellungen in den Großkaufhäusern Herzmansky und Gerngroß waren neben den Computerkursen und den Fahrten zum Flughafen die absoluten „Renner“ dieses Jahres.

Über die Angebote der Veranstaltungsreihe „Jugend in Wien“, die mehrfach auf die aktuellen Bedürfnisse und Trends der Jugendlichen ausgerichtet wurde, informierte wieder das monatlich erscheinende gleichnamige Programmheft, das heuer bereits in einer Auflage von rund 40.000 Stück (140.000 Stück in den Ferienmonaten) erschien. Die Programme wurden von den jungen WienerInnen zwischen 13 und 25 Jahren intensiv genutzt, wie die GesamtteilnehmerInnenzahl von 635.000 veranschaulicht.

Im bereits 12. Jahr ihres Bestehens bot diese Veranstaltungsreihe einmal mehr ein breitgestreutes Angebot für Wiener Kinder und Jugendliche, das von den gleichbleibenden Aktivitäten, wie Musik-, Kino- und Sportereignissen, bis hin zu zahlreichen Workshops und Kursen mit unterschiedlichsten Inhalten sowie Informationsveranstaltungen zum

Themenbereich „Ausbildung und Beruf“ reichte. Den herausragendsten Höhepunkt bildete 1996 die Aktion „After dark“, bei der gemeinsam mit dem Kosmos-Kino-Team im unterirdischen Gewölbe des Wienflusses ein Kinofest der anderen Art durchgeführt wurde.

In der 22. Saison des Bandwettbewerbes „Pop-odrom“ stellten insgesamt 223 Gruppen in 29 Einzelveranstaltungen, die sich über rund 2 Monate erstreckten und im „Rockhaus“ abgewickelt wurden, ihr Können unter Beweis. Das Finale wurde zum ersten Mal beim Wiener Donauinselfest auf der Rockhaus-Bühne am 21. Juni 1996 ausgetragen. Bei dieser Veranstaltung, zu der als Stargast die Gruppe „LYNYRD SKYNYRD“ begrüßt wurde, konnte die junge Gruppe „Absurd“ das Publikum begeistern; die Jury hingegen war von der Gruppe „Schockschwerenot“ überzeugt und wählte diese zum „Pop-odrom“-Sieger 1996. Mit über 10.000 BesucherInnen bei den erwähnten 29 Einzelveranstaltungen konnte das „Pop-odrom 1996“ wieder ein erfreulich hohes Publikumsinteresse verzeichnen. Die „Pop-odrom“-Veranstaltungen wurden durch Fortbildungsveranstaltungen in Form von Seminaren für junge Musiker ergänzt.

Die seit 1993 angebotenen Bandproberäume in den Stadtbahnbögen Währinger Gürtel 170–172 wurden auch im Jahr 1996 von vielen jungen Musikern genutzt, da sie hier auf Grund der örtlichen Gegebenheiten keine Beschwerden von Nachbarn, Anrainern usw. befürchten mußten. Viele interessierte junge Gruppen ließen sich bereits auf eine „Warteliste“ setzen, so daß für eine ganzjährige maximale Auslastung der Räume gesorgt wurde. Bis Jahresende 1996 konnten insgesamt 11 Bands die angebotenen Proberäume in Anspruch nehmen.

Die Aktionen „Familiensonntag“ und „Freizeit und Familie“ haben sich in den letzten Jahren für die Zielgruppe Familie als wichtigster „Freizeitprogrammanbieter“ in Wien etabliert. Da sich das Interesse der Wiener Familien sowie der Freizeitpartner und Freizeitanbieter in steigendem Maße zu noch aktuelleren und reichhaltigeren Freizeitmöglichkeiten verlagert, wurde ab Februar 1996 eine neue Programmbroschüre mit dem Titel „Familientage“ herausgegeben, die monatlich zu rund 100 Aktivitäten verschiedenster Art einlädt. So konnte von 1995 auf 1996 eine BesucherInnensteigerung von 120.000 auf 200.000 Erwachsene und Kinder festgestellt werden. Ziel der Aktion war es, Familien dazu zu motivieren, ihre Freizeit – mit Schwerpunkt an den Wochenenden – gemeinsam zu verbringen. Institutionen, Vereine und Organisationen sollten angeregt werden, Aktionen und Aktivitäten zu familienfreundlichen Tarifen und Preisen anzubieten. Als Gegenleistung erhielten die Veranstalter an den Familienaktionstagen einen finanziellen Programmkostenzuschuß sowie mit der Broschüre „Familientage“ (Auflage: 40.000 Stück) und in den Print- und Elektronikmedien eine große werbewirksame Hilfestellung.

Der bereits zum 44. Mal in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium „Österreichischer Jugendredewettbewerb“ veranstaltete „Redewettbewerb“ bot 66 TeilnehmerInnen die Möglichkeit, vor Publikum in freier Rede zu aktuellen Themen Stellung zu nehmen. Die als Preis für die Landessieger durchgeführte „Österreich-Woche“ fand vom 7. bis zum 13. Juli 1996 in der Steiermark statt.

Viele Wiener SchülerInnen konnten ihre musischen Talente im Rahmen der Aktionen „Musik aktiv“ (2.025 Kinder aus 73 Schulen), „Bezirks-Jugendsingen“ (37.165 Mitwirkende bei 191 Veranstaltungen an 10 Tagen, 38.101 ZuhörerInnen), „Chortage“ (17 Chöre mit 409 Teilnehmenden) sowie beim „Schulspiel aktiv“ (10 Gruppen mit 166 TeilnehmerInnen) unter Beweis stellen.

Bei der in den Räumen des Stadtschulrates vom 4. bis zum 9. November 1996 durchgeführten „Bildungsinformationswoche 1996“ wurden 4.300 Schullaufbahnberatungen vorgenommen.

Als neue Veranstaltungsreihe gegen den Mißbrauch von Kindern kann die Aktion der „City Cops“ „Laß Dir nichts gefallen“ angeführt werden. Die MA 13 – Landesjugendreferat/Verein „Wiener Jugendkreis“ veranstaltete mit Unterstützung des Bundesministeriums für Inneres, der Bundespolizeidirektion Wien/Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst und des Stadtschulrates für Wien in den Monaten Oktober bis Dezember 1996 in einigen Wiener Gemeindebezirken Präventionsveranstaltungen für Volksschulklassen zum Thema „Schutz vor sexuellem Mißbrauch von Kindern“. Insgesamt fanden an 14 Aufführungsorten 62 Vorstellungen statt.

Um das politische Bewußtsein der Jugendlichen zu fördern, gab es auch 1996 wieder zwei Sitzungen des „Jungen Gemeinderates“, wobei sich GemeinderätInnen aller Fraktionen und diverser Ausschüsse der Diskussion stellten. Debattiert wurde über Themenbereiche wie Verkehr, Schule, Freizeit/Kultur und Wohnen, an der SchülerInnen aus allen weiterführenden Schulen teilnahmen.

An den Wiener Berufsschulen fand am 14. und am 15. sowie vom 25. bis zum 27. März 1996 neuerlich die Veranstaltungsreihe „Wiener Berufsschülertage“ statt. Zur Diskussion standen Themen aus den Bereichen Arbeitsplätze und Sozialleistungen, Gesundheit, Drogen, Aids, Rechtsextremismus, Kriminalität, Ausländer, Verkehr, Umwelt und Wohnen, aber auch die Situation der Lehrlinge in Beruf, Schule, Freizeit und Gesellschaft betreffende Fragen.

Zu den Nachfolgeaktivitäten der im „Internationalen Jahr der Jugend“ initiierten Vorhaben, die 1996 erfolgreich weitergeführt werden konnten, zählt die Aktion „Bunte Stadt“, in deren Rahmen wieder viele junge WienerInnen dazu beitrugen, das Stadtbild durch verschiedene Flächenbemalungen bunter zu gestalten. Die beliebten „Umweltaktionen“ wurden durch die Aufforstung einer Fläche im 22. Bezirk in der Kirschenallee fortgesetzt, an der gemeinsam mit dem Forstamt der Stadt Wien insgesamt 700 SchülerInnen aus dem Volks- und Hauptschulbereich und aus Kindertagesheimen teilnahmen.

Zu „bezirksorientierten Aktivitäten“ zählten insgesamt 5 Aktionen; die im Rahmen der Wiener Jugendleiterschule angebotenen externen Fortbildungs- und Schulungsmaßnahmen wurden wie bisher in Anspruch genommen.

Im Rahmen der Aktion „Miteinander“ konnten 1996 25 verschiedene eingereichte Projekte genehmigt werden, darunter z. B. integrative Veranstaltungen für Behinderte und Nichtbehinderte, Integrations- und Familienfeste, multikulturelle sowie jahreszeitlich orientierte Kleinveranstaltungen.

Der im Interesse der Wiener Kinder- und Jugendorganisationen geschaffene „Groß-Spielgeräte-Pool“ wurde ergänzt und stand Gruppen, Initiativen, Vereinen usw. in noch stärkerem Ausmaß als bisher zur Verfügung.

Die zur Förderung des Spiels bei Jugendlichen und Familien gegründete Spielebox konnte im Berichtsjahr ihren beiden wesentlichsten Aufgabenbereichen – den dezentralen Spielaktionen und dem Spielverleih – weiterhin in hohem Maße nachkommen.

12.514 Kinder und Jugendliche sowie 5.841 Erwachsene besuchten an 182 Aktionstagen in 15 Wiener Gemeindebezirken 82 Spielaktionen. Unter anderem nahm die Spielebox bei Eröffnungen von Büchereien, Wohnparks und Parkanlagen teil. Aktionen wie Ferienspieltage, Spielefeste, Straßenfeste und Spielwerkstätten fanden ebenfalls wieder regen Zulauf. 1996 wurden seitens der Spielebox 9 Bildungsveranstaltungen sowie 5 Bildungsveranstaltungen zur Computerspielpädagogik durchgeführt. In 62 Unterrichtseinheiten konnten die TeilnehmerInnen in Theorie und Praxis über Inhalte, Methoden und Erfahrungen zu verschiedenen Bereichen der Brettspiel- und Computerspielpädagogik informiert und Beispiele erprobt werden.

Einen zusätzlichen Schwerpunkt bildete im Berichtsjahr die beträchtliche Anzahl an persönlichen (und auch fernmündlichen) Beratungen im Bereich Computerspiel.

Im Rahmen der Entlehnbarkeit der Spielebox wurden insgesamt 14.855 Spiele an 1.765 Interessenten (Private und Jugendgruppen, Schulen, Elternvereine, Initiativen usw.) ausgegeben; die positive Akzeptanz und das große Interesse führten dazu, daß im Berichtsjahr in drei städtischen Büchereien sogenannte „Außenstellen“ der Spielebox eingerichtet wurden.

Die Räumlichkeiten der Spielebox werden während der Öffnungszeiten ganzjährig von Kindern, Jugendlichen, Familien und zunehmend häufiger auch von Kindergruppen genutzt. Angemeldete Gruppen werden fachlich betreut, was 1996 von 42 Kindergruppen und 6 StudentInnen-Gruppen in Anspruch genommen wurde.

In den letzten Jahren ist in Wien ein relativ flächendeckendes Netz von betreuten Spielplätzen entstanden. In 21 Wiener Bezirken wurden insgesamt 69 Parkanlagen bespielt. Die Zielsetzungen der Parkbetreuung sind unter anderem Prävention, Verbesserung des sozialen Klimas und damit Verbesserung der Akzeptanz zwischen den verschiedenen Nutzergruppen, Verbesserung der Spielfähigkeit und der sozialen Kompetenz, Förderung von Eigeninitiativen, Angebotsweiterung sowie Stärkung der Identifikation mit dem Park. Freizeitpädagogische Maßnahmen, wie Spiel- und Sportanimation sowie Kreativangebote, stehen bei der Betreuung im Vordergrund. Auf Trends in der Jugendzene (z. B. Streetball) wird eingegangen; zu neuen, oft noch unbekannteren Aktivitäten wird angeregt. Im Jahr 1996 wurden so in vielen Parkanlagen „Jonglieren“ und „Akrobatik“ zum „Sommerhit“.

Die Tatsache, daß die Parkbetreuung in den vier Jahren ihres Bestehens eine sehr hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung erreicht hat und positive Erfolge verbuchen konnte, hat viele Entscheidungsträger in den Bezirken von deren Bedeutung überzeugt. Dies läßt sich auch aus der kontinuierlichen Erweiterung des Betreuungsangebotes ablesen. 1996 konnten in 21 Bezirken von 25 Teams 69 Parkanlagen kontinuierlich betreut werden. Insgesamt wurden 3.211 Aktionseinsätze mit einer jeweiligen Dauer von 3 bis 4 Stunden mit festgesetzten Zeiten durchgeführt.

Die Entlehnung von Materialien an Organisationen, Schulen bzw. Elternvereine konnte im Berichtsjahr ein weiteres Ansteigen verzeichnen (369 Organisationen/133 Schulen/6.036 Entlehnungen).

Für 81 Aktionen/Eigenveranstaltungen der MA 13 – Landesjugendreferat wurden insgesamt 969 Geräte bereitgestellt. Durch Neuanschaffungen konnte das Angebot des Geräteverleihs weiter vergrößert werden. Entlehnerfreundliche Öffnungszeiten werden diesem steigenden Bedarf auch in Zukunft Rechnung tragen.

Mit der erfolgten Renovierung der Räumlichkeiten der Materialverwaltung wurde auch eine dem modernen Servicecharakter entsprechende nutzerorientierte Stadt-Wien-Einrichtung geschaffen und bestehenden Sicherheitsauflagen Rechnung getragen. Anfang Oktober konnte in die neugestalteten Räume Einzug gehalten werden.

Im Jahr 1996 verzeichnete die Jugend-Info in der Bellaria-Passage rund 68.000 Kontaktaufnahmen, um 11.000 mehr als im Vorjahr. Das sind durchschnittlich rund 1.300 Kontakte im Monat bzw. 217 Kontakte am Tag. 65 Prozent der Personen wandten sich persönlich an die Jugend-Info, wobei es sich um Jugendliche zwischen 17 und 25 Jahren handelte. Schwerpunktberatungen fanden zu folgenden Themen statt: Zivildienst, Berufsbildende Schulen, Gründung einer Nachwuchsband, Bewerbung um einen Ferienjob, Arbeiten in einem Land der EU, Tips und Infos für Rucksacktouristen.

Im Rahmen der „Check it out-days“ berieten im September und Oktober Fachleute der Arbeiterkammer-Bildungsberatung, des BIWI (Berufsinformation der Wiener Wirtschaft), des Schulpsychologischen Dienstes, des Arbeitsmarktservice Jugendliche sowie von „Amandas Matz“ über Hauptschulabschlußkurse, neue Lehrberufe, persönliche Bildungswegplanung, Ausbildungs- und Berufschancen, Kurse und Qualifizierungsmaßnahmen sowie Berufe für Mädchen.

Im November und Dezember informierten ProfessorInnen und SchülerInnen über technische und kaufmännische Schulen, Krankenpflegeberufe sowie Schulen für Wirtschaftliche Berufe, Tourismus und Modeschulen.

Durch das Ticketservice der Jugend-Info wurde wieder vielen Tausenden jungen WienerInnen der Besuch von Musikveranstaltungen und anderen Events ermöglicht, wobei zum Teil auch der Kartenverkauf für eigene Veranstaltungen durch die Jugend-Info übernommen wurde.

Die Teilnahme an der Studien- und Berufsinformationsmesse in der Stadthalle, bei der mehr als 1.000 Jugendliche erreicht wurden, war bisher die größte Aktion der Jugend-Info.

Die Antirassismuskampagne des Europarates wurde auch 1996 unterstützt, indem ihre Materialien aufgelegt wurden. Auch bei vielen anderen jugendorientierten Veranstaltungen wie z. B. der Arbeitsgruppe „Freizeit und Kultur“ und der Ausstellung „Wiener Wohnraum“ war die Jugend-Info vertreten.

In eigenen Publikationen zu Themenbereichen wie z. B. Ferienjob '96, Informationen zum Pflichtpraktikum, Kids-Reisen, Sozial-Arbeiten, Basketball-Outdoor u. ä. m. wurde die Informationsarbeit dieser Einrichtung für die Jugend ergänzt.

Das auch früher bereits rege Interesse der Schulen an Vormittagsprogrammen im Kinder- und Jugendfilmzentrum „Kosmos-Kino“ hielt im Berichtsjahr weiter an: Besucherzuwächse bestätigten deren medienpädagogische Relevanz. Erstmals wurden im Rahmen derartiger Veranstaltungen professionelle „Filmanalysen“ angeboten. Der verstärkte Einsatz von Originalfassungen, vielen Klassikern und eher unbekanntem Filmen fand lebhaften Anklang beim jugendlichen Publikum und auch verstärkt bei LehrerInnen. Mit dem „Internationalen Kinderfilmfestival 1996“ wurde wieder bewiesen, daß sich der gute internationale Kinderfilm bei Kindern und bei Erwachsenen noch immer großer Beliebtheit erfreut.

Die Koordination der Programme mit den „Jugend in Wien“-Aktivitäten wurde intensiviert; Höhepunkt dieser Bemühungen war 1996, wie bereits weiter oben erwähnt, das herausragende Kinoereignis „After dark“ – das Filmfest am Wienfluß. Auf dem Programm standen Filme, die sich allesamt um merkwürdige Ereignisse und die dunklen Seiten des menschlichen Daseins drehten. 5.312 BesucherInnen stiegen zum Wienfluß hinab, um die unvergleichliche Stimmung dieses Ortes zu erfahren.

Durch eine Neugestaltung des Programmheftes konnte die Gliederung des Instituts für Freizeitpädagogik in die Bereiche Wiener Jugendleiterschule, Medienpädagogik, Spielpädagogik und Studiengänge sowie Dokumentation/Bibliothek im Jahr 1996 noch transparenter gemacht werden.

Vor allem für die Zielgruppe der ehrenamtlichen JugendleiterInnen bot die Wiener Jugendleiterschule wieder vielfältige Fortbildungsveranstaltungen zu den verschiedensten Themenbereichen, wie Projekt- und Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Konflikte, Pädagogik, Büromanagement und Märchen, an. Insgesamt nahmen an den 14 Seminaren, 17 Methodentagen, 8 Kreativwerkstätten und 2 Lehrgängen 803 JugendleiterInnen teil.

Der Bereich der Studiengänge wendet sich vorrangig an Institutionen, Organisationen und Vereine, die Freizeitaktionen für Menschen gleich welcher Altersgruppe bzw. Nationalität durchführen.

1996 mußte festgestellt werden, daß – bedingt durch verschiedene finanzielle Kürzungen – die jeweiligen DienstgeberInnen die Seminarteilnahme einzelner MitarbeiterInnen kaum förderten. Langfristige Lehrgänge, wie Theaterpädagogik, Kommunikation usw., erfuhren durch die DienstgeberInnen keine Unterstützungen, weder durch Dienstfreistellungen noch durch Übernahme der Kursbeiträge. So wurde seitens der Abteilung „Studiengänge“ versucht, vermehrt kurze Fortbildungseinheiten – wie Info-Abende – anzubieten. Im Berichtsjahr konnten trotzdem ein Lehrgang, 12 Seminare, 19 Methodentage, 4 Workshops und andere Fortbildungsveranstaltungen abgehalten werden. Themenschwerpunkte dieser Veranstaltungen waren etwa Rhetorik, Musik, Prozeßanalyse, Öffentlichkeitsarbeit sowie Kinder- und Jugendbetreuung. Insgesamt nahmen daran 894 InteressentInnen teil.

In der Bibliothek des Instituts wurden 1996 durchschnittlich 166 Bücher pro Tag entlehnt. Der Einsatz neuer Datenträger und Informationsmedien wird in nächster Zeit unerlässlich sein, wenn die Abteilung „Dokumentation“ als anerkannte Fachbibliothek wirken soll.

Das „Bildungszentrum“ ist nun seit vier Jahren in Betrieb. Es wurde nicht nur für eigene Seminare und Veranstaltungen genutzt; immer häufiger meldeten sich auch Institutionen und Organisationen, welche die Räumlichkeiten für ihre Fortbildungsveranstaltungen nützen wollten. Prinzipiell werden dabei Jugendorganisationen bevorzugt. Vereine und Institutionen der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit können in der betriebsarmen Zeit – so kein Eigenbedarf besteht – die Räumlichkeiten verwenden. Die Hilfestellungen für den Seminarbetrieb und die fallweise Aushilfe mit Geräten und Materialien stießen 1996 auf ein sehr positives Echo.

Im Medienzentrum konnten auf dem Sektor der Multiplikatoren- und Multiplikatorenausbildung die bisherigen Bemühungen durch bewährte Veranstaltungen wie den Grundkurs „Medienerziehung“ sowie durch Seminare und Methodentage fortgeführt werden. Zu den Arbeitsschwerpunkten zählten die „3. Videoclip-Werkstatt“ in Zusammenarbeit mit „Jugend in Wien“, 4 You, eine Zeitung von Lehrlingen für Lehrlinge, und die Herausgabe einer „Toleranz-CD“, die gemeinsam mit Jugendlichen aus dem 16. Bezirk und bekannten österreichischen Rockmusikern produziert wurde und deren Reinerlös dem Wiener Integrationshaus zugute kommt.

Im Workshop-Bereich konnte eine enorme Nachfrage sowohl bei den Gruppen der 13- bis 16jährigen als auch der 16- bis 19jährigen verzeichnet werden. Aber nicht nur Workshops zu den aktuellen Themenbereichen „Rock & Pop“, darunter das „Band ABC“ oder „Tonstudio-Tage“, waren sehr rasch ausgebucht, sondern auch Mädchenspezifische Veranstaltungen erfreuten sich großer Nachfrage.

Zu besonders gelungenen Projekten zählten die Video-Produktionen „Heißes Pflaster – Skater in Wien“ und „Das Böse in der Gesellschaft“, eine Selbstdarstellung jugendlicher Punks.

Das VideoMobil (ViMo) hatte 1996 Hochbetrieb, da wegen der Renovierung des Medienzentrums viele Aktivitäten nach außen verlagert werden mußten. Mit Verleih und Großveranstaltungen konnten die MitarbeiterInnen des Medienzentrums im Berichtsjahr 4.798 Personen bei 802 Einzelaktivitäten bzw. Einsätzen betreuen.

In den Bereichen „Pädagogik und Jugendpolitik“ sowie „Internationale Kontakte“ ermöglichte die intensive Einbindung in das EU-Programm „Jugend für Europa“ im Rahmen der Österreichischen Nationalagentur „Interkulturelles Zentrum“ die Verwirklichung von zahlreichen Austauschprojekten, die von Wiener Jugendorganisationen bzw. von Institutionen der Jugendarbeit zwecks Ko-Finanzierung durch die EU eingereicht wurden.

Mit dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie fand eine enge Zusammenarbeit statt, und zwar betreffend den „Europäischen Freiwilligendienst“, die Vorbereitung für das Jahr der Österreichischen EU-Präsidentschaft in der zweiten Hälfte 1998, wo die Arbeitsschwerpunkte im Bereich der Partizipation und Prävention liegen sollen, die Entwicklung eines Projektes im Bereich der Jugendleiterausbildung für Roma- und Sinti-Jugendliche, die Teilnahme an Arbeitssitzungen für die Auslotung von Vernetzungsmöglichkeiten verschiedener Träger in der Jugendarbeit, die Maßnahmen gegen den sexuellen Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen sowie die Erarbeitung von Wegen und Maßnahmen zur Gewaltprävention.

Die Mitarbeit im Österreich-Komitee der Europaratskampagne gegen Rassismus, Xenophobie, Antisemitismus und Intoleranz ermöglichte die Verwirklichung etlicher Projekte. Spezieller Schwerpunkt des Jahres war die Abhaltung der Eröffnungssitzung des Weltjugendforums der Vereinten Nationen im Wiener Rathaus, an welchem NGOs (non-governmental organizations) fast aller UNO-Mitgliedsländer vertreten waren. Die anwesenden Jugendlichen versuchten, Lösungen, Visionen und Pläne für die anstehenden bzw. voraussichtlichen Probleme des nächsten Jahrtausends zu entwickeln.

Die Kontaktveranstaltungen im internationalen Bereich wurden im Berichtszeitraum auf dem Sektor des Austauschs von ExpertInnen sowie MitarbeiterInnen aus der kommunalen Jugendarbeit weitergeführt. Zu unterschiedlichsten Themenbereichen konnten in verschiedensten Ländern (z. B. Türkei, Deutschland, Rußland, Israel, Frankreich, Ungarn, Palästina und Bosnien) Kontaktmöglichkeiten hergestellt werden.

11.032 JungbürgerInnen des Jahrgangs 1977 wurden im Berichtsjahr zum Eröffnungsevent der ersten Jugendmesse, der „Welt der Jungen WienerInnen“, am 19. September 1996 auf dem Wiener Messegelände eingeladen. Als „Eintrittskarte“ erhielt dieser Personenkreis eine persönliche Telefonwertkarte, die auch zum Besuch der Jugendmesse an den anderen Veranstaltungstagen berechnete. Zusätzlich wurden die JungbürgerInnen am 19. Oktober 1996 zu einer Baumpflanzung in Wien 21, im Aufforstungsgebiet Thayastraße 5 und Gaswerk Leopoldau, eingeladen, um das Umweltbewußtsein und die Bereitschaft für mehr Engagement der Jugendlichen zu fördern.

Im Bereich der außerschulischen Jugendbetreuung wurden für 1996 Förderungsmittel in der Gesamthöhe von 226.441.655 S veranschlagt.

Der mit 118.385.000 S größte Teil dieser Förderungsbeträge erging an den für die Führung und den Betrieb der bestehenden kommunalen Jugendzentren in Wien zuständigen „Verein Jugendzentren der Stadt Wien“, der damit auch Objekterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen in Jugendzentren durchführen konnte.

Für die Errichtung eines neuen Jugendtreffs in Containerbauweise im Bereich Mitterhofergasse/Floridsdorf erhielt der Verein eine Zusatzsubvention von 3.300.000 S.

Dem Verein „Wiener Jugendkreis“ wurden 1996 zur finanziellen Abwicklung und organisatorischen Unterstützung der von der MA 13 – Landesjugendreferat mitorganisierten Aktionen, Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten Förderungsmittel in der Gesamthöhe von 53.065.000 S zuerkannt. Diese Förderungsmittel ermöglichten dem Verein die Umsetzung der zahlreichen für Kinder, Jugendliche und Familien konzipierten Aktivitäten. Mit weiteren Förderungsmitteln in der Höhe von insgesamt 1.556.000 S konnten Präsentationsprojekte und Sonderaktionen ebenso wie die seit Jahren gepflogenen Schülerkontaktprogramme fortgeführt werden.

Zur Umsetzung der neuen Jugendprojekte in der Messehalle 32 wurden dem Verein im Berichtsjahr Förderungsmittel in der Höhe von insgesamt 4.500.000 S gewährt.

Mit den für den Umbau seiner Objekte in 7, Zieglergasse 49 (Medienzentrum), bzw. 8, Hamerlingplatz 1 (Zentrallager), zur Verfügung gestellten Förderungsmitteln konnte der Verein auch Sicherheitsauflagen erfüllen und den genannten beiden Einrichtungen ein modernes, jugendgerechtes Erscheinungsbild verleihen.

Durch die Schaffung des „Fonds zum Ausbau und zur Erhaltung von Jugendlokalen“ bzw. dessen Dotierung mit Förderungsmitteln in der Höhe von 1.000.000 S wurde erstmals eine Möglichkeit zur Adaptierung von Jugendlokalen für alle Wiener Jugendinitiativengruppen usw. eingerichtet.

Zur Unterstützung junger aktueller Aktivitäten auf unbürokratische Art wurde der „Projektfonds Jugend“ (2.000.000 S) installiert.

Der Bereich der Einrichtungen mit soziokulturellem und sozialpräventivem Charakter konnte mit 13.900.700 S verstärkt gefördert und ausgebaut werden. Die auf diesem Gebiet tätigen Gruppierungen, Verein „Kugel“, „Kids Company“, „Zeit!Raum“, „Bassena“, „Alte Fleischerei“ usw., intensivierten ihre Betreuungstätigkeiten im Gürtelbereich in Teilen des 15. und des 12. Bezirks. Durch die Unterstützung derartiger Vereinigungen, die größtenteils auch EU-Förderungsmittel erhalten sollen, wurde der Bereich der mobilen Jugendsozialarbeit auf eine neue Basis gestellt.

Mit diesen Einrichtungen, aber auch mit der Installierung von jugendbetreuenden Einrichtungen an Wiener Berufsschulen versucht man bestimmten Entwicklungen im Bereich randständiger Jugendlicher vor allem in alten, dichtbevölkerten Siedlungsbereichen präventiv entgegenzuwirken.

Die Aktivitäten der im „Österreichischen Bundesjugendring“ vertretenen Wiener Landesverbände der Kinder- und Jugendorganisationen sowie der Grünalternativen Jugend Wien wurden mit einem Gesamtbetrag in der Höhe von 5.000.000 S (Basisförderung) unterstützt.

Für sonstige Jugendklubs und -zentren anderer Trägerorganisationen, darunter z. B. das „Zentrum Aichholzgasse“, der Club „Alpha“ oder der Verein „BIKU“/Zentrum „ega“, aber auch für kleinere Organisationen wie z. B. die „1. Wiener Kindergalerie Lalibela“ oder den „Freizeitklub Wagenrad“ standen Subventionen in der Gesamthöhe von 11.329.000 S zur Verfügung. Für Jugendgruppen im Bereich der Alternativszene, darunter das Zentrum Spittelberg (Amerlinghaus) oder der Verein „Forum Wien – Arena“, wurden Subventionen in der Höhe von 6.400.000 S beantragt. Der Verein „Rosa Lila Tip“ wurde mit einer Subvention in der Höhe von 250.000 S unterstützt.

Die zur Förderung des musikalischen Verständnisses der Wiener Jugend von verschiedenen Trägern gesetzten Aktivitäten, darunter vor allem die Aktionen „Musik hören – Musik verstehen“ sowie die früher vom Verein „Jugend musiziert“/Leoben durchgeführten und im Jahr 1996 vom neugegründeten Förderverein „Musik der Jugend“ übernommenen Agenden, die mit Förderungsmitteln von insgesamt 2.856.131 S unterstützt wurden, vervollständigen den Katalog der Förderungsmaßnahmen im Bereich der MA 13 – Landesjugendreferat.

Bei den Wiener Städtischen Büchereien wurden im Berichtszeitraum 5.279.553 Entlehnvorgänge registriert; gegenüber 1994 (5.105.777) bedeutet das einen leichten Anstieg der Lesefrequenz um 3,4 und gegenüber 1995 (5.124.607) eine Erhöhung um 3 Prozent.

Die Einnahmen bei den Benützungsgebühren sind – trotz renovierungsbedingter Sperre einiger großer Zweigstellen über mehrere Monate hinweg – gegenüber 1994 (3.732.812 S) um 6,6 Prozent und gegenüber 1995 (3.939.983 S) um 1 Prozent auf 3.979.800 S gestiegen.

Durch die vermehrte Entlehnbereitschaft und den damit verbundenen intensivierten Buchumlauf kam es zu einem Anstieg bei den Einnahmen für Mahnungen und Kostenersätze: Sie sind gegenüber 1994 (1.421.164 S) um 10 Prozent und gegenüber 1995 (1.483.055 S) um 5,4 Prozent auf 1.563.152 S gestiegen.

Die Einnahmen aus Benützungsgebühren und Kostenersätzen für Mahnungen sind gegenüber 1994 (5.153.976 S) um 7,55 Prozent und gegenüber 1995 (5.423.038 S) um 2,21 Prozent auf 5.542.952 S gestiegen.

Die Subvention des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten für den Ankauf von Büchern betrug 1.400.000 S.

Im Ekazent Simmering in 11, Simmeringer Hauptstraße 96a, wurde bis Ende April 1996 ein rund 500 m<sup>2</sup> großes, für Büchereizwecke überaus gut geeignetes Geschäftslokal adaptiert. Die notwendigen Einbauten, wie Naßzellen, Arbeitsraum, Abstellraum, Beleuchtung, Rasterdecke, Portal und Klima/Heizung, wurden bis Ende März fertiggestellt. Das Lokal wurde anschließend mit Büchereimöbeln ausgestattet. Diese waren großteils bereits 1995 beschafft und eingelagert worden. 1996 mußten noch die Regalausstattung ergänzt sowie eine Küchenverbauung, ein Fernsehgerät plus Videorecorder und Präsentationsmöbel erworben werden. Die neue Zweigstelle wurde im 3. Quartal des Berichtsjahres mit den Beständen aus den zu klein gewordenen Zweigstellen in 11, Lorystraße 35–37, sowie in 11, Zippererstraße 14, besiedelt und damit das Medienangebot in Wien-Simmering erheblich verbessert. Die neue Bücherei hat den Betrieb über EDV am 10. Februar 1997 aufgenommen.

Ebenfalls in Wien-Simmering wurde ein Projekt im Wohnbaugebiet Leberberg, 11, Rosa-Jochmann-Ring 5, von der Wohnbauabteilung übernommen und mit Büchereimöbeln ausgestattet. An der Peripherie im 11. Wiener Gemeindebezirk sind nämlich großflächige Wohnhausanlagen entstanden, für deren Bewohner neben diversen Bildungs-/Kultur- und Serviceeinrichtungen nun auch eine moderne Städtische Bücherei, die voraussichtlich im Frühjahr/Sommer 1997 ihren Betrieb aufnimmt, zur Verfügung stehen wird. Durch die Verlängerung der Straßenbahnlinie 71 ist auch eine gute Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel gegeben.

Mit einer Gesamtfläche von 330 m<sup>2</sup> auf zwei Ebenen vermittelt das Lokal sowohl einen geräumigen als auch einen innenarchitektonisch ästhetischen Eindruck. Für die Inneneinrichtung wurde ein Regal-System in Massivholzbauweise aus Buche, farblos lackiert, gefertigt. Die Doppelregale sind teilweise mit feststellbaren Rädern ausgestattet, um bei Veranstaltungen kurzfristig das Raumangebot vergrößern zu können. Weiters wurden eine Computertheke, Lesetische, bequeme Sitzgelegenheiten, eine Küchenverbauung sowie verschiedene Kleinmöbel angekauft. Der Arbeitsraum konnte ebenfalls zweckmäßig eingerichtet werden. Zusätzlich wurden für die Bücherei diverse Elektrogeräte angeschafft.

Die Sanitärräume sind behindertengerecht ausgestattet.

Die neue Zweigstelle wird in den EDV-Verbund der Städtischen Büchereien integriert, womit auch der Buchbestand aller Zweigstellen über OPAC-Bildschirme zugänglich und bestellbar sein wird. Das zu klein gewordene Lokal in 11, Kaiser-Ebersdorfer-Straße 332, soll im Gegenzug dafür aufgelassen werden.

Für den Stadtteil Penzing wurde auf dem Grundstück Hütteldorfer Straße – Heinrich-Collin-Straße – Ameisbachzeile ein Projekt für eine Bezirksbücherei Penzing eingereicht. Im Fall einer positiven Erledigung soll das Lokal die Bestände der ungünstig gelegenen Zweigstellen in 14, Hickelgasse 4–6, und 14, Penzinger Straße 150–166 (wegen eines Garagenprojektes bereits geschlossen) in guter Verkehrslage vereinen.

In der Stützpunktbücherei in 19, Billrothstraße 32 (sie besteht aus zwei getrennten Lokalen), wurde die erste Phase einer kompletten baulichen Sanierung und Neumöblierung abgeschlossen. Im Detail konnte der technische Standard mit einer neuen Beleuchtungsanlage deutlich angehoben werden. Außerdem ließ die Fachabteilung eine Ausmalung, die Verlegung eines neuen Bodenbelages und den Einbau neuer Jalousien durchführen. Die Regale wurden in Massivholzbauweise aus Buche gefertigt und sind farblos lackiert. Aus Budgetmitteln für das Jahr 1997 wird im unmittelbar angeschlossenen zweiten Lokal, neben den schon erwähnten Verbesserungen, eine zweite WC-Anlage installiert. Zusätzlich wurde eine neue Kleinküche erworben bzw. angeschlossen. Ferner sind (ebenfalls aus Budgetmitteln 1997) funktionelle Büromöbel und Lesetische mit dazugehörigen Stühlen geplant. Voraussichtlich im Frühsommer 1997 ist mit einer Aufnahme des Entlehnbetriebes zu rechnen, der die Integration in das EDV-System, die Neuaufstellung der Bücher und ihre EDV-Adaption voraussetzt.

Die Städtische Bücherei 23, Willergasse 10, wurde komplett saniert (Zwischendecke mit Rasterspiegelleuchten, neuer Stromverteilerkasten, neuer Bodenbelag, Ausmalung). Zudem wurden das Büro neu eingerichtet und diverse Kleinmöbel angeschafft.

Zu weiteren Schwerpunkten in der Inventarverbesserung gehörten folgende Maßnahmen:

Die Städtische Bücherei in 3, Erdbergstraße 5–7, wurde im Sommer 1996 mit den Medien aus dem Lokal Kundmannngasse besiedelt; nach dem ergänzenden Ankauf eines zusätzlichen Anbauelements zu einem vorhandenen Geschäftspult, eines Fernsehgeräts plus Videorecorder, diverser Kleinmöbel und zweier Leuchtschilder wurde der Betrieb nach der EDV-Installation gegen Jahresende aufgenommen. In der Städtischen Bücherei in 5, Pannaschgasse 6, wurden eine großflächige Anschlagtafel für Informations- und Werbezwecke, ein Fernsehgerät plus Videorecorder für Veranstaltungen (die Videocassetten mußten überprüft werden) sowie ein Leuchtschild ergänzt. In der Städtischen Bücherei in 16, Grundsteingasse 48–56, wurde eine Ausmalung durchgeführt. Außerdem wurden diverse Inventarverbesserungen vorgenommen (große Anschlagtafel, Schiebetürschrank, Sitzmöbel usw.). In der Städtischen Bücherei in 19, Heiligenstädter Straße 155, wurden die alten, defekten Büromöbel durch neue ersetzt. Eine Kleinküche wurde ebenfalls angeschafft. In der Zentrale der Städtischen Büchereien – 8, Skodagasse 20 – konnte die Neumöblierung fortgesetzt werden. Drei Referate (Personal-, Budget-/Verwaltungsreferat und Kanzlei) wurden ausgemalt und neu eingerichtet. Um den Datenschutzbestimmungen entsprechen zu können, wurde ein leistungsfähiger Aktenvernichter angekauft.

Zur sicheren Aufbewahrung der DAT-Bänder usw. wurde für das EDV-Referat ein feuerfester Datenträgerschrank erworben. Die Bücherwagen – ein für die Praxis wichtiger Arbeitsbehelf – sind in zunehmendem Maße desolat geworden und wurden in 12 Zweigstellen sowie in der Zentrale/Hauptbücherei gegen neue robuste und stabile Modelle ausgetauscht. Insgesamt wurden 24 Stück Bücherwagen angekauft, wovon 5 Stück auf die Zentrale/Hauptbücherei entfallen.

Durch eine Erhöhung des Budgetansatzes waren die Städtischen Büchereien in der Lage, nunmehr sämtliche Zweigstellen inklusive der Zentrale/Hauptbücherei mit Verbandskästen auszustatten. Die für den laufenden Betrieb der Büchereien nötigen Instandhaltungsarbeiten, Sicherheitsüberprüfungen der elektrischen Anlagen und kleineren Sanierungsanschaffungen wurden getätigt, unter anderem Drehsessel, Tische, Rollcontainer, Folien-Einschweißgeräte, Diaprojektoren, Stereo-Cassettenrecorder mit integriertem CD-Player, Staubsauger, Feuerlöscher usw., erworben bzw. erneuert und Reparaturen jeder Art am Mobiliar, den Sanitär- und elektrischen Anlagen beauftragt.

Die Anzahl aller verfügbaren Medien per Stand 12/96 betrug 1,314.437 Exemplare (Bücher, Zeitschriften, Tonkassetten, CDs, audiovisuelle Medien). 1996 konnten um 16,936.000 S Bücher und Zeitschriften angekauft werden – das bedeutet eine Steigerung in der Höhe von 2,854.000 S gegenüber dem Vorjahr. Für den Ankauf von audiovisuellen Medien stand ein Betrag von 1,566.000 S zur Verfügung.

Im Berichtsjahr wurde von der Landesbildstelle Wien ein neues Medienverwaltungsprogramm installiert, mit dem auch die neuen Medienkataloge für die Mittelstufe erstellt werden konnten, die Anfang des Jahres an die Schulen ausgeliefert wurden. Das Programm, basierend auf dem Datenbanksystem ACCESS, erlaubt eine wesentlich schnellere und gezielte Recherche.

Im Bereich der Videoproduktion wurde ein neues Bildbearbeitungsprogramm angeschafft, das nunmehr auch einen digitalen Bildschnitt ermöglicht. Nach entsprechender Praxiserfahrung der MitarbeiterInnen können in der Folge beträchtliche Kosten für Studioschnittplätze eingespart werden.

Im Fotobereich wurde durch den Ankauf eines leistungsfähigen Fachprinters der Engpaß in der Fotoausarbeitung – für 6 Fotografen stand nur ein Printer zur Verfügung – behoben werden. Dies wirkt sich auch in wesentlich kürzeren Lieferzeiten für die Kunden aus.

Auch im Wirtschaftsreferat konnte durch die endlich erreichte Installierung eines Personalcomputers die Arbeit mittels Nutzung der EDV effizienter gestaltet werden.

Im Bereich der Pädagogik wurde das Schuljahr 1996/97 zum Jahr der Medien erklärt und dieses mit einer Großveranstaltung im Wappensaal des Rathauses durch Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska eröffnet. Die Veranstaltung, die das breite Spektrum der Medienerziehung aufzeigte, erhielt großen Zuspruch und ebensolche Anerkennung.

Mitte Mai fand die Konferenz der Landesbildstellenleiter der Bundesrepublik Deutschland, Südtirols und Österreichs unter dem Vorsitz des Leiters der Landesbildstelle Wien im Hotel Ibis in Wien statt. Schwerpunkt dieser

zweitägigen Konferenz waren die Erörterung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Telekommunikation und des Informationsaustausches sowie der Möglichkeiten der Kooperation im Bereich der Medienproduktion und -distribution.

Weiters konnten die wesentlichen Vorbereitungen für die Einbindung der Landesbildstelle in das Internet-Projekt „Schulkommunikationsnetz“ getroffen und die dafür notwendigen Strukturen und Installationen eingerichtet werden.

Im Produktionsjahr 1996 wurden vom Referat Film- und Videoproduktion 8 Filme fertiggestellt, 3 Produktionen weiterbetreut und zu einigen Fremdproduktionen Beiträge geleistet. So konnte mit dem Bildmaterial der Landesbildstelle Wien zum Thema „Stadtmaulwürfe“ eine eigene Sendung des „Confetti-TV“ ausgestrahlt werden, in welcher die Edition „Stadt im Spiegel“ der Landesbildstelle vorgestellt wurde.

Im Auftrag von Wohnbaustadtrat Faymann entstand eine Produktion „Artmedia Berlin“ zum Thema „Wohnen in Wien“, wobei auch hier auf Filmmaterial der Landesbildstelle zurückgegriffen wurde. Für die Fernsehsendung „Universum“ wurde ein Beitrag der Landesbildstelle zum Thema „Entdecker“ gesendet, der die wissenschaftliche Arbeit von Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Starmühlner zeigt. Hervorzuheben ist noch die Zusammenarbeit mit dem holländischen TV und dem Sender ARTE, die in einer Serie über Österreich auch das im Besitz der Landesbildstelle befindliche Originalmaterial von Karl Kraus verwendeten.

Die „Große Produktion“ des Jahres 1996 war jedoch die Gesamtdokumentation über die Wiener U-Bahn-Linie 6. Mit dem 37 Minuten dauernden Film über Geschichte, Gegenwart und Zukunft dieser längsten U-Bahn-Linie Wiens, in welchem historische Begebenheiten in Spielhandlungen nachgedreht wurden, ist ein weiterer Höhepunkt in der U-Bahn-Dokumentation der Landesbildstelle geschaffen worden. In Zusammenarbeit mit dem Konservatorium der Stadt Wien entstanden Videodokumentationen von hervorragenden Aufführungen in den Bereichen Show, Sprechtheater, Oper und Operette, die unter anderem für die weitere Ausbildung in diesen Fächern eingesetzt werden.

Ein musikalisches Thema ganz anderer Art wurde in dem Unterrichtsvideo über ein Instrument der australischen Ureinwohner, das Didgeridoo, gestaltet. Zuletzt wurde mit „New Housing in Vienna“ die englische Version des Filmes „Wiener Wohnbauwirklichkeiten“ im Jahr 1996 produziert.

Die Höhepunkte der Fotodokumentationen des fotografischen Dienstes waren:

- Eintragung des norwegischen Königspaares und der norwegischen Ministerpräsidentin in das Goldene Buch der Stadt Wien
- Empfänge des Bürgermeisters für Bundespräsident Dr. Klesstil und Teddy Kollek
- Verleihung von Ehrenzeichen an Lorin Maazel, Richard Chamberlain und Einzi Stolz
- Begräbnisse: Josef Meinrad, Gottfried von Einem, Ljuba Welitsch, Hans Peter Heinzl

Die Aufträge der einzelnen Fachabteilungen und Betriebe der Stadt Wien wurden nach Maßgabe der vorhandenen Kapazitäten erledigt.

Für den Bereich Stadtentwicklung konnten wieder Fotoflüge durchgeführt werden. Ebenso wurde die fotografische Dokumentation des U-Bahn-Baus fortgesetzt.

Die Digitalisierung des Fotoarchives ist bedauerlicherweise etwas ins Stocken geraten, da noch keine Genehmigungen für die erforderlichen Hardware-Anschaffungen vorliegen. Der technische Dienst hat 750 neue Geräte justiert, inventarisiert und zur Auslieferung gebracht. 654 Geräte wurden entweder begutachtet oder repariert, wobei die Reparaturen von Audio- und Videogeräten erstmals verstärkt durchgeführt werden konnten, da durch eine Postenachbesetzung im technischen Dienst nunmehr ein Radio- und Fernsehmechanikermeister zur Verfügung steht. Mitarbeiter des technischen Dienstes betreuten auch die Kinovorführungen für die Begutachtungskommissionen und Schulklassen, Präsentationsveranstaltungen im Rathaus und den technischen Teil der AV-Kustodenschulungen. Weiters wurden die Geräteentlehnungen vorgenommen und die Entlehngeräte überprüft sowie gewartet. Schwerpunkt war der Ausbau des Geräteangebotes im Audiobereich. Dies ermöglicht nunmehr Schulen, auch für Präsentationen in größeren Räumen eine entsprechende Beschallungsanlage zu entleihen. Ferner wurden Geräte für die Schülerradioarbeit angeschafft. Zusätzlich konnte durch den Ankauf von LOMO-Fotoapparaten auch das Angebot im Fotografiebereich erweitert werden. Mit 1.193 Geräteentlehnungen wurde gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von über 100 Prozent erreicht.

Im Medienverleih ließ sich gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 9 Prozent erzielen, und dies, obwohl durch eine Aktualisierung des Angebotes im neuen Medienkatalog nur noch 8.000 von bisher 30.000 Titeln enthalten sind. Dieses Ergebnis ist auf den neuen Katalog auf Diskette und diverse Präsentationsveranstaltungen zurückzuführen. Den stärksten Anstieg verzeichnete der Videoverleih. Im Jahr 1996 wurden 178 Titel neu angekauft, davon 156 Videos, 5 Filme, 10 Diaserien, 6 CD-ROM und eine Overheadtransparentserie.

Das pädagogische Referat organisierte neben vielen Projektbetreuungen und Workshops sowie den Kustodenschulungen speziell im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Klix – Das Jahr der Medien“ eine Reihe von Informationsveranstaltungen und Workshops, aber auch Wettbewerbe. Besonders erfreulich war, daß ein Großteil der Mittel durch Sponsoring aufgetrieben werden konnte.

An der Eröffnungsveranstaltung im Rathaus nahmen rund 300 Besucher teil. Zu sehen waren Beispiele aktiver Medienarbeit und Infostände von Schwerpunktschulen, Sponsoren und Medien. So war z. B. der ORF mit seinem „Confetti-TV“ live dabei.

Von den vielen Veranstaltungen und Workshops im abgelaufenen Jahr ist insbesondere die Reihe „watch it“ hervorzuheben, in der SchülerInnen Gelegenheit geboten wurde, die Welt des Fernsehens (ORF), des Kinos (moderne Technik des Gartenbaukinos), der Presse (Kinder-Kurier) und des Buches (KinderLiteraturHaus) kennenzulernen. Weiters stand in der Reihe „Tele-Komm“ eine Exkursion in das Telecenter Floridsdorf auf dem Programm, wo man die ersten Teleworking-Arbeitsplätze besichtigen und ausprobieren konnte.

Es wurde aber auch LehrerInnen nach einem kurzen Einführungsvortrag im Museumsquartier die Möglichkeit geboten, das Internet konkret auszuprobieren. Der Übungsraum steht nunmehr auch interessierten Schulklassen für einen Besuch offen.

Die „Ohrenweide-Workshoptage“ wurden gemeinsam mit LehrerInnen und SchülerInnen aus Kärnten, die bereits eine langjährige Erfahrung mit Schülerradio haben, durchgeführt. Gemeinsam mit der Schülerradiogruppe der Media-Hauptschule Loquaipplatz wurde unter Betreuung von Radio Wien und des Vereines Freies Radio Wien eine 30minütige Magazinsendung erstellt. Beiträge über diese Veranstaltung gab es im Fernsehen, im Radio und in der Presse.

Beim Infoworkshop „Klappe 96/97“ wurden neben allgemeinen Informationen über die Unterstützungsmöglichkeiten durch die Landesbildstelle auch Beispiele bisheriger Schulprojekte und ein kurzes Resümee der vorangegangenen österreichischen Schülerfilmtage gezeigt.

Im „Jahr der Medien“ gelang es erstmals, einen „Wiener Schülerzeitungspreis“ zu organisieren. Das Echo übertraf die Erwartungen bei weitem. Über 80 InteressentInnen forderten die Unterlagen an. Wenn nur ein Drittel davon einreicht, liegt dies bereits über dem Schnitt der Einreichungen des inzwischen eingestellten bundesweit ausgeschriebenen Schülerzeitungspreises des Unterrichtsministeriums. Die Betreuung der überregionalen Schülerzeitung „Igel“ sowie der Aktion „Schulklassen ins Kino“ erfolgte ebenfalls schon traditionell.

Dieses weitreichende Angebot für die Wiener Pflichtschulen im Rahmen des Schwerpunktjahres konnte nur durch die Unterstützung verschiedener Sponsoren ermöglicht werden. Alle Veranstaltungen wurden ausschließlich aus diesen Geldern und dem laufenden Budget der Landesbildstelle finanziert. Bereichert wurde das Angebot durch die unbezahlte Mitarbeit vieler LehrerInnen und einzelner Medienprofis. Da die Angebote sehr positiv aufgenommen wurden, wäre eine Weiterführung empfehlenswert.

Im Bereich Neue Medien und Telekommunikation konnten die wesentlichsten Vorbereitungen für die Einbindung der Landesbildstelle in das Schulkommunikationsnetz mit Internetanschluß getroffen und die erforderlichen Installationen durchgeführt werden. Die Lehrerdatenbank für die Aussendungen und Informationen wurde in eine eigene ACCESS-Applikation umgewandelt. Diese wird seither laufend aktualisiert. Die bereits überaus beliebte Informationszeitschrift der Landesbildstelle „LaBi-richt“ wurde planmäßig dreimal erstellt. Neben dem Ankauf neuer Medien für den Verleih (CD-I und CD-ROM) wurden auch die Lernspiele der Gruppe ABC-DOS, einer Lehrerinitiative für den Volksschulbereich, kopiert und vertrieben. Nicht zuletzt wurden die Updates für den Katalog auf Diskette erstellt und an die Schulen versandt.

Im Kino der Landesbildstelle fanden die Begutachtungsvorführungen der Gemeinsamen Bewertungskommission der Bundesländer und die der Jugendzulassungskommissionen der Bundesländer sowie des Bundeslandes Wien statt. Ebenso wurden die Vorführungen im Rahmen der Schulfilmerziehung vorgenommen.

Der Leiter der Landesbildstelle wirkte 1996 in folgenden Gremien mit:

- ÖNORM – Fachausschuß für Audiovisuelle Medien, Geräte und Einrichtungen
- GFBK – Gemeinsame Filmbewertungskommission der Bundesländer
- Filmbeirat der Stadt Wien

Das Konservatorium der Stadt Wien, die 17 Wiener Bezirksmusikschulen und die Kindersingschule, zusammengefaßt in den Musiklehranstalten der Stadt Wien, konnten auch im Berichtsjahr ihre Position in der Wiener Kultur- und Bildungsszene behaupten bzw. weiter festigen und so ihrem bildungs- und kulturpolitischen Auftrag nachkommen. Durch die teilweise Einbeziehung des Konservatoriums in das Kunsthochschulstudien-gesetz besteht in vielen Bereichen eine Gleichstellung zur Hochschule für Musik und darstellende Kunst, was den Studenten und dem Institut gleichermaßen eine Vielzahl von Vorteilen bringt. Mit der Zuerkennung eines Lehrerdienstpostens konnten die laut Lehrplan vorgeschriebenen Ergänzungsfächer in der Abteilung „Alte Musik“ unterrichtet werden.

Die Schülerbewegung ergab mit Stichtag 31. Oktober 1996 folgendes Bild:

Konservatorium: 1.968 Studierende (nach Fächern), davon 442 Ausländer aus 54 Ländern. Die Musikschulen besuchten 4.302 SchülerInnen, die Kindersingschule 3.002. Die Gesamtschülerzahl der Musiklehranstalten betrug 9.272. Am Konservatorium wurden 85 Diplom- und 48 staatliche Lehrbefähigungsprüfungen sowie eine Lehrgangsprüfung in Ensembleleitung mit Erfolg abgelegt. Besonders erfreulich war die steigende Anzahl an musikinteressierten Kindern an der Kindersingschule.

Ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildungsprogramme an den Musiklehranstalten beruhte auch 1996 auf den öffentlichen Veranstaltungen, bei denen sich Studierende und SchülerInnen einem Publikum präsentieren müssen. Stellvertretend für alle anderen Aufführungen seien hier das traditionelle Chor- und Orchesterkonzert des Konservatoriums unter der Leitung von Direktor Gerhard Track im Großen Musikvereinssaal und das „Festliche Singen“ der Kindersingschule unter der Leitung von Prof. Otto Partmann im Konzerthaus erwähnt.

Viele Aktivitäten, wie etwa die Abhaltung eines Operettenseminars mit Lucia Meschwitz, eines Barockfagott-Workshops mit Christian Beuse, eines Lauten-Seminars mit Luciano Contini sowie eines Seminars mit dem weltberühmten Countertenor Paul Esswood, ergänzten den praxisorientierten Unterricht. Auftritte des Orchesters in der Fernsehsendung des Österreichischen Rundfunks „Licht ins Dunkel“ und ein Benefizkonzert für Greenpeace verschafften dem Konservatorium zudem eine breite Öffentlichkeitswirkung.

In Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien haben Klangkörper, Ensembles und Abteilungen eine Vielzahl von Veranstaltungen im Rahmen der Aktion „Musik hören – Musik verstehen“ für die Wiener Schuljugend bestritten.

Vom Veranstaltungsreferat des Konservatoriums wurden im Berichtsjahr etwa 550 Konzerte und Aufführungen in den eigenen oder in repräsentativen angemieteten Konzertsälen organisiert. Bei diesen allgemein zugänglichen Vortragsabenden der einzelnen Klassen und Abteilungen, die im Lehrplan vorgeschrieben sind, wurden immer wieder der hohe Ausbildungsstand und die ausgezeichnete Qualität des gebotenen Unterrichts von SchülerInnen und Studierenden der Musiklehranstalten eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Großen Erfolg hatten die Aufführungen der Schauspielabteilung „Der konfuse Zauberer“ (Nestroy), die drei Einakter „Die Notleine/Wo der Pirol ruft/Magic Afternoon“ sowie die Festaufführung zum tausendjährigen Bestehen Österreichs „Wienerische Volkskomödienlust“ unter der Regie von Frau Kammerschauspielerin Prof. Elfriede Ott. Auf Grund des großen Erfolges wurde die Produktion „Magic Afternoon“ für einen Monat vom Ensembletheater übernommen. Mit „Amor im Haus Sonnentau“ gelangte ein Werk zur Uraufführung, das von einem Studenten der Musicalabteilung komponiert wurde und dessen Libretto von einer Studentin dieser Abteilung stammt. Die Aufführung des Operettenseminars „Insel Tulipatan“ und die vielbeachtete Operaufführung „Hoffmanns Erzählungen“ zeigten wieder die Vielseitigkeit und das hohe Ausbildungsniveau am Konservatorium. Für diese öffentlichen Aufführungen wurden Ermäßigungen von 30 S auf den Eintrittspreis für Pensionisten, Jugendgruppen und Studenten gewährt.

Veranstaltungssäle und Unterrichtsräume des Konservatoriums standen schließlich ebenfalls wieder, wie etwa zur Abhaltung der Wiener Meisterkurse oder für einen Akkordeonwettbewerb des Verbands der Amateurmusiker und -vereine Österreichs (VAMÖ), gegen Entgelt zur Verfügung.

Die seit 1948 bereits zu einer Wiener Tradition gewordenen Sommermodeschauen der Modeschule der Stadt Wien im Schloßpark Hetzendorf fanden unter dem Motto „Perspektive 96“ vom 13. bis zum 24. Juni in einem wettersicheren Zelt statt.

Neben Erwähnungen bzw. Kurzberichten in unterschiedlichsten Medien gab es vielbeachtete Auftritte im Rahmen diverser ORF-Sendungen. Parallel zu den Vorbereitungsarbeiten für die Modeschau wurde zudem für eine führende französische Parfum- und Modemarke zur Präsentation einer neuen Duftlinie eine eigene Kollektion entworfen, die in etlichen Städten Europas und in New York vorgeführt wurde. Eine Modepräsentation fand auch im Rahmen der „Jungbürgerfeier“ der Stadt Wien statt.

1996 haben sich Studierende der Modeschule einmal mehr an in- und ausländischen Wettbewerben beteiligt. Eine besondere Hervorhebung verdienen in diesem Zusammenhang z. B. zwei gegen starke internationale Konkurrenz errungene Erfolge beim „World Fashion Contest Gifu“ in Japan (Golden Prize und Bronze Prize).

Der seit 1994 eingeschlagene Weg, bauliche und technische Vorkehrungen zur Erhöhung der Sicherheit (vorbeugender Brandschutz usw.) zu treffen, wurde weiter fortgeführt. Neben dem Abschluß der Instandsetzungsarbeiten betreffend die Elektroinstallationen und dem Anschluß der Schloßkirche an das Zentralheizungssystem (sowie der damit verbundenen Stilllegung der seit etwa 30 Jahren nicht überprüften Gasheizung) mußte auch in einigen Werkstättenklassen eine Gesamterneuerung der Stromversorgung vorgenommen werden. Altersbedingte Schäden machten darüber hinaus noch eine Erneuerung großer Dachflächen des Osttraktes erforderlich.

Im Hinblick auf verschärfte Dienstnehmerschutzvorschriften waren im Bereich der Tischlerei bauliche Maßnahmen zu ergreifen.

Der im Lauf des Sommers genehmigte Lehrplan für die Umwandlung in eine „Höhere Schule für Modedesign und Produktgestaltung“ brachte gravierende Änderungen der Gesamtstruktur mit sich. Administrativ betrachtet galt es, eine Fülle spezifischer Aufgaben zu bewältigen. Um den seitens der Schulbehörde gestellten Auflagen zu entsprechen, mußten verschiedene neue bzw. neuartige Unterrichtsmittel angeschafft werden. Eine erhöhte Zahl von Schulanfängern bestätigte jedoch den eingeschlagenen Weg.

Für Instandhaltungsarbeiten wurden seitens der MA 26, 32 und 34 Arbeiten im Gesamtausmaß von 4,600.000 S in Auftrag gegeben.

An der Modeschule waren Ende 1996 49 LehrerInnen (23 vollbeschäftigt und 26 teilbeschäftigt) sowie 16 Bedienstete als Verwaltungspersonal beschäftigt. Die Anzahl der SchülerInnen betrug im Jänner 1996 145, im Dezember 1996 154. Hiervon kamen 68 (45 Prozent) aus Wien, 52 (33 Prozent) aus den Bundesländern und 34 (22 Prozent) aus dem Ausland.

## Sportamt

Zu den wesentlichen Aufgaben des Sportamtes gehören die Baumaßnahmen auf dem Sportsektor und der Betrieb von Sportstätten. Das Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. im Wege eines Geschäftsführungsauftrages betriebenen Sportanlagen der Stadt Wien wird weiterhin schrittweise verwirklicht. So wurden im Wiener Praterstadion alle Steh- und Sitzplätze auf Einzelsitze umgerüstet. In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selber, sondern unterstützt durch Subventionen den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. So wurden dem ASKÖ-Landesverband Wien, der UNION und dem ASVÖ Subventionen für den Ausbau ihrer Verbandssportanlagen zur Verfügung gestellt. Das 1991 begonnene Sanierungsprogramm, das in Zusammenarbeit mit dem Wiener Fußballverband ausgearbeitet wurde, um die Fußballplätze in einen zeitgemäßen Zustand zu bringen, wurde auch 1996 fortgesetzt. Die Sanierungsarbeiten umfaßten je nach Notwendigkeit die Sanierung des Rasenspielfeldes, die Errichtung von Kunstrasenfeldern oder die Neuerrichtung von Kabinengebäuden. Insgesamt wurden bisher 29 Sportanlagen fertiggestellt, weitere 4 Anlagen sind derzeit in Bau bzw. in Vorbereitung.

Auf Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ergibt sich die Möglichkeit, in eine umfangreiche Sportdokumentation Einsicht zu nehmen, so daß durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte. Die Gremien der Wiener Landessportorganisation (Wiener Landessportrat, Landessportpräsidium, Wiener Landessportfachrat und Fachausschuß) stellen eine geeignete Plattform für alle zur Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlichen Beratungen dar. Der Wiener Landessportrat verteilt die Subventionsmittel für die Fachverbände und den Leistungssport. Aus Mitteln der Leistungssportförderung wurde allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Phasen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnahmen, ein bestimmter Prozentsatz der Fahrtkosten rückvergütet, nämlich 800.000 S. Den Teilnehmern an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt – 200.000 S –, wobei die Entschädigungshöhen je nach der Entfernung gestaffelt waren. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern, Nachwuchssportlern und Verwaltungsförderung der Fachverbände wurden 1996 2.500.000 S aufgewendet.

Die Abteilung betrieb im Jahre 1996 17 Jugendspielplätze und 14 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen zur Benützung überlassen wurden. Die 10 von der Stadt Wien verwalteten Sporthallen wurden den Dach- und Fachverbänden wochentags für Trainingszwecke und an Wochenenden für den Meisterschaftsbetrieb zur Verfügung gestellt. Weitere 7 Spielplätze und 97 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisationen bereitgestellt. Die Sportanlagen in 10, Triester Straße, 10, Laxenburger Straße – Heuberggstättenstraße, 10, Franz-Koci-Straße, 10, Eibesbrunnnergasse 13, 16, Kandlerstraße 38, 16, Roterdstraße, und 20, Lorenz-Müller-Gasse, werden von der Abteilung selbst geführt, ebenso das neuerrichtete Kanu- und Ruderzentrum auf der Donauinsel. Seit 1966 verfügt die Stadt Wien über einen Schlepplift in 14, Mauerbachstraße 172 (Hohe-Wand-Wiese), der von den Wintersportlern sehr gerne benützt wird. Auf Grund des großen Interesses am Langlaufsport wurden von der Stadt Wien bei Schneelage im Prater ab Ecke Hauptallee-Kaiserstraße, auf der Sophienalpe ab Parkplatz Hotel Sophienalpe, auf der Donauinsel abwärts der Steinspornbrücke, auf den Steinhofgründen ab dem Eingang in das Erholungsgebiet und im Donaupark ab dem Donauturm Langlaufloipen präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die städtischen Turnsäle, Schwimmhallen, Sporthallen und Spielplätze sowie die von der Wiener Stadthalle – KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Diese Organisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter Subventionen unterstützt und erhalten weitere Beihilfen für die Durchführung von Erhaltungs- sowie für die zum Betrieb notwendigen Verwaltungsmaßnahmen. Mit den Jugendsportaktionen „Sportplatz der offenen Tür“, „Jugendeislaufaktion“, „Fahrt zum Schnee“, „Spielschwimmen“, „Talent-Leistungsschwimmen“, „Talent-Spezial“ und „Talent-Turnen“ wird der direkte Kontakt zur Wiener Jugend gesucht.

Sehr gut angenommen wurde die vor allem für Hausfrauen gedachte Aktion „Frau und Sport in Wien“. Sie findet an Vormittagen und frühen Nachmittagen statt und das Angebot reicht von Tennis, Squash, Schwimmen u. v. a. m. bis hin zur Selbstverteidigung. Für die Kinder wird eine eigene Betreuung angeboten. Diese Aktionen wurden in Zusammenarbeit mit dem Verein Wiener Jugendkreis und diversen Sportverbänden durchgeführt.

Die benötigten Anlagen wurden von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt oder zu bestimmten Terminen vermietet. Weiters wurden die organisatorischen Arbeiten, wie Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorgenommen und die Tätigkeit der eingesetzten Mitarbeiter (Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer) überwacht.

Die Aufgaben und Tätigkeiten des Sportamtes umfassen eine breite Palette von Sportförderungsmaßnahmen direkter und indirekter Art und tragen beträchtlich zur Entwicklung des Wiener Sports bei.

## Städtische Schulverwaltung

Im Schuljahr 1995/96 wurden 364 öffentliche allgemeinbildende Pflichtschulen mit 3.749 Klassen und 80.847 SchülerInnen geführt, und zwar 222 Volksschulen (2.128 Klassen und 49.448 SchülerInnen), 94 Hauptschulen (1.045 Klassen und 25.178 SchülerInnen), 41 Sonderschulen (496 Klassen und 4.441 SchülerInnen) und 7 Polytechnische Lehrgänge (80 Klassen und 1.780 SchülerInnen). In den Volksschulen betrug die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse 23,24, in den Hauptschulen 24,10, in den Sonderschulen 8,96 und in den Polytechnischen Lehrgängen 22,25.

Am 31. Dezember 1996 befanden sich 331 Gebäude in Verwaltung der Abteilung, und zwar 314 Gebäude, die Zwecken der allgemeinbildenden Pflichtschulen dienen, 13 Gebäude, die verschiedenen Zwecken dienen (u. a. allgemeinbildende höhere Schulen, Bundesfachschulen) sowie 4 Gebäude, die dem Bund für Schulzwecke überlassen wurden (Widmungsgebäude). In 23 teils städtischen, teils privaten Gebäuden wurden Räume für Zwecke der allgemeinbildenden Pflichtschulen gemietet.

Im Jahr 1996 wurden für Bauarbeiten rund 1,3 Milliarden Schilling aufgewendet.

Fertiggestellt wurden: eine 13klassige Volksschule in 11, Svetelskystraße 4–6; die Erweiterung der Volksschule 16, Grubergasse 4–6 (4 Klassen); eine 8klassige Allgemeine Sonderschule sowie eine 18klassige Sonderschule für körperbehinderte Kinder mit integrativem Schwerpunkt in 17, Hernalser Hauptstraße 220–222; die Adaptierung des Wohnhauses 17, Leopold-Ernst-Gasse 37, für die Sonderschule 17, Kastnergasse 29; die Errichtung einer 4klassigen Expositur der Hauptschule 20, Staudingergasse 6, in 20, Jägerstraße 11–13, mit einem Gymnastikraum; eine 13klassige Volksschule und eine 8klassige Hauptschule sowie eine Dreifachturnhalle in 21, Hanreitergasse 2 – Ocwigasse; eine 13klassige Volksschule/1 Turnsaal/1 Gymnastikraum in 21, Zehdengasse 9; eine 13klassige Volksschule/1 Turnsaal/1 Gymnastikraum in 22, Viktor-Wittner-Gasse 50 – Kirschenallee; eine 12klassige Hauptschule und 2 Turnsäle in 22, Simonsgasse 23; ein 12klassiger Zubau/1 Turnsaal/1 Gymnastikraum für die Volksschulen und Hauptschule in 23, Bendagasse 1–2.

In Bau befinden sich: ein 8klassiger Zubau und 1 Turnsaal zum Schulgebäude 2, Kleine Sperlgasse 2a; ein 12klassiger Neubau und 2 Turnsäle eines Polytechnischen Lehrganges in 3, Baumgasse/Maiselgasse; ein Normturnsaal-Zubau zur Hauptschule 7, Neubaugasse 42; ein 8klassiger Zubau und ein 1 Turnsaal zum Schulgebäude 7, Neustiftgasse 100; eine 12klassige Hauptschule und Dreifachturnhalle in 11, Svetelskystraße 4–6; ein 4klassiger Zubau und ein Turnsaal sowie ein Gymnastikraum für die Volksschule 22, Konstanziagasse 24.

Bei folgenden Schulneu- und -zubauten wurde 1996 mit den Bauarbeiten begonnen:

Die Volksschule 2, Aspernallee 5, wird um 6 Klassen und 1 Turnsaal erweitert. Für die Hauptschule in 21, Reisingasse 1, wird ein Turnsaalzubau errichtet. In 21, Rittingergasse 29A, entsteht eine neue 13klassige Volksschule mit einem Normturnsaal. Ebenso wird in 22, Breitenleer Straße 263, eine 9klassige Volksschule mit einem Normturnsaal errichtet. Eine 9klassige Volksschule und 1 Turnsaal entstehen in 22, Wagramer Straße 45. Die Hauptschule 23, Steinergasse 25, erhält einen 12klassigen Zubau.

Für weitere 27 Schulneu- und -zubauten wurden Planungs- bzw. Bauvorbereitungsarbeiten geleistet.

In 5 Schulgebäuden wurden die veralteten Heizungen umgebaut bzw. diese Schulen an die Fernwärme angeschlossen.

Die Instandsetzung der Schulgebäude erfolgte auch 1996 im Rahmen der Dezentralisierung über Bezirksbudgets. In Summe wurden von den Bezirken für Instandsetzungsarbeiten und laufende Erhaltungsarbeiten rund 320 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. So wurden in 166 Schulen Modernisierungsarbeiten durchgeführt, in 15 die Dächer instand gesetzt, in 13 die Fassaden, in 39 die Fenster, in 16 die Fußböden, in 14 die Spielplätze, in 23 die Turnsäle und in 24 die WC-Anlagen.

Die Ausstattung der Schulen mit Einrichtungsgegenständen, Büchern, Lehrmittel usw. erforderte erhebliche Mittel. Für bestehende Schulgebäude wurden 100 Buchwandtafeln, 250 Kästen, 1.260 Schülertische, 2.520 Schülersessel, 180 Schiebetürschränke, 250 Regale, 100 Lehrerzimmertische und 400 Lehrerzimmersessel angeschafft. Die Möbel waren unter anderem bestimmt für 84 Klassenzimmer, 3 Werkstätten, 1 Schulküche, 1 Physik-Chemie-Saal. Dafür wurde ein Betrag von 30.137.000 S ausgegeben.

Weiters wäre die Ausstattung von 9 Schulstandorten mit versperrbaren Garderobespinden für die Schüler und die Beistellung von versperrbaren Einbaukästchen für 110 Klassen hervorzuheben.

Zu nennen wäre weiters die Einrichtung der Schulneubauten 11, Svetelskystraße 4–6, 17, Hernalser Hauptstraße 220–222, 21, Hanreitergasse 2, 21, Zehdengasse 9, 22, Simonsgasse 23, sowie der Schulzubauten 20, Jägerstraße 11–13, 22, Konstanziagasse 24, und 23, Bendagasse 1–2, mit Schulmobiliar, Lehrmittel und Geräten in der Gesamthöhe von 106.458.000 S.

Für Möbelinstandsetzung und -ergänzung sowie für Lehrmittel- und Gerätereparaturen wurden 29.684.000 S ausgegeben. Der Aufwand an Verbrauchsmaterialien, die den Schülern unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden, betrug 41.134.000 S. Im einzelnen wurden für Schreib- und Zeichenrequisiten, darunter 1.235.875 verschiedene Hefte, 3.780.000 Blatt Zeichenpapier, 166.200 Bleistifte und 76.200 Farbstifte 29.167.000 S, für Mädchenhandarbeitsmaterial, darunter 30.680 Meter Stoffe, 111.180 Strähnen Strick- und Häkelgarn sowie für Material für technisches Werken 12.415.000 S bezahlt. Der Aufwand für die Schulpauschalien betrug 11.968.000 S.

Die Stadt Wien stellte den Schülern der 4. Haupt- und Sonderhauptschulklassen sowie den 4. Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen die Broschüre „Die junge Wienerin“ mit 16.700 Exemplaren im Wert von 330.000 S zur Verfügung. Für Klassenlesestoff, Gruppenlektüre sowie die Beschaffung von Büchern für die Lehrerbücherei wurden 1,815.000 S aufgewendet. Im Jahre 1996 wurden für die allgemeinbildenden Pflichtschulen Lehrmittel (Physik, Geographie, Biologie usw.), Werkzeuge, audiovisuelle Geräte und Musikinstrumente mit einem Kostenaufwand von 10,377.000 S angeschafft. Besonders hervorzuheben wäre die Ausstattung der Verwaltungen mit zeitgemäßen EDV-Geräten, die Beistellung von im Unterricht eingesetzten Computernetzen mit einem Betrag von 16,959.000 S und die Modernisierung der Ausstattung der Schulen mit audio-visuellen Geräten mit einem Betrag von 7,216.000 S. Den ganztägig geführten Schulen wurde für die Führung der Hobbygruppen Bargeld in der Höhe von 617.000 S zur Verfügung gestellt.

An 154 Volks- und Sonderschulen wurde eine Frühaufsicht eingerichtet, damit die Kinder auch schon vor 7.45 Uhr zur Schule gebracht werden können, ohne daß sie den Gefahren des Verkehrs und der Witterung ausgesetzt sind. Im Rahmen der Frühaufsicht werden die Kinder von 7.15 bis 7.45 Uhr von LehrerInnen beaufsichtigt. An 64 Haupt- und Sonderschulen sowie an sieben Polytechnischen Lehrgängen wurde eine Mittagsaufsicht eingerichtet, in deren Rahmen die SchülerInnen an den Schulen ein Mittagessen unter Aufsicht von LehrerInnen einnehmen und somit die Zeit bis zu einem allfälligen Nachmittagsunterricht überbrücken können.

Ab 1. September 1994 wurden die bisherigen Schulversuche zu ganztägigen Schulformen, aufsteigend ab den 1. Klassen, gemäß den gesetzlichen Bestimmungen der 15. Novelle zum Schulorganisationsgesetz in Verbindung mit der 9. Novelle zum Wiener Schulgesetz in das Regelschulwesen übernommen. Unter anderem wurde auch die entsprechende Einhebung eines Elternbeitrages für die ganztägige Betreuung von Schulkindern festgelegt.

Die Höhe des Betreuungsbeitrages wurde vom Gemeinderat der Stadt Wien mit täglich 55 S festgesetzt, der allerdings – auf Grund einer sozialen Staffelung – erst ab einem monatlichen Familieneinkommen von 24.880 S in dieser Höhe zu entrichten ist.

Die ganztägige Betreuung kann als „Ganztagschule“ (Unterricht und Freizeit verschränkt) oder als „Offene Schule“ (Unterricht und Freizeit in getrennter Abfolge) durchgeführt werden.

Unter Ausnützung der in der Ganztagschule gegebenen günstigeren Möglichkeiten der Stundenplangestaltung werden in Verbindung mit einem sinnvollen Wechsel von Unterrichts-, Lern- und Übungszeit einerseits und Freizeit andererseits im Wege einer effektiven Lernorganisation Unterrichts- und Arbeitsformen entwickelt und eingesetzt, die insgesamt eine Verbesserung der gesamten schulischen Bildungsarbeit bewirken und zu einer Steigerung der Bildungserfolge führen. In der Ganztagschule werden bildungswirksame Phasen des weitgehend individualisierten Übens und Wiederholens so weit in die Unterrichtsarbeit einbezogen, daß sich schriftliche Hausübungen im herkömmlichen Sinne erübrigen. Eine tägliche Lern- und Übungsstunde gibt dem Schüler die Möglichkeit des individuellen Lernens und der Fertigung des erarbeiteten Lehrstoffes unter der pädagogischen Leitung von LehrerInnen. Ein umfangreiches und vielfältiges Freizeitangebot bietet den SchülerInnen die Möglichkeit eines sinnvollen Freizeiterlebens. Dabei werden möglichst viele Bereiche der Persönlichkeit angesprochen und Gelegenheit zum aktiven Tun und schöpferischen Gestalten sowie zu gesundheitsfördernder, körperlicher Betätigung geboten. Der Schüler erhält dabei die Möglichkeit, eigene Entscheidungen zu treffen.

Die Schulzeit beginnt in der Regel um 8.00 Uhr und endet für VolksschülerInnen um 16.00 Uhr, für HauptschülerInnen um 17.30 Uhr. Für VolksschülerInnen besteht die Möglichkeit, in der Ganztagschule unter der Aufsicht von LehrerInnen bis 17.30 zu bleiben, sofern die Eltern dies wünschen.

An folgenden Standorten sind ganztägig geführte Schulen eingerichtet:

#### Volksschulen

2, Aspernallee 5, 3, Landstraßer Hauptstraße 146, 4, Phorusgasse 4, 5, Stolberggasse 53, 7, Zieglergasse 21, 8, Zeltgasse 7, 10, Carl-Prohaska-Platz 1, 10, Jagdgasse 23, 11, Svetelskystraße 4–6, 11, Fuchsröhrenstraße 23, 12, Am Schöpfwerk 27, 12, Rohrwassergasse 2, 14, Diesterweggasse 30, 14, Hochsatzengasse 22–24, 14, Märzstraße 180, 15, Ortnergasse 4, 15, Reichsapfelfgasse 30, 16, Grundsteingasse 56, 18, Köhlergasse 9, 20, Robert-Blum-Gasse 2, 20, Spielmannngasse 1, 21, Zehdengasse 9, 21, Dopschstraße 25, 21, Irenäusgasse 2, 21, Schumpeterweg 3, 22, Hammerfestweg 1, 22, Pastinakweg 10, 22, Viktor-Wittner-Gasse 50, 23, Anton-Baumgartner-Straße 44/I.

#### Hauptschulen

2, Max-Winter-Platz 2, 3, Kölblgasse 23, 9, Glasergasse 8, 10, Absberggasse 50, 10, Josef-Enslein-Platz 1–3, 11, Enkplatz 4/I, 11, Enkplatz 4/II, 11, Hasenleitengasse 7, 12, Hermann-Broch-Gasse 2, 13, Veitingergasse 9, 14, Hadersdorf, Hauptstraße 80, 14, Kinkplatz 21/I, 15, Selzergasse 25, 16, Koppstraße 110/I, 16, Koppstraße 110/II, 16, Roterdstraße 1, 19, In der Krim 6, 21, Hanreitergasse 2, 21, Aderklaaer Straße 2, 21, Deublergasse 21, 21, Roda-Roda-Gasse 3, 22, Simonsgasse 23, 22, Anton-Sattler-Gasse 93, 22, Eibengasse 58.

## Sonderschulen

2, Schwarzringergasse 4, 3, Landstraßer Hauptstraße 146, 3, Paulusgasse 9–11, 14, Kienmayergasse 41, 17, Hernalser Hauptstraße 220–222/I, 17, Hernalser Hauptstraße 220–222/II, 18, Währinger Straße 173–181 (VS), 18, Währinger Straße 173–181 (HS), 21, Herchenhahngasse 6, 22, Hammerfestweg 1, 22, Steinbrechergasse 6, 23, Kanitzgasse 8.

An jenen Schulstandorten, wo die räumliche oder personelle Situation eine ganztägige Schulform nicht oder nicht kurzfristig zuläßt, wurden ab dem Schuljahr 1995/96 durch den von der Stadt Wien beauftragten Verein „Wiener Kinder- und Jugendbetreuung“ Lern- und Freizeitklubs eingerichtet. Diese werden in vier Varianten angeboten: Betreuung von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr ohne Mittagessen (Elternbeitrag 20 Schilling pro Tag), Betreuung von 13.00 bis 17.00 Uhr ohne Mittagessen (Elternbeitrag 25 Schilling pro Tag), Betreuung ab Unterrichtsschluß bis 17.00 Uhr ohne Mittagessen (Elternbeitrag 30 Schilling pro Tag) und Betreuung ab Unterrichtsschluß bis 17.00 Uhr mit Mittagessen (Elternbeitrag 30 Schilling pro Tag plus Essensbeitrag). Lern- und Freizeitklubs sind an 38 Standorten eingerichtet.

Den Integrationsmaßnahmen zur Betreuung ausländischer Kinder liegt die Überlegung zugrunde, daß über den Weg der speziellen, zumeist additiven Förderung Deutschkenntnisse vermittelt werden, die eine effektive Teilnahme am Unterrichtsgeschehen gewährleisten sollen. Die Betreuung der ausländischen Kinder im Sinne integrativer Maßnahmen an den Wiener Pflichtschulen erfolgt in vier Abstufungen. Jene SchülerInnen, die schon über fundierte Deutschkenntnisse verfügen, erfahren im Rahmen der sprachlichen Förderkurse für SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache eine entsprechende Betreuung, in der die Verständigungs- und Ausdrucksfähigkeit gefördert wird. SchülerInnen, die mit großen Sprachschwierigkeiten zu kämpfen haben oder überhaupt keine Kenntnisse der deutschen Sprache aufweisen, werden durch eigens ausgebildete BegleitlehrerInnen betreut. Die BegleitlehrerInnen werden neben dem Klassenlehrer eingesetzt und betreuen die genannten SchülerInnen in eigenen Gruppen.

Das Projekt integrative Ausländerkinderbetreuung wird an Volks- und Sonderschulen durchgeführt, an denen sehr viele ausländische Kinder ohne Kenntnisse der deutschen Sprache die Schuleingangsphase (Grundstufe I, erste und zweite Volksschulklasse) besuchen. Es handelt sich hierbei um eine Intensivförderung, in der durch den Einsatz zweier LehrerInnen (KlassenlehrerIn und BegleitlehrerIn) im Rahmen des Klassenunterrichtes der Erwerb elementarer Kenntnisse der deutschen Sprache erleichtert wird.

Die Betreuung von Seiteneinsteigern in der dritten und vierten Volksschulklasse sowie an Hauptschulen hat zum Ziel, SchülerInnen, die sich erst kurz in Österreich aufhalten und demzufolge der Unterrichtssprache nicht oder kaum mächtig sind, auf dem Weg intensiven, sprachlichen Lernens zu möglichst raschem Spracherwerb zu verhelfen. Hierzu werden die Kinder in eigenen Kursen zusammengefaßt.

Grundanliegen der Bildung von Integrationsklassen an Volks- und Hauptschulen war es, die Ausgliederung physisch bzw. psychisch behinderter Kinder aus Wiener Volks- und Hauptschulklassen zu vermeiden. Dabei wird auf die sonderpädagogische Förderung der behinderten Kinder durch dafür ausgebildete SonderschullehrerInnen nicht verzichtet. Für jedes behinderte Kind ist daher eine individuelle Planung vorgesehen, der zu entnehmen ist, nach welchem Lehrplan bzw. welchen Lehrplänen es unterrichtet wird. In einer Integrationsklasse soll der Anteil der behinderten Kinder in bezug auf die Zahl der nichtbehinderten Kinder 20 Prozent nicht übersteigen. Im Schuljahr 1995/96 wurden die 146 Integrationsklassen an Volksschulen als Regelklassen geführt, während die 91 Integrationsklassen an Hauptschulen weiterhin im Schulversuchsstatus verblieben. SO – 21 Integrationsklassen, PL – 5 Integrationsklassen.

Die „Integrative Betreuung verhaltensauffälliger SchülerInnen“ hat sich zur Aufgabe gestellt, spezifische Wege zu finden, um Verhaltensauffälligkeiten abzubauen. Dabei kommt einer spezifischen Beratung in Verbindung mit verschiedenen Fördereinrichtungen sowie sozialpädagogisch-therapeutisch orientierten Angeboten wesentliche Bedeutung zu. Der Beratungslehrer nimmt innerhalb eines Bezirkes eine wesentliche Mittlerfunktion zwischen Bezirksjugendamt, SchulpsychologInnen, SchulärztInnen, Erziehungsberatungsstellen, Kliniken, Elternhaus und Schule ein.

Bei diesen Gesprächen wird ein Betreuungsplan erstellt, der sich nach den jeweiligen Erfordernissen und Möglichkeiten richtet. Im Hinblick darauf, daß eine erziehungswirksame Veränderung der Umweltgegebenheiten des Schülers erzielt werden soll, muß das Programm alle beteiligten Personen und Institutionen erfassen. Die Betreuung der Kinder ist individuell vorgesehen, wobei jedoch mindestens einmal pro Woche eine Kontaktaufnahme stattfindet. Zusätzlich sind noch Förderklassen eingerichtet, die – bedingt durch die niedrigen Schülerzahlen (Durchschnitt 6 SchülerInnen pro Klasse) – ein intensives Eingehen auf die psychische Situation der Schülerpersönlichkeit mit der Zielsetzung einer baldigen Rückführung in die Stammklasse erlauben.

Das Projekt „Psychagogische Betreuung an Pflichtschulen“ dient der Behandlung schulschwieriger Kinder, das sind SchülerInnen mit Lernstörungen, Leistungsstörungen und Teilleistungsstörungen sowie Verhaltensauffälligkeiten. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendneuropsychiatrie entwickelt und wird in einer großen Zahl von Bezirken durchgeführt. LehrerInnen mit mindestens vierjähriger Unterrichtspraxis erhalten an der Universitätsklinik eine zweijährige Ausbildung zum psychagogischen Betreuer. Die Ausbildung garantiert ein tiefen- und entwicklungspsychologisches Verständnis und vermittelt nicht nur tiefenpsychologische Kenntnisse, das Wissen um diagnostische Zuordnung und therapeutische Konsequenzen, Techniken zur Einzelfallhilfe, sondern auch die Beherrschung der Kriseninterventionstechniken und der assistierten Problemkonfrontation

bei Kindern, Eltern und LehrerInnen. Nicht zuletzt werden die Kenntnisse über Arbeitstechniken der Verhaltensmodifikation, funktionell-therapeutische Übungen, Gruppentherapie sowie herkömmliche Beratungstechniken und fallbegleitende Führung vermittelt.

Der psychagogische Betreuer, der einer Pflichtschule zugeteilt wird, beschäftigt sich ausschließlich mit der Betreuung verhaltensauffälliger SchülerInnen einer Schule oder eines Schulblockes, führt regelmäßig Beratungsgespräche mit Eltern, LehrerInnen sowie anderen mit den Kindern befaßten Personen und arbeitet mit den betroffenen Institutionen, wie etwa dem Amt für Jugend und Familie, zusammen. Ziel dieser Arbeit ist es, Schwierigkeiten und deren Ursachen bei den Kindern möglichst rasch zu erkennen, geeignete Maßnahmen für ihren Abbau einzuleiten bzw. durch die Betreuung die Probleme schulschwieriger Kinder abzubauen. Die Betreuung erfolgt während der Unterrichtszeit, und zwar ein bis zwei Stunden einzeln und/oder in einer Kleingruppe. Sie umfaßt insbesondere Aspekte der Gesprächs-, Spiel-, Bewegungs- und Musiktherapie. Außerdem hilft der psychagogische Betreuer bei Entscheidungen, die die Situation des Kindes erleichtern oder verändern. Bei der Betreuung handelt es sich nicht um eine Beratungsfunktion, sondern um eine Einzelfallhilfe, die darauf abgestimmt ist, nicht in medizinische und/oder soziale Bereiche einzudringen, sondern vielmehr den gesellschaftlichen und gesetzlichen Auftrag der Schule erfüllen zu helfen.

Im Wiener Pflichtschulwesen wurden im Schuljahr 1995/96 verschiedene Schulversuche durchgeführt. In Anbetracht der relativ großen Zahl und der verschiedenen Wertigkeit der einzelnen Vorhaben können an dieser Stelle nur die wesentlichsten Schulversuche eingehender dargestellt werden.

Der Schulversuch „Neue Grundschule“ soll durch organisatorische und pädagogische Maßnahmen die Schwierigkeiten vieler Kinder beim Schulstart mildern, indem den SchülerInnen für das Durchlaufen der Grundstufe I zwei bis drei Jahre Zeit gegeben wird. Im Schulversuch kommt es zur Auflösung der üblichen Jahrgangsklassen. An deren Stelle werden heterogene Lerngruppen gebildet, wobei je zwei Lerngruppen von einem Lehrerteam (zwei Klassenführende, ein/e VorschulklassenlehrerIn) betreut werden. Im Zuge des Durchlaufens der Grundstufe I wird auf jegliche Selektionsmaßnahmen (Rückstellung, Repetieren) verzichtet. Der Schulversuch sieht vor, daß aus den AbsolventInnen der Grundstufe I altershomogene Jahrgangsklassen gebildet werden. Der Schulversuch lief im Schuljahr 1995/96 an 17 Volksschulstandorten. Außerdem wurden ähnliche Schulversuche im Schuleingangsbereich an weiteren 28 Volksschulstandorten durchgeführt.

Ziel des Schulversuches „Mittelschule“ ist die Erprobung eines neuen Schulmodells für den Bereich der 5. bis 8. Schulstufe, wobei insbesondere eine Verbesserung der Chancengleichheit der SchülerInnen angestrebt wird sowie das schulische Lernen lebenspraktischer, problemorientierter und verstärkt als selbstständiges Handeln verstanden werden soll. Im Schulversuch „Mittelschule“ kommt es zum wechselseitigen Einsatz von Hauptschul- und AHS-LehrerInnen. Der Unterricht erfolgt systematisch fächerübergreifend und themenorientiert, wobei rund 70 Prozent der Unterrichtsstunden von zwei LehrerInnen (Team-teaching) gehalten werden. Das Bildungsangebot ist für Knaben und Mädchen ident. Es findet grundsätzlich keine geschlechterspezifische Trennung in den Unterrichtsstunden statt. Lediglich in Leibesübungen kann eine geschlechterspezifische Teilung erfolgen. Dieser Schulversuch wird an folgenden Hauptschulen durchgeführt: 3, Hörnesgasse 12, 11, Florian-Hedorfer-Straße 26, 13, Veitingergasse 9, 14, Kinkplatz 21/I, 16, Roterdstraße 1, 21, Adolf-Loos-Gasse 2, 21, Aderklaaer Straße 2, 22, Anton-Sattler-Gasse 93, 23, Anton-Baumgartner-Straße 119, 23, Bendagasse 1-2, 23, Dirmhirngasse 29, und 23, Steiner-gasse 25.

Ein weiterer Schwerpunkt des Wiener Schulwesens ist die Förderung der Fremdsprachen. An 83 Volksschulen wird Englisch ab der ersten Klasse angeboten. Außerdem wird das Konzept der „Vienna Bilingual Schooling“ an vier Volksschulen und einer Hauptschule umgesetzt. Dabei wird das Ziel verfolgt, sowohl die deutsche als auch die englische Sprache als Arbeitssprache im Unterricht zu verankern, wobei je zur Hälfte SchülerInnen mit deutscher und englischer Muttersprache eine Klasse bilden. In diesem Modell kommen verstärkt Lehrerinnen und Lehrer mit englischer Muttersprache zum Einsatz.

Ziel des Versuches „Fachintegratives Lernen am Polytechnischen Lehrgang“ ist die Ausarbeitung und Erprobung eines Modells für SchülerInnen der 9. Schulstufe im Hinblick auf eine bessere Orientierung innerhalb verschiedener Berufsfelder. Den SchülerInnen wird durch themenzentriertes, fächerübergreifendes Aufarbeiten der verschiedenen Inhalte die Möglichkeit für einen zusammenhängenden Wissenserwerb geschaffen. Lernen soll somit nicht nur als schulischer Prozeß verstanden werden, sondern laufendes Erleben im Praxisbezug soll zu kompetenter Denk- und Handlungsfähigkeit führen. Eine Überleitung aus dem Bereich der Mittelstufe zu einer berufsbezogenen Weiterbildung soll erreicht werden, ohne die Anliegen der Allgemeinbildung zu vernachlässigen.

Beim Schulversuch „Integrativer Hausunterricht im Rahmen der Heilstättenschule“ sollen schulpflichtige Wiener Kinder mit Tumoren und an Leukämie erkrankte Kinder – sie werden im Rahmen des Therapieverfahrens nur teilweise bei einem stationären Aufenthalt behandelt, teilweise erfolgt die Betreuung zu Hause – während des häuslichen Aufenthaltes im Rahmen der Gesamttherapie einen der Unterrichtserteilung an der Krankenanstalt vergleichbaren Unterricht erhalten. Der Unterricht dieser Kinder erfolgt entweder in Form eines Einzelunterrichtes oder durch Zusammenfassen von zwei oder drei SchülerInnen gleichen Krankheitsbildes in Form eines Hausunterrichtes. Die Zusammenfassung von zwei oder drei Patienten zu kleinen Lerngruppen setzt das Einverständnis der Eltern voraus.

Der Hausunterricht schließt nahtlos an den Krankenhausunterricht an und ist Bestandteil der Betreuung im Rahmen der Heilstättenschule. Der Unterricht wird von speziell vorbereiteten LehrerInnen der Heilstättenschule erteilt.

Insgesamt erwachsen der Stadt Wien im Jahre 1996 für die Erhaltung der allgemeinbildenden Pflichtschulen Kosten von 7.585,428.000 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrpersonalaufwand enthalten, der vom Bund zur Gänze der Stadt Wien refundiert wird.

Mit der 12. Novelle zum Wiener Schulgesetz, LGBI. für Wien 35/1996, wurde auch für die Berufsschulen die Grundlage für die pädagogische Autonomie geschaffen. Im Rahmen der sich aus dem vom Bund genehmigten Landeslehrerstellenplan ergebenden Lehrerwochenstunden ist eine Verordnungsermächtigung für den Stadtschulrat für Wien vorgesehen. Dieser kann im Einvernehmen mit dem Schulerhalter für die Berufsschulen die Schülerzahlen für die Führung von Freigegegenständen, von unverbindlichen Übungen, von Förderunterricht sowie die Teilungszahlen für Schülergruppen und die für das Vorliegen von Mindestschülerzahlen maßgeblichen Stichtage regeln oder den einzelnen Berufsschulen einen Rahmen für die einsetzbaren Lehrerwochenstunden zur Verfügung stellen. In diesem Fall obliegt die Regelung über die obgenannten Gruppen- und Teilungszahlen unter Anwendung der auch für den Stadtschulrat für Wien geltenden Grundsätze dem Schulgemeinschaftsausschuß.

Im Schuljahr 1995/96 wurden in 35 öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen 766 Klassen mit 18.883 SchülerInnen geführt.

Die Gesamtschülerzahl der Berufsschulen hängt nicht nur mit der Stärke der entsprechenden Geburtsjahrgänge, sondern auch mit der Arbeitsmarktlage zusammen. Die für den Bereich der Berufsschulen typischen, zumeist nicht vorhersehbaren Umschichtungen innerhalb der einzelnen Berufssparten, das Aussterben und die Entstehung neuer Berufe stellen die Stadtverwaltung bei der Schulraumvorsorge, insbesondere bei den Unterrichtsräumen für den praktischen Unterricht, vor große Schwierigkeiten. Die speziellen Raum- und Ausstattungserfordernisse der einzelnen Berufssparten stehen der erforderlichen Mobilität in der Raumverwendung manchmal entgegen oder bedingen zumindest größere Kosten bei den notwendigen Umwidmungen.

Im Jahr 1996 wurden an 5 Berufsschulgebäuden Bauarbeiten größeren Umfanges durchgeführt.

Im 1. Zentralberufsschulgebäude in 6, Mollardgasse 87, welches aus dem Jahre 1908 stammt, wurde in den Jahren 1988 bis 1994 ein umfangreiches Instandsetzungs- bzw. Modernisierungsprogramm vom Hochparterre bis zum Mansardengeschoß, ausgenommen des Gymnastikraumbereiches im 4. Stock, zur schrittweisen Anpassung an die heutigen Anforderungen des Berufsschulunterrichtes durchgeführt und mit Kosten in der Höhe von rund 256 Millionen Schilling abgeschlossen.

Im Jahre 1996 wurden die im Vorjahr begonnenen Bauarbeiten für die 2. Etappe der Generalmodernisierung, die die Instandsetzung des Tiefgeschoßes, die Adaptierung einer Werkstättenhalle, den Umbau der Räume des ehemaligen Gymnastikbereiches im 4. Stock sowie den Neubau einer Turnhalle umfaßt, mit einem Betrag in der Höhe von rund 28 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Baukosten belaufen sich auf 119,6 Millionen Schilling.

Die Gesamtbaukosten der Instandsetzung und Modernisierung des 1. Zentralberufsschulgebäudes werden somit voraussichtlich insgesamt 375,2 Millionen Schilling betragen.

Im 2. Zentralberufsschulgebäude in 15, Hütteldorfer Straße 7-17, wurden die Bauarbeiten für die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudes im Jahre 1996 mit einem Betrag in der Höhe von 15 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich 423 Millionen Schilling betragen.

Im 3. Zentralberufsschulgebäude in 12, Längenfeldgasse 13-15, konnte in den Jahren 1992 bis 1996 der Neubau der Berufsschule für Bäcker und Konditoren, die Aufstockung des bestehenden Klassentraktes einschließlich der Generalmodernisierung des Gebäudes und des Festsaaltraktes, ausgenommen der Stiege 6 (Küchentrakt der Berufsschule für Gastgewerbe) zur Gänze abgeschlossen sowie der Neubau der Volkshochschule und des Bezirksmuseums großteils fertiggestellt werden. Die Baukosten belaufen sich auf insgesamt rund 495 Millionen Schilling.

Im Berufsschulgebäude in 14, Goldschlagstraße 137, wurden die im Vorjahr begonnenen Bauarbeiten zur etappenweisen Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes im Jahre 1996 mit einem Betrag in der Höhe von rund 13 Millionen Schilling fortgesetzt.

Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich rund 70 Millionen Schilling betragen.

Im Berufsschulgebäude in 22, Wagramer Straße 65, wurden die im Jahr 1993 begonnenen Bauarbeiten zur etappenweisen Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes im Jahre 1996 mit einem Betrag in der Höhe von rund 1,8 Millionen Schilling fortgesetzt.

Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich rund 17 Millionen Schilling betragen.

1995 wurde die Ausstattung der Berufsschulen fortgesetzt. Neben der fortlaufenden Modernisierung von Einrichtungsgegenständen in Direktionen, Lehrerzimmern, Klassen sowie Labors und Werkstätten wurde auch die Ausstattung der Berufsschulen mit Maschinen und Geräten modernisiert.

So wurden folgende Anschaffungen getätigt: Für die Berufsschulen für Baugewerbe 15 Computer, diverse Hard- und Software 406.000 S; Büro- und Industriekaufleute 25 Computer, diverse Hard- und Software 697.000 S; Bürokaufleute 16 Computer, diverse Hard- und Software, 1 Liesegang Display 475.000 S; Chemie, Leder, Papier 2 Computer, 2 Verwaltungscomputer mit Drucker, diverse Hard- und Software, 1 Kontaktwassergerät 205.000 S; Einzelhandel I 30 Computer, 1 Verwaltungscomputer mit Drucker, diverse Hard- und Software 821.500 S; Einzelhandel II 19 Computer, 2 Drucker, diverse Hard- und Software 528.000 S; Einzelhandel III 30 Computer, 3

Drucker, diverse Hard- und Software 771.000 S; Einzelhandel IV 34 Computer, 2 Drucker, 1 Verwaltungscomputer mit Drucker, diverse Hard- und Software 946.000 S; Büro-, Industrie- und Speditionskaufleute 1 Verwaltungscomputer mit Drucker, diverse Hard- und Software 106.500 S; Elektromechanik 1 Computer, diverse Hard- und Software 93.500 S; Elektrotechnik I 1 Computer, diverse Hard- und Software, 27 Meßgeräte, 5 Euro-Kassetten 143.500 S; Elektrotechnik II diverse Hard- und Software, 5 Laborspannungsversorgungen mit Zubehör 394.500 S; Friseur I 2 Verwaltungscomputer, 1 Drucker, diverse Hard- und Software 98.000 S; Friseur II 1 Computer, diverse Hard- und Software, 1 Kosmetikwerkstätteneinrichtung, 1 Friseurlehrwerkstätteneinrichtung, 1 Epilationsgerät 1,365.500 S; Friseur III 7 Computer, 1 Drucker, diverse Hard- und Software 225.500 S; Gärtner und Floristen 1 Verwaltungscomputer mit Drucker, diverse Hard- und Software, 1 Topfballenpreßmaschine 140.000 S; Gastgewerbe 16 Computer, 2 Drucker, diverse Hard- und Software, 1 Dienstleistung Digital, diverses Geschirr und Besteck 521.500 S; Graphisches Gewerbe diverse Software 6.500 S; Großhandel 8 Computer, diverse Hard- und Software 369.500 S; Holzbearbeitung 1 Computer, 1 Videonetzaufrüstung, 1 Verwaltungscomputer mit Drucker, diverse Hard- und Software, 1 Tischfräsmaschine 243.000 S; Industriekaufleute 1 Verwaltungscomputer mit Drucker, diverse Hard- und Software 253.000 S; KFZ-Technik I 2 Computer, 1 Drucker, diverse Hard- und Software, 1 Wassergehaltsbestimmungsgerät 120.500 S; KFZ-Technik II 4 Computer, 1 A4-Scanner, diverse Hard- und Software, 1 Kommunikationspult mit Zubehör 547.500 S; Maler und Kunstgewerbe 1 Drucker, 1 Verwaltungscomputer mit Drucker, diverse Hard- und Software 58.500 S; Mechaniker und Optiker 1 Lehrsaal-Videovernetzung, 1 Lehrsaalumrüstung, 2 Verwaltungscomputer mit Drucker, diverse Hard- und Software 473.500 S; Nachrichtentechnik 5 Computer, 2 Drucker, 1 A4-Scanner, diverse Hard- und Software, 1 Datenübertragungsgerät mit Modem und Fehlersimulation, diverse Meßgeräte, diverse Oszilloskope 347.000 S; Sanitär und Heizungstechnik 1 Computer, diverse Hard- und Software, 5 Übungstafeln über verschiedene Heizungssysteme, diverse Systemwände 1,308.000 S; Schlosser und Glaser 3 Computer, 1 Verwaltungscomputer mit Drucker, 1 20-Zoll-Bildschirm, diverse Hard- und Software, 1 Kantenbearbeitungsmaschine 637.500 S; Spengler und Karosseure diverse Hard- und Software, 1 Rundmaschine mit Zubehör 98.000 S; Technische Zeichner und Zahntechniker 12 Computer, diverse Hard- und Software, 1 Vakuum Druckgußgerät, 7 Zeichenanlagen 894.500 S; Festsaal des 3. ZBG (12, Längenfeldgasse) 1 Videoprojektor, diverse Einrichtungsgegenstände, diverse Reinigungsgeräte 1,308.000 S.

Insgesamt wurden 1996 für die Anschaffung von Maschinen und Werkzeugen 16,352.000 S aufgewendet. Für den praktischen Unterricht im Jahre 1996 waren 8,620.000 S, für den theoretischen Unterricht 2,190.000 S erforderlich. Der Stadt Wien erwachsen für die Erhaltung der Berufsschulen Gesamtkosten von 787,424.000 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrpersonalaufwand enthalten, von dem 50 Prozent auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes 1993 vom Bund der Stadt Wien rückerstattet werden.

Der Unterricht an den 35 Wiener Berufsschulen, die in 17 Schulgebäuden untergebracht sind, wird im allgemeinen ganzjährig geführt; es bestehen jedoch auch andere Organisationsformen, wie z. B. für die Berufsschulen für Einzelhandelskaufleute: Hier kommen die SchülerInnen in der 1. Klasse im ersten Semester an zwei Tagen (je 8 Unterrichtseinheiten an Pflichtgegenständen) und im zweiten Semester an zwei Tagen (einmal 8 und einmal 7 Unterrichtseinheiten an Pflichtgegenständen) in die Schule. In der zweiten und dritten Klasse an jeweils einem Tag (8 Unterrichtseinheiten an Pflichtgegenständen). Freigegegenstände können die tägliche Unterrichtszeit erhöhen. Berufsschule für Elektrotechnik I: Im ersten Semester des ersten Schuljahres – 1 Schultag; im zweiten Semester – 2 Schultage; im zweiten, dritten und vierten Schuljahr je 1 Schultag. Diese Form wird überwiegend für den industriellen Bereich angeboten (vereinzelt auch im Gewerbe). Für den gewerblichen Bereich wird im ersten Schuljahr 1 1/2 Schultage durchgehend (1. und 2. Semester) unterrichtet, im zweiten, dritten und vierten Schuljahr je 1 Schultag. Bei den Anlagenmonteuren im vierten Lehrjahr geblockter Unterricht (2 x 2 Wochen). Berufsschule für Elektrotechnik II: Generell geblockter Unterricht seit September 1996. Berufsschule für Nachrichtentechnik: Ganzjähriger Unterricht. Allerdings werden auch Lehrplaninhalte der Berufsschulzeiterweiterung (120 Unterrichtseinheiten Hochtechnologie bzw. Laborunterricht) in geblockter Form unterrichtet. Berufsschule für Sanitär- und Heizungstechnik: Komplette auf geblockten Unterricht umgestiegen (September 1996). Berufsschule für Graphisches Gewerbe: Der Unterricht im Gegenstand Praktische Arbeit erfolgt für die Lehrberufe Reprotechniker, Drucker, Druckvorstufentechniker und Fotograf in geblockter Form. Berufsschule für Maler und Kunstgewerbe: Im Lehrberuf Maler und Anstreicher wurde komplett auf Blockunterricht umgestiegen. Die Schilderhersteller werden im zweiten Semester der dritten Klasse 2 x 2 Wochen unterrichtet. Berufsschule für Baugewerbe: Nahezu alle Berufsgruppen sind bereits auf Blockunterricht umgestellt. Berufsschule für Mechaniker und Optiker: Lehrgangsmäßiger Unterricht für den Lehrberuf Verpackungsmittelmechaniker. Berufsschule für Gärtner und Floristen: Lehrgangsmäßiger Unterricht. Berufsschule für Einzelhandel III: Lehrgangsmäßiger Unterricht bei den Reisebüroassistenten.

Das Ziel der Verfächlichung wurde in Wien vollkommen erreicht. In den meisten Lehrberufen bestehen eigene Fachklassen, in etlichen Lehrberufen wurden in den fachtheoretischen Gegenständen Gruppenteilungen eingerichtet, nur in wenigen Gewerben werden auf Grund der geringen Schülerzahl mehrere Schulstufen in einer Klasse zusammengefaßt. Darüber hinaus werden Lehrlinge aus mehreren oder allen Bundesländern, die in Splitterberufen ausgebildet werden, auf Grund von Vereinbarungen mit den einzelnen Landesregierungen in Lehrgängen unterrichtet, die in acht bis zwölf Wochen den Lehrstoff eines Jahres vermitteln. Wien betreute im Schuljahr 1995/96 54 Lehrgangs-

klassen mit Schülern folgender Lehrberufe: Gärtner, Floristen, Musikinstrumentenerzeuger, Klaviermacher und Orgelbauer, Holz- und Steinbildhauer, Drechsler, Verpackungsmittelmechaniker, Textilmechaniker, Präparatoren, Hutmacher (Modist), Tierpfleger, Kürschner, Reisebüroassistent sowie Weiß-, Rot- und Sämischgerber. Andererseits besuchten rund 1 Prozent der Wiener Lehrlinge, unter anderem Büchsenmacher, Vulkaniseure, Dachdecker, Hotel- und Gastgewerbeassistenten (auslaufend), Lehrgänge in anderen Bundesländern.

Die Zunahme von SchülerInnen mit mangelnden Deutschkenntnissen seit dem Schuljahr 1991/92 erforderte schnelle, unkonventionelle Maßnahmen der Schulbehörde. So bekannten sich im Oktober 1995 29,17 Prozent aller Wiener BerufsschülerInnen zu einer nichtdeutschen Muttersprache. Im Schuljahr 1995/96 wurde ein Schulversuch geführt, der auf diese Problematik Rücksicht nimmt.

Das pädagogische Konzept der Wiener Berufsschulen ist darauf ausgerichtet, durch Bereitstellen optimaler Lernbedingungen und durch eine bestmögliche Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung die dreifache Aufgabe der österreichischen Berufsschule, nämlich die Vermittlung der grundlegenden theoretischen Kenntnisse, die Förderung und Ergänzung der betrieblichen Ausbildung sowie die Erweiterung der Allgemeinbildung, zu erfüllen.

1996 hat die pädagogische Arbeitsstelle der Wiener Berufsschulen ihre Arbeit weitergeführt und sich zum Ziel gesetzt, für die unterrichtliche Praxis relevante Informationen zu sammeln, Unterrichtsmaterialien zu erstellen und diese den LehrerInnen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus soll diese Arbeitsstelle auch den Austausch von Erfahrungen aus dem Unterrichtsalltag ermöglichen, damit gute und erprobte Ideen zur Unterrichtsplanung und -gestaltung möglichst rasch allen Interessierten zur Kenntnis gebracht und von diesen auch angewendet werden können. Einen besonderen Schwerpunkt sieht die Arbeitsstelle in der Erarbeitung von Unterrichtsprojekten, die die Verbindung der einzelnen Fachgruppen untereinander verstärkt ermöglichen soll. Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Institutionen, wie z. B. der Arbeiterkammer, wurde ausgebaut.

An der Berufsschule für Büro- und Industriekaufleute wird ein Schulversuch für Lehrlinge im Lehrberuf „Bürokaufmann“ durchgeführt, der die Ausweitung und Neueinführung von Pflichtgegenständen beinhaltet, um den durch den vermehrten Einsatz der EDV im Verwaltungsbereich geänderten Anforderungen Rechnung zu tragen. In diesem Schulversuch wird die Unterrichtszeit von 9 auf 14 Unterrichtseinheiten pro Woche, das sind 560 Jahreswochenstunden pro Schulstufe, ausgeweitet.

Für SchülerInnen aus dem Elektrobereich wurde ein Freigegegenstand „Fotovoltaik“ in Form eines Schulversuches geführt. Schulversuche zur Integration behinderter Jugendlicher wurden in 15 Klassen geführt. Durch die weitere Ausstattung der Wiener Berufsschulen mit Funktionsräumen und die bauliche Ausgestaltung wurden die Grundlagen für das vermehrte Angebot, einen Freigegegenstand zu besuchen, geschaffen.

An den Wiener Berufsschulen werden die Freigegegenstände Religion und Lebende Fremdsprachen (Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch) sowie unverbindliche Übungen (Leibesübungen) angeboten.

Die Fachschulen der Stadt Wien für wirtschaftliche Berufe sind in erster Linie mittlere berufsbildende Schulen mit einer gut fundierten praktischen Ausbildung für Großhaushalte und Fremdenverkehrsbetriebe sowie für kaufmännische Berufe. Als zweite Ausbildungsmöglichkeit wird eine einjährige Haushaltungsschule, die das 9. Schuljahr ersetzt, angeboten.

Die Fachschule für wirtschaftliche Berufe in 9, Hahngasse 35, führt den Ausbildungsschwerpunkt Ernährungs- und Betriebswirtschaft.

Die Fachschule für wirtschaftliche Berufe in 12, Dörfelstaße 1, führt die Ausbildungszweige zweite Lebende Fremdsprache (Französisch) sowie Gesundheit und Soziales.

An der Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik wird ab dem Schuljahr 1995/96 der Ausbildungsschwerpunkt Modedesign, der den Schulversuch gleichen Namens ablöst, geführt. Im Kernbereich wird neben allgemeinbildenden Fächern unter anderem Betriebswirtschaft, Wirtschaftsinformatik und Textverarbeitung unterrichtet. Im Gegenstand Werkstätte wird je nach Ausbildungsschwerpunkt differenziert unterrichtet. Es kann zwischen vier Ausbildungsschwerpunkten gewählt werden. Die vierjährige Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik wird nur noch auslaufend geführt (bis 1996/97).

Diese drei Fachschulen sind Privatschulen der Stadt Wien; sie führten im Schuljahr 1995/96 zusammen 20 Klassen mit 516 SchülerInnen. In der Fachschule 9, Hahngasse 35, wurde im Jahre 1996 die bestehende WC-Gruppe mit einem Aufwand von 2,5 Millionen Schilling modernisiert.

Der Sachaufwand betrug für die Fachschule 9, Hahngasse 35 (1 Verwaltungscomputer mit Drucker, diverse Hard- und Software) 171.500 S; die Fachschule 12, Dörfelstraße 1 (diverse Hard- und Software, 1 Wärmeschrank, diverse Bügelmaschinen) 62.500 S und für die Fachschule 15, Siebeneichengasse 17 (1 Verwaltungscomputer, diverse Hard- und Software, 1 Overhead-Farbdisplay, 1 Overheadprojektor) 377.000 S.

Der Gesamtaufwand für die Fachschulen der Stadt Wien betrug im Jahre 1996 rund 73 Millionen Schilling. Auf Grund einer Subventionsvereinbarung werden 80 Prozent des Lehrpersonalaufwandes (Aktivbezüge) vom Bund der Stadt Wien refundiert.

Die Abteilung deckt auch den LehrerInnenbedarf für das erste Ausbildungsjahr an den drei Krankenpflegeschulen der Stadt Wien.

Das Pädagogische Institut (PI) der Stadt Wien ist eine von der Stadt Wien erhaltene Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht und dient der Fort- und Weiterbildung der LehrerInnen an allgemeinbildenden Pflichtschulen

und an allgemeinbildenden höheren Schulen sowie der KindergärtnerInnen und HorterzieherInnen. Ferner beschäftigt sich das Institut mit pädagogischer Tatsachenforschung, die Aufgaben der Schulforschung und Schulentwicklung wahrnimmt. Am Institut bestehen weitere Einrichtungen (Projektzentren), zum Unterricht in Umweltfragen ein Umweltbüro, ein Gesundheitsförderungszentrum und eine Studienbücherei (Pädagogische Zentralbücherei).

Das PI arbeitet mit Universitäten, anderen Pädagogischen Instituten, der Arbeiterkammer, dem Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik (OIE), Einrichtungen der Kindergartenpädagogik, den Pädagogischen Akademien und anderen Instituten der Erwachsenenbildung zusammen.

Schwerpunkte lagen in der aktiven Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Gesellschaft; Integration, Suchtprävention, AIDS-Aufklärung, Umgang mit Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache, Hilfen bei Verhaltensauffälligkeiten u. a. m. Gleichzeitig wurde Hauptaugenmerk auf neue Lehr- und Lernformen, auf lebensbegleitendes Lernen, auf das Jahr der Toleranz und der Familie gelegt.

In mehr als 2.617 Veranstaltungen, auch unter internationaler Beteiligung, haben rund 1.369 DozentInnen 25.000 HörerInnen betreut.

Das PI hat seine Verwaltungsstruktur auf einen modernen EDV-gestützten Betrieb für mehr als insgesamt 20.500 Wiener LehrerInnen umgestellt. Mit dieser Maßnahme konnte auch das PI den Schritt an Schulen im Sinne von „Schulinterner Lehrerfortbildung“ setzen. Diese neue Qualität der Fortbildung wird dazu beitragen, Innovationen und Organisationsentwicklung an der einzelnen Schule zu ermöglichen.

Das PI ist aber auch kulturelles Zentrum im 7. Wiener Gemeindebezirk, hat Lesungen, Musikvorführungen, Kunstausstellungen und Präsentationen geboten.

Die Pädagogische Zentralbücherei hat die Sammlung von Literatur der Erziehungswissenschaften sowie deren sämtlichen Teilgebieten, und zwar hauptsächlich aus dem gesamten deutschen Sprachraum, zum Ziel.

Zur größtmöglichen Vervollständigung dieser Literatur wird wegen der Verflechtung mit Nachbardisziplinen wie Psychologie, Soziologie usw. auch deren Schrifttum, soweit für die Pädagogik relevant, mitgesammelt.

Der Bücherzuwachs betrug im Schuljahr 1995/96 583 Bände, wodurch der Bücherbestand zum Ende des Schuljahres auf 192.884 Bände (Bücher und Zeitschriften) angewachsen ist. Verschiedene Nachschlagewerke wurden durch Neuerwerbungen wieder ergänzt und somit der wissenschaftliche Handapparat auf den neuesten Stand gebracht. Im Studienjahr 1995/96 besuchten 9.872 LehrerInnen und StudentInnen die Bücherei, von denen 3.925 LeserInnen 19.234 Bücher entlehnten. Der Lesesaal wurde von 2.171 LeserInnen besucht, die 10.859 Bücher und Zeitschriften benutzten. Die gesamte Buchbewegung umfaßte somit 30.093 Bände.

## Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten

Ein wichtiges Ziel des Frauenbüros ist es seit seiner Installierung im Jahr 1991, den Anteil von Frauen, vor allem in höheren Verwaltungsebenen und in Sachbereichen, in denen Frauen bisher nur gering vertreten sind, zu steigern und die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. Die Tatsache, daß sich weibliche Magistratsbedienstete wegen von ihnen als diskriminierend empfundener Aufnahme- und Beförderungsverfahren an das Frauenbüro wandten, unterstreicht dieses Anliegen. Zur Durchsetzung der Chancengleichheit wurden 1996 die entsprechenden legislativen Grundlagen geschaffen:

Am 26. Jänner 1996 wurde im Wiener Landtag das Wiener Gleichbehandlungsgesetz beschlossen. Mit diesem Gesetz zur Förderung der weiblichen Bediensteten will die Gemeinde Wien als Dienstgeberin jetzt einen wichtigen Schritt zur Durchsetzung der Chancengleichheit von Mann und Frau im öffentlichen Dienst tun. Das Wiener Gleichbehandlungsgesetz (Gesetz über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Förderung von Frauen als Bedienstete der Gemeinde Wien, LGBl. für Wien Nr. 18/1996) ist mit 1. Mai 1996 in Kraft getreten. Einer der Schwerpunkte in der Arbeit der Abteilung war es daher, das Gleichbehandlungsgesetz mit Leben zu füllen.

### 1. Gleichbehandlung und Frauenförderung bei der Gemeinde Wien – das Wiener Gleichbehandlungsgesetz

Im Berichtsjahr war die Abteilung maßgeblich an der Umsetzung des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes beteiligt; zuerst mußte allerdings die erforderliche personelle und institutionelle Infrastruktur geschaffen werden.

#### Auswahl und Bestellung der fünf Gleichbehandlungsbeauftragten und Einrichtung eines eigenen Büros

Die Abteilung hat im Juni 1996 ein Verfahren zur Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten für die Funktion der Gleichbehandlungsbeauftragten durchgeführt. Ein diesbezüglicher Dreivorschlag wurde an die für Frauenfragen zuständige Stadträtin und an den für Personal zuständigen Stadtrat übermittelt. Die Abteilung unterstützte die bestellten fünf Gleichbehandlungsbeauftragten und deren Stellvertreterinnen bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit mit Informationen und praktischer Hilfe. So wurden gemeinsam mit der MD-VA Ausbildungsseminare konzipiert und Schulungen über das Wiener Gleichbehandlungsgesetz und Fortbildungen zur Vertiefung in personalrelevante Rechtsmaterien sowie Kommunikations- und Konfliktlösungsseminare durchgeführt.

Die Wiener Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen:

Konstituierung, Aufgaben, Bürogeschäfte

Die Konstituierung der Wiener Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen erfolgte am 18. Juli 1996. Nach der Bestellung der fünf Gleichbehandlungsbeauftragten und ihrer Stellvertreterinnen war dies der nächste Schritt für die Umsetzung des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes. Die Wiener Arbeitsgruppe hatte in der Zeit von August bis Oktober 1996 Vorschläge für die Bestellung der Kontaktfrauen zu erarbeiten. Als weitere Aufgaben waren Vorschläge für die Erstellung der Frauenförderungspläne und den ersten Bericht der Arbeitsgruppe über den Stand der Verwirklichung von Gleichbehandlung und Frauenförderung bei der Gemeinde Wien im abgelaufenen Kalenderjahr in Angriff zu nehmen. Die Aufgaben der Wiener Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen sind in erster Linie: Informationsaustausch und gemeinsame Beratung in Angelegenheiten der Gleichbehandlung und Frauenförderung, Erstellen eines jährlichen Berichts über die Verwirklichung der Gleichbehandlung und Frauenförderung in den Ressorts und die Antragstellung an die Gleichbehandlungskommission wegen einer behaupteten Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes oder des Frauenförderungsgebotes. Durch eine Verordnung für die Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien wurde der Abteilung die „Führung der Bürogeschäfte der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen sowie die Erstellung, Fortschreibung und Anpassung der Frauenförderungspläne“ zugewiesen. Zwei Vertreterinnen der Abteilung sind seit August 1996 für fünf Jahre als Mitglieder in der Gleichbehandlungskommission bestellt.

Auswahl und Bestellung der Kontaktfrauen

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt der Arbeitsgruppe lag im Erstellen eines mit den zuständigen Dienststellenausschüssen akkordierten Vorschlags für die Bestellung von 136 Kontaktfrauen, die als erste Anlaufstelle für Fragen im Zusammenhang mit der Gleichbehandlung und Frauenförderung wirken sollen. In der Zeitschrift „Wien aktuell“ wurden die Stellenausschreibungen mit 1. August 1996 bekannt gemacht. Insgesamt sind bei der Arbeitsgruppe 153 Bewerbungen fristgerecht eingelangt; im Laufe des Oktobers wurden 136 Kontaktfrauen vom Personalstadtrat im Einvernehmen mit der Frauenstadträtin bestellt.

Vorbereitungsarbeiten für das Erstellen der Frauenförderungspläne und des jährlichen Berichts der Wiener Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen gemäß § 32 Z. 3 WGBG;  
Aufbau eines Netzwerks mit den Gleichbehandlungsbeauftragten des Bundes

Mit August 1996 nahm die Abteilung Kontakt mit den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen für Gleichbehandlungsfragen des Bundes auf und bat um Übermittlung der Frauenförderungspläne und der Berichte der Bundesdienststellen, um den für die Erstellung der Frauenförderungspläne der Stadt Wien nötigen Informations- und Erfahrungsaustausch vorzunehmen. Unter diesem Gesichtspunkt fand im Oktober 1996 auch ein gemeinsamer Workshop statt. Die für die Frauenförderungspläne erforderlichen statistischen Grundlagen betreffend die Beschäftigtenstruktur wurden von der Abteilung mit Hilfe der durch die MD-PD angeforderten Erfassungsblätter aller Dienststellen erarbeitet, nach verschiedenen Kriterien zusammengefaßt und ausgewertet und von Oktober 1996 bis Mitte Jänner 1997 sukzessive an die Arbeitsgruppe weitergeleitet.

Schulungen; Ausarbeiten einer Infobroschüre über das Gleichbehandlungsgesetz

Im November 1996 fand erstmals ein von der MD-Verwaltungsakademie veranstaltetes und von der Juristin der Abteilung geleitetes allgemeines Fortbildungsseminar zum Thema „Das Wiener Gleichbehandlungsgesetz“ statt. Rund 30 Bedienstete aus den Bereichen des Magistrats, des Wiener Krankenanstaltenverbundes und der Wiener Stadtwerke nahmen daran teil. Auch bei der Umsetzung anderer frauenspezifischer Seminare der MD-VA und Schulungen der Gleichbehandlungsbeauftragten hat die Abteilung mitgewirkt. Im Dezember 1996 wurden in der MD-VA für Kontaktfrauen zwei Schulungsveranstaltungen zum Wiener Gleichbehandlungsgesetz von den Gleichbehandlungsbeauftragten und der Juristin der Abteilung abgehalten. Weitere Veranstaltungen dieser Art sind für das Jahr 1997 geplant. Die Informationstätigkeit der Abteilung über das Wiener Gleichbehandlungsgesetz umfaßte neben der Mitwirkung an den Informationsveranstaltungen für DienststellenleiterInnen die Erstellung der Informationsschrift „Das Wiener Gleichbehandlungsgesetz im Überblick für Bedienstete der Gemeinde Wien“, die an zahlreiche Interessierte versendet wurde. Ende 1996 wurde durch Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe und der Abteilung die Broschüre „Mehr Chancen für Frauen – Miteinander zur Gleichberechtigung“ fertiggestellt und in einer Erstauflage von 80.000 Stück gedruckt. Sie informiert in allgemein verständlicher Form über die wichtigsten Bestimmungen des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes und gibt überdies den vollständigen Gesetzestext wieder. Die Broschüre wird an alle Bediensteten der Gemeinde Wien übermittelt werden.

Mitwirkung bei relevanten Verordnungen

Abgesehen von der Mitarbeit am Wiener Gleichbehandlungsgesetz selbst war die Abteilung auch an der Erarbeitung von Rechtsvorschriften für die Umsetzung des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes beteiligt. Dies betraf die Ver-

ordnung über die Wirkungsbereiche der Gleichbehandlungsbeauftragten, die Geschäftsordnung der Gleichbehandlungskommission und jene der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen.

## 2. Ausbau von Beratung und Service für Wiener Frauen

Themenschwerpunkt: Gewalt

### 24-Stunden-Frauennotruf

Der 24-Stunden-Frauennotruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen nahm in der Nacht von 31. Dezember 1995 auf 1. Jänner 1996 seinen Betrieb auf. Ziel dieser Einrichtung ist es, von sexueller Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen rasche und professionelle Hilfestellung zu bieten, unabhängig davon, wie lange die Gewalterfahrung zurückliegt. Durch die Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit liegt der Schwerpunkt der Beratungstätigkeit bei der Soforthilfe nach Vergewaltigungen. Sexuelle Angriffe und Vergewaltigungen im privaten und öffentlichen Raum gehören leider immer noch ebenso zum Alltag von Frauen, wie telefonische Belästigung, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, sexueller Mißbrauch, Bedrohung und Vergewaltigung. Das Angebot des Frauennotrufs umfaßt die telefonische Beratung und Information, persönliche Beratung, Krisenintervention und Nachbetreuung, Begleitung und Unterstützung bei einer Anzeige, bei einer medizinischen Untersuchung, auf dem Weg durch die Justiz und Beratung von Angehörigen, FreundInnen und Bekannten. Derzeit betreuen acht angestellte Mitarbeiterinnen und acht magistratsinterne Pool-Mitarbeiterinnen mit Fachwissen aus den Bereichen Psychologie, Psychotherapie, Sozialarbeit, Recht, Soziologie und Medizin die 24-Stunden-Einrichtung. Der Frauennotruf wurde durch Plakate in den öffentlichen Verkehrsmitteln, eine Inseratenkampagne in den Tagesmedien und durch Klebeetiketten, die in Amtsgebäuden, Krankenhäusern, Polizei, Schulen, den Städtischen Bädern sowie in privaten Einrichtungen angebracht wurden, publik gemacht. Außerdem wurden 30.000 Stück Folder mit herausnehmbarer Notfallkarte in Visitenkartenformat an relevante Einrichtungen versandt. Die PR-Maßnahmen führten zu einem außerordentlich großen Medienecho. Am 24. Oktober fand ein „Tag der offenen Tür“ statt, zu dem gezielte Einladungen an Institutionen und MitarbeiterInnen der Stadt Wien versandt wurden. Insgesamt konnte der Frauennotruf 1996 bei 1.938 telefonischen und bei 176 persönlichen Beratungsgesprächen Hilfestellung leisten. Die meisten Gespräche gab es zum Themenbereich Vergewaltigung, psychosexuelle Gewalt und Gewalt in der Beziehung. Einen sehr wichtigen Schwerpunkt in der Arbeit des Frauennotrufs stellt auch die Vernetzung mit anderen Institutionen dar: So wurden 1996 regelmäßig Seminare zur Thematik „Hintergründe von Gewalt und spezielle Krisenintervention in der Polizeiarbeit“ angeboten, die bei den SicherheitswachbeamtInnen auf sehr großes Interesse stießen.

### Frauenhäuser: Inbetriebnahme des 3. Wiener Frauenhauses

Der Verein „Wiener Frauenhäuser“ führt die drei Wiener Frauenhäuser, eine Beratungsstelle und betreut zusätzlich 14 Übergangswohnungen. Im Dezember 1996 wurde jenseits der Donau das dritte Wiener Frauenhaus eröffnet. Das Frauenbüro war hauptsächlich in die Planungsarbeiten, die sich auf besondere Sicherheitsvorkehrungen konzentrierten, eingebunden. Im Laufe des Jahres haben 387 Frauen (mit 12.345 Übernachtungen) und 343 Kinder (mit 13.211 Übernachtungen) in den Frauenhäusern Aufnahme gefunden. Die Beratungsstelle der Frauenhäuser nahmen im Berichtsjahr 2.881 Frauen für ein Beratungsgespräch in Anspruch. 1.157 Frauen holten telefonische Kurzauskünfte ein. Damit nahm die Beratungstätigkeit gegenüber dem Jahr 1994 um rund ein Drittel zu.

### Sicherheitstips

Im Berichtsjahr wurde die Ratgeberin „Sicherheitstips für Frauen“ erarbeitet und publiziert. Diese Broschüre enthält Tipps für Frauen, wie sie Gefahrensituationen besser einschätzen und angemessen reagieren können. Vor allem aber sollen Frauen darin bestärkt werden, Belästigungen und andere Gewalthandlungen nicht passiv hinzunehmen, sondern sich zu wehren und Gegenstrategien zu entwickeln. Die Broschüre wurde an alle Dienststellenleiter des Magistrats, an alle Schülerinnen Wiens ab der 7. Schulstufe, an alle LehrerInnen, Polizeiwachzimmer, Fraueneinrichtungen und Gynäkologische Praxen verteilt.

### Themenschwerpunkt: psychosoziale Beratung und Prävention

#### Frauentelefon

Das „Frauentelefon – Wegweiser für ratsuchende Frauen“ wird von einer diplomierten Sozialarbeiterin betreut und versteht sich als Anlaufstelle für alle Anliegen aus dem Lebensumfeld von Frauen. Kompetente Auskunft bei gezielten Anfragen, Klärung und Beratung bei komplizierteren Problemstellungen sowie adäquate Weitervermittlung an zuständige und/oder spezialisierte Einrichtungen sind die Hauptaufgabenbereiche des Frauentelefons. 1996 wurde das Frauentelefon von 1.030 Personen (auch ein paar Männer waren darunter) kontaktiert. Dies bedeutet im Vergleich zu 1995 mit 783 Anfragen eine Steigerung von rund 31,5 Prozent. Die Schwerpunkte der Anfragen betrafen familienrechtliche Angelegenheiten, insbesondere Scheidung, Wohnungs- und Arbeitssuche, persönliche, psychische und soziale Probleme sowie Auskunft über diverse Veranstaltungen, Broschüren und Einrichtungen.

## Förderung von Frauenprojekten

1996 waren einige Frauen- und Mädchenberatungsstellen, die bereits seit vielen Jahren professionelle Hilfe für Frauen anbieten, von zum Teil massiven Kürzungen seitens des Bundes und des Arbeitsmarktservice betroffen. Um den Weiterbestand dieser wichtigen Komplementärangebote zu sichern, wurde seitens der Stadt Wien das Subventionsbudget gegenüber 1995 um 40 Prozent erhöht. Durch das Vorziehen und die rasche Abwicklung der Förderungsansuchen dieser mischfinanzierten Beratungseinrichtungen, die kontinuierlich das Jahr über arbeiten, wurde weiters verhindert, daß diese Vereine durch zum Teil sehr verspätete Auszahlung der Subventionsgelder seitens des Bundes in prekäre finanzielle Situationen gelangen. Im Bereich der Förderung von frauenspezifischen Projekten wurden im Berichtsjahr 6,850.128 S (1995: 4,844.500 S) an Subventionen vergeben. Insgesamt stellten 47 (1995: 71) Projekte einen Antrag auf Förderung an das Frauenbüro. Die Anträge wurden nach formalen, inhaltlichen und finanziellen Kriterien geprüft. 29 Ansuchen wurden positiv erledigt (1995: 28). Den Großteil der Subventionsmittel (75%) erhielten Projekte, die im Rahmen der Frauen- und Mädchenberatung in unterschiedlichsten Zusammenhängen tätig sind. Die restlichen Mittel wurden für Projekte aus den Bereichen Prävention bei sexuellem Mißbrauch, Wissenschaft/Forschung/Frauenbildung, Literatur/Kultur/Kunst/Kommunikation sowie für diverse Veranstaltungen, die sich mit Frauenthemen beschäftigen, vergeben.

## 3. Wahrnehmen von Frauenanliegen im kommunalen Bereich – Frauenorientierte Querschnittspolitik

### Frauengerechtes Planen und Bauen

#### Modellprojekt „Frauen-Werk-Stadt“

Auf einem 2,3 ha großen Grundstück wird auf Initiative des Frauenbüros der Stadt Wien die „Frauen-Werk-Stadt“, das europaweit größte Wohnbauvorhaben im mehrgeschoßigen Wohnungsbau mit rund 350 Wohnungen ausschließlich von Fachfrauen unter den Aspekten eines frauengerechten Wohn- und Städtebaus geplant und gestaltet. Nachdem am 30. August 1995 der Spatenstich erfolgt war, befaßte sich die Abteilung im Berichtsjahr mit der weiteren Betreuung des Bauprozesses und der Gestaltung der Außenanlagen. Weitere Bemühungen galten der Einrichtung und dem Betrieb der Gemeinschaftseinrichtungen und eines Jugendhauses am Rande der Anlage.

### Frauenorientierte Ausstattung:

#### Kommunikation und Gemeinwesenarbeit

Am 3. Oktober veranstaltete das Frauenbüro in Zusammenarbeit mit den beiden Bauträgern, der Wohnbauvereinigung für Privatangestellte und der Stadt Wien, ein Baustellenfest in der Tiefgarage der „Frauen-Werk-Stadt“. Die Veranstaltung sollte eine erste Möglichkeit zum Kennenlernen der künftigen Mieterinnen und Mieter untereinander und all jener, die an der Planung und am Bau der Siedlung beteiligt sind, bieten. Die MieterInnen wurden unter anderem auch über ihre Wünsche und Ideen zur Nutzung und dem Betrieb von Freizeit- und Gemeinschaftseinrichtungen befragt. Im kommenden Jahr soll es weitere Veranstaltungen und Stammtische in kleineren Runden zu verschiedenen Themen (etwa Ausstattung der Kinderspielplätze oder der Gemeinschaftseinrichtungen) geben.

### Bauträgerwettbewerb

Frauengerechtes Planen und Bauen sind zum Thema geworden. Bei der neuen Form der Bauträgerwettbewerbe für geförderte Wohnbauanlagen wurde es zu einem Kriterium für Ausschreibungen. Die Abteilungsleiterin des Frauenbüros ist in der Jury vertreten.

### Grundstücksbeirat

Bei dem im Dezember 1995 ebenfalls neu eingerichteten Grundstücksbeirat für die sonstigen um Wohnbauförderung eingereichten Bauvorhaben ist die Abteilung in die Vorbegutachtung durch die Fachdienststellen des Magistrates eingebunden. Außerdem gibt die Abteilung Stellungnahmen zu Bauvorhaben der MA 24 ab.

### Schwerpunktbereich „Sicherheit“:

#### Sicherheit in Tiefgaragen

Zum Thema „Tiefgaragen – Frauenparkplätze“ wurde eine Zusammenstellung von Kriterien für frauengerechte und sichere Tiefgaragen sowie spezielle Anforderungen an die häufig ausgewiesenen Frauenparkplätze ausgearbeitet. Es wurden Vorgespräche mit der APCOA und der Handelskammer Wien, Sektion Tankstellen und Garagen, zur – gerade für die Sicherheit von Frauen wichtigen – besseren Ausgestaltung von Tiefgaragen geführt. Die Abteilung gab Stellungnahmen zu diversen Garagenvorhaben in Wien hinsichtlich einer frauengerechten und sicheren Gestaltung ab.

Wohnhausanlagen: Großes Interesse für die „Sicherheitsrichtlinien“

Weiters wurde die Studie „Sicherheit in Wohnhausanlagen“ (Bearbeitung Büro KoseLicka) in Auftrag gegeben: Eingangsbereiche stellen für viele Frauen Angsträume dar. Angsträume sind in vielen Fällen keine Taträume. Erhebungen der Wiener Kriminalpolizei für 1993 zeigen aber, daß eine große Zahl von Gewalttaten an Frauen im Hauseingangsbereich und in Stiegenhäusern passieren (33% aller sexuellen Gewalttaten). Die häufigsten an die Abteilung herangetragenen Beschwerden sind: dichtes und zu hohes Gebüsch direkt neben dem Hauseingang, dichte, hohe Hecken, die direkt neben den Hauptwegen gepflanzt sind, schlechte Beleuchtung, unklare, verwinkelte Wegführung bis zum eigenen Hauseingang, problematische Standorte und Einbuschung der Mistplätze, die oft direkt neben dem Eingangsbereich angeordnet sind. Die Publikation bietet, in Fortführung der „Richtlinien für eine sichere Stadt“, Gestaltungskriterien für die künftige Planung und Gestaltung von Eingangsbereichen, Freiflächen und Wegführung sowie Zugängen von Gemeinschaftseinrichtungen bei größeren Wohnhausanlagen.

Anfragen zum Bereich Planen und Bauen

Im Bereich „Frauengerechtes Planen und Bauen“ wurden 1996 rund 150 Anrufe und schriftliche Anfragen gezählt. Rund die Hälfte der Anfragen bzw. Beschwerden kam von interessierten WienerInnen. Der Rest kam einerseits von StudentInnen oder Lehrenden aus dem universitären Bereich und andererseits von MitarbeiterInnen in- und ausländischer Fachdienststellen der Bereiche Planung bzw. Frauenförderung. Hauptanliegen der Anrufer und Schreibenden waren Informationen und Zusendung von Unterlagen zum Modellprojekt „Frauen-Werk-Stadt“, allgemeine Informationen zu Kriterien für einen frauengerechten Wohnbau, Informationen über Arbeiten des Frauenbüros zum Bereich Sicherheit im öffentlichen Raum, Probleme mit Sicherheit bzw. Unsicherheitsgefühlen in Wohnhausanlagen und an bestimmten öffentlichen Orten, Probleme mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie allgemeine Informationen über die Tätigkeit des Frauenbüros im Bereich Stadtplanung.

Neue Themen

Mädchen und öffentlicher Raum

1996 beschäftigte sich die Abteilung erstmals mit einem völlig neuen querschnittsorientierten Schwerpunkt: Zum Thema „Mädchen und öffentlicher Raum“ wurde die Studie „Mädchen und ihre Aneignung von Flächen im Park bzw. auf öffentlichen Plätzen“ in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse 1997 veröffentlicht und umgesetzt werden sollen.

Gesundheit: Handbuch für Mädchen und Frauen in Wien

Ebenfalls neu ist die Auseinandersetzung mit dem Thema „Frauen und Gesundheit“: Das Ludwig-Boltzmann-Institut für Gesundheitspsychologie der Frau wurde beauftragt, alle Gesundheitseinrichtungen in Wien und Angebote im psychosozialen Bereich für Mädchen und Frauen zu recherchieren und die Daten einerseits statistisch auszuwerten, andererseits ein Benutzerinnenhandbuch für Mädchen und Frauen in Wien zu erarbeiten. Für die Auswahl der Einrichtungen orientierte sich das Institut an der Definition von Gesundheit durch die WHO; die Palette reicht daher weit über medizinische Institutionen hinaus und umfaßt auch jene, die indirekt zur Gesundheit von Frauen beitragen, wie z. B. Einrichtungen, die sich mit Themen wie Wohnen und Arbeit befassen. Methodisch wurde für diese Recherche eine Sekundäranalyse vorhandener Daten und eine schriftliche Befragung bei den verschiedenen Einrichtungen Wiens durchgeführt. Die statistische Auswertung ergab spezifische regionale Angebotsmängel, z. B. bei der Versorgung mit FrauenärztInnen. Die Erhebung steht dem Frauentelefon und dem Frauennotruf zur Verfügung.

1. Wiener Frauengesundheitsbericht

Das Ludwig-Boltzmann-Institut für Gesundheitspsychologie der Frau erarbeitete im Auftrag der MA 15 den 1. Wiener Frauengesundheitsbericht, der erstmals umfassend vorhandene Gesundheitsdaten geschlechtsspezifisch aufbereitet und geschlechtsspezifische Belastungen und Gesundheitsrisiken von Frauen in Wien aufzeigt. Der Gesundheitsbericht ist Teil einer europaweit gesetzten Maßnahme der WHO zur Gesundheitsförderung von Frauen. Er schafft einen Überblick über spezifische Gesundheitsaspekte von Frauen und soll als Basis für zukünftige gesundheitspolitische Maßnahmen und Präventionsstrategien dienen. Das Frauenbüro publizierte die wichtigsten Ergebnisse dieses Berichts in der Schriftenreihe des Frauenbüros, um die Daten der Fachwelt, frauenpolitisch Engagierten und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Frauengesundheitsbeauftragte

Am 24. September 1996 wurde Univ.-Prof. Dr. Beate Wimmer-Puchinger, die Leiterin des „Ludwig-Boltzmann-Institutes für Gesundheitspsychologie der Frau“, von Gesundheitsstadtrat Dr. Sepp Rieder zur Wiener Frauengesundheitsbeauftragten ernannt. Wien ist somit das erste Bundesland Österreichs, in dem eine Frauengesundheitsbeauftragte als Impulsgeberin in Sachen Frauengesundheit agieren, sämtliche Aktivitäten in diesem Bereich registrieren und bei Bedarf koordinieren und zusammenführen wird.

#### Arbeitskreis „Fraueninteressen am Arbeitsmarkt“

Das Frauenbüro wurde zur Teilnahme an einem bestehenden Netzwerk eingeladen, bei dem erstmals Kontakte mit Fachfrauen aus anderen Einrichtungen (Frauen- bzw. Sozialministerium, Wiener Arbeiterkammer, Gewerkschaften, Arbeitsmarktservice) geknüpft wurden. Vertreterinnen des Frauenbüros nahmen regelmäßig an den Besprechungen dieses Vernetzungsgremiums teil, das schwerpunktmäßig dem Informations- und Erfahrungsaustausch dient.

#### 4. Grundlagenarbeit

##### Situationsbericht „Frauen in Wien“

Ziel der Grundlagenarbeit des Frauenbüros ist es, frauenrelevante Problemfelder sowie geschlechtsspezifische Bedarfslagen zu erfassen, um Entscheidungshilfen für die Kommunalpolitik, die Planung, die Gesetzgebung und die Verwaltung bereitzustellen. Frauenrelevante Informationen, Daten und Forschungsberichte werden für die Arbeit des Frauenbüros selbst aufgearbeitet und auch für frauenspezifische Anfragen anderer Magistratsabteilungen zur Verfügung gestellt. Im Berichtsjahr wurde der Situationsbericht 1996 „Frauen in Wien – Zahlen, Fakten und Probleme“, der 1993 erstmals erstellt wurde, aktualisiert und erweitert und als Band 3 „Situationsbericht 1996 – Frauen in Wien – Zahlen, Fakten und Probleme“ der Schriftenreihe des Frauenbüros herausgegeben. Der aktuelle Bericht faßt neueste Daten zur Lebenswelt von Frauen zusammen, wobei einerseits vorhandene Daten aus der Volkszählung 1991 berücksichtigt, Sonderauswertungen aus dem Datenmaterial der Volkszählung 1991 vorgenommen und weitere Daten aus aktuellen Mikrozensushebungen und geschlechtsspezifischen Forschungsarbeiten verwendet wurden. Der aktualisierte Situationsbericht ist daher umfassender und um Fragestellungen, wie z. B. Zeitverwendung von Frauen und Männern, Freizeitverhalten und Mobilität erweitert. Das Kapitel „Frauen im Bundes- und Gemeindedienst“ wurde in Hinblick auf das Wiener Gleichbehandlungsgesetz um spezielle Personalstatistiken ergänzt.

##### „Leben in Wien“

Die Abteilung war im Berichtsjahr weiters mit der Großerhebung „Leben in Wien“ befaßt. Es wurde ein Rohkonzept für die Auswertung und die Erarbeitung eines Berichts erstellt, der ergänzend zu den vorhandenen Auswertungen bzw. Tabellenbänden spezifische Problemlagen von Frauen aufzeigen soll. Die Publikation der Studie erfolgt 1997.

##### Studie über geschlechtsspezifisches Verhalten am Arbeitsplatz

Ein Schritt von seiten der Abteilung zur Umsetzung des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes war die Beauftragung einer psychologischen Studie über die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Kommunikation und im Verhalten bei Problemlösungen am Arbeitsplatz. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Untersuchung des Verhaltens in Führungspositionen und bei der Zusammenarbeit mit Kollegen bzw. innerhalb einer Gruppe gelegt. Die Ergebnisse der Studie von Eva Nowotny sind in das Programm der Verwaltungsakademie eingeflossen.

##### Mitwirkung an frauenrelevanten Rechtsangelegenheiten

Aus Sicht des Wirkungsbereiches der Abteilung wurden zahlreiche juristische Stellungnahmen zu Entwürfen von Bundesgesetzen und -verordnungen vor allem in den Bereichen des Sozial-, Arbeits- und Gesundheitsrechts abgegeben. Im Zusammenhang mit der Budgetkonsolidierung („Sparpaket“) und den damit verbundenen umfangreichen Änderungen im Sozialbereich mußten oftmals innerhalb kürzester Frist Stellungnahmen ausgearbeitet werden. Auch in frauenrelevanten (Rechts-)Angelegenheiten der Europäischen Union betreffend Gleichbehandlung und Frauenförderung und zu einem – allerdings sehr geringen – Teil zu Landesgesetzen und -verordnungs-Entwürfen wurde das Frauenbüro zur Stellungnahme eingeladen.

#### 5. Aktivitäten im EU-Bereich

Die Abteilung ist in das EU-Netzwerk „EuroFEM“ eingebunden. Das von der Abteilung initiierte Modellprojekt „Frauen-Werk-Stadt“ wird gemeinsam mit anderen frauenspezifischen Projekten im Bau- und Planungsbereich evaluiert und als „best practise“ vorgestellt. Die Abteilung ist auch in das Netzwerk „city and shelter“ eingebunden, das Informationen zu Modellprojekten und Studien zum Thema frauengerechter Wohn- und Städtebau aufbereitet und mit Publikationen, Internet und CD-Roms weiterverbreitet.

#### 6. Fachliche Öffentlichkeitsarbeit

##### 1996 veröffentlichte Publikationen

Zum umfassenden Themenbereich „Sicherheit“ wurden von der Abteilung im Berichtsjahr folgende Publikationen veröffentlicht: „Sicherheit in Wohnhausanlagen“, „Sicherheitstips“ sowie der Frauennotruf-Folder, das Frauennotruf-Pickerl und die Frauennotruf-Plakate. Im Planungsbereich gab es einen Ausstellungskatalog zum Projekt „Frauen-Werk-Stadt“.

Weitere Druckwerke waren: der Situationsbericht 1996 „Frauen in Wien“, der Frauengesundheitsbericht und der Zahlenspiegel (Statistiken und Zahlen über das Leben von Frauen in Wien). Ebenfalls 1996 fertiggestellt wurde die Gleichbehandlungsbroschüre.

Auf Grund der großen Nachfrage wurden 1996 folgende Publikationen nachgedruckt: „Draußen einfach sicher“, die Sicherheitsrichtlinien, „Zum planerischen Diskurs zwischen Stadt und Stadtrand“, „Wie geht's als Frau am Alsergrund“ und „Bitte warten“ (über die Haltestellenbereiche der öffentlichen Verkehrsmittel).

#### Ausstellungen

Die Wanderausstellung „Wem gehört der öffentliche Raum“, bei der Alltagsbehinderungen, Nutzungskonflikte, Potentiale und Aneignungsmöglichkeiten des öffentlichen Raumes unter dem speziellen Blickwinkel von Frauen sichtbar gemacht werden, wurde im Mai am Meiselmarkt, im Juni in Favoriten und im September im 3. Bezirk gezeigt. Die Ausstellung zur „Frauen-Werk-Stadt“ war im Februar in der Gebietsbetreuung im 20. Bezirk und von März bis April in Wittenberg (BRD) und Umgebung zu sehen. Die Ausstellung „Was ist eine Siedlung“ wurde im Juli 1996 im Rahmen einer Veranstaltung des Planungsamtes in München präsentiert. Von Oktober 1996 bis Februar 1997 lief die Ausstellung „Frauen in Wien“: Diese Präsentation des Frauenbüros – verbunden mit einer Darstellung seines Aufgabenbereiches – war in der Ganggalerie von Vizebürgermeisterin Grete Laska zu sehen.

#### Veranstaltungen

##### Aktion zum 8. März, Internationaler Tag der Frau

Für den Internationalen Frauentag 1996 (8. März) erstellte das Frauenbüro ein Konzept für eine öffentlichkeitswirksame Maßnahme, die die Passanten hinsichtlich Frauenfragen sensibilisieren sollte. Sechs bis acht ArtistInnen auf Hochstelzen, die Sandwich-Plakate mit bestimmten kurzen Texten („Wissen Sie eigentlich, daß...?“), die auf die Situation von Frauen Bezug nahmen, umgehängt hatten, hielten sich – als Gruppe – am Graben auf. Die StelzengerInnen waren kostümiert – an den Text angepaßt. Die ArtistInnen jonglierten teilweise mit Symbolen für Hausarbeit, Kinderbetreuung und Berufstätigkeit (z. B. Quirl, Teddybär und Telefonhörer). Weiters wurde am Graben ein Infostand des Frauenbüros aufgestellt, um Info-Material zur Aktion und zu den Aktivitäten und Serviceleistungen des Frauenbüros zu verteilen.

#### Frauen im Gespräch

Die Reihe „Frauen im Gespräch“ wurde 1996 mit drei Veranstaltungen fortgesetzt: Unter dem Titel „Alleinstehend mit Kind – suche Wohnung“ referierten Dipl.-Ing. Ursula Stein (Raumplanerin) und Dipl.-Ing. Uwe Jens Walther (Sozialwissenschaftler und Raumplaner) über die Probleme von AlleinerzieherInnen bei der Wohnungssuche. Bei „Kann denn Essen Sünde sein? Zur Normierung und Disziplinierung ‚dicker‘ Frauen“ diskutierten Birgit Buchinger und Beate Hofstadler (beide Institut für Alltagskultur Salzburg). Eine Lesung der Journalistin und Autorin Elfriede Hammerl aus den eigenen Werken lief unter dem Motto „Bloß nicht diesen Emanzipationsscheiß“.

#### Event-Messe „New Generation“ und La Donna

Das Frauenbüro war auch bei der Event-Messe „New Generation“ (19.–22. September) dabei. Auf dieser Messe für junge und junggebliebene Menschen, deren Programm mit Kabarett, Disco und Live-Musik bis in die frühen Morgenstunden lief, war die Abteilung mit Informationsmaterial, Selbstverteidigungs-Schnupperkursen, einem Videofilm mit Interviews zum Thema „Es macht Spaß ein Mädchen zu sein“ und einem Lomo-Projekt vertreten. Bei der One-World-Messe im Rahmen der „La Donna“ (23.–27. Oktober) stellte die Abteilung auf einem Infostand ihre Publikationen vor.

Darüber hinaus betreute die Abteilung Infostände im Rahmen der „Familienstraße“ auf der Brünner Straße (21. Bezirk), im Kornhäusel-Areal (20. Bezirk), im Auer-Welsbach-Park (15. Bezirk) und in der Oberzellergasse (3. Bezirk).

#### Internationale Kontakte

##### Habitat II in Istanbul

Das Frauenbüro war eingebunden in die Vorbereitungen der Stadt Wien für die Konferenz „HABITAT II“, die 1996 in Istanbul stattgefunden hat: das Modellprojekt „Frauen-Werk-Stadt“ wurde für die best practise eingereicht; die Abteilungsleiterin war Mitglied der Wiener Delegation bei der Konferenz in Istanbul.

#### Meeting der Frauenbeauftragten

Zur Vorbereitung der 1997 stattfindenden Drei-Länder-Konferenz am Bodensee trafen sich 1996 die Frauenbeauftragten aus Österreich, Deutschland und der Schweiz. Tagungspunkte des Meetings waren die Erörterung von Modellprojekten und der Erfahrungsaustausch über Maßnahmen zur Umsetzung der Gleichbehandlung.

## Internet-Handbuch

Das Frauenbüro war aber auch im Bereich der neuen Medien tätig: Im Auftrag der Abteilung wurde ein Handbuch erstellt, das Frauen den Einstieg ins Internet erleichtern soll, indem Grundbegriffe erklärt, die brauchbaren Seiten des Netzes erwähnt und Frauen aufgefordert werden, an dieser Kommunikationsform (Internet, newsgroups, e-mail) teilzunehmen. 1997 wird das Handbuch publiziert und unter der Adresse des Frauenbüros ins Internet gestellt.